H 8040 F
ISSN 1619-1404
29. Jahrgang
Nummer 171
März | April 2018
3,50 Euro

Angriffe auf Gewerkschaften und Betriebsräte von Rechts

GEGEN RECHTS

Respekt!

der rechte **rand**

magazin von und für antifaschistInnen

Schwerpunkt zu Gewerkschaften

Rechte Luftnummer oder völkische Arbeiterbewegung? **Seite 03**
»Alternative Vereinigung der Arbeitnehmer e. V.« **Seite 05**
»Arbeitnehmer in der AfD« **Seite 06**
»Alternativer Arbeitnehmerverband Mitteldeutschland« **Seite 08**
»Zentrum Automobil« **Seite 10**
»Ein Prozent« – Werde Betriebsrat! **Seite 12**
»Ein Prozent« – die Zeitung **Seite 13**
»Sozial ist da gar nichts« – Interview Annelie Buntenbach **Seite 14**
Antikapitalismus für Deutschland? **Seite 16**
Sind »Alternative für Deutschland« und IG Metall unvereinbar? **Seite 19**
Rechte: Keine solidarisch-demokratische Arbeitswelt **Seite 20**
Mehr Fragen als Antworten **Seite 22**
Sie sind schon lange unter uns **Seite 24**
»Alternative für Deutschland« und die soziale Frage **Seite 26**
Österreich: Völkische Neoliberale regieren **Seite 28**
»Versuche zu Spalten werden scheitern« – Interview »Gelbe Hand« **Seite 30**
DPolG – Die blaue Gewerkschaft? **Seite 31**
Gewalt gegen Gewerkschaften **Seite 34**
Nicht neu **Seite 35**
Gewerkschaften in der NS-Zeit **Seite 36**
»Tag der nationalen Arbeit« **Seite 38**

kurz und bündig **Seite 40**

Nazi-Terror

Der Düsseldorfer Wehrhahn-Prozess **Seite 42**
Der »Lasermann«-Prozess in Frankfurt **Seite 44**

Rezensionen **Seite 46**

Seit vielen Jahren gibt es Kampagnen von Gewerkschaften gegen Rechts – wie »Respekt« oder »Die gelbe Hand«. photo by Mark Mühlhaus / attenzione

Liebe Leserinnen und liebe Leser,

wenn der Briefträger klingelt, bringt er nicht immer angenehme Post. So auch bei uns. Uns flatterte im Februar ein Schreiben der Kölner Anwaltskanzlei »Höcker« ins Haus. Die »Alternative für Deutschland« (AfD) will uns die Nutzung der Domain »afd-im-bundestag.de« untersagen. Bereits im Juli 2017 hatten wir mit Blick auf den zu erwartenden Einzug der AfD in den Bundestag die Domain registriert und für unsere journalistische Berichterstattung genutzt. Damit sind wir der AfD, ihrer Bundestagsfraktion und ihren Abgeordneten offensichtlich ein Dorn im Auge. Nun sollen wir es unterlassen, die Webadresse registriert zu halten und sollen sie löschen, weil ihre Nutzung angeblich das Namensrecht der Partei verletze. Die durch die AfD und ihre beauftragte Kanzlei genannte Frist zur Abgabe einer Unterlassungserklärung lief am 5. März 2018 ab.

Doch für uns ist klar: »Wir unterlassen nicht«. Berichterstattung über die AfD ist unser journalistisches Recht und antifaschistisches Selbstverständnis. Die geforderte Unterlassungserklärung haben wir nicht abgegeben – und werden wir nicht abgeben.

Unsere Recherchen und Berichterstattungen stören die Rechte natürlich. Seit fast drei Jahrzehnten dokumentieren und holen wir ans Licht, was der rechte Rand von Politik und Gesellschaft lieber unter der Decke halten will. Für uns ist klar: Wir werden weiterhin zur AfD recherchieren und berichten.
Der juristische Angriff der AfD ist nur ein Teil des Versuchs, KritikerInnen der Partei und unliebsame JournalistInnen zu behindern. Weitere Bespiele sind Parteitage unter Ausschluss kritischer Medien, die Ablehnung berechtigter Akkreditierungswünsche oder die Unterlassungserklärung und Abmahnung. So auch gegen den Blogger Nathan Mattes, der auf der Website »wir–sind–afd.de« seit 2015 Zitate von AfD-PolitikerInnen gesammelt hatte.

Seit Gründung der AfD im Jahr 2013 schreiben wir in unserem Magazin über die Partei und ihre Aktivitäten. Wir dokumentieren in den Ausgaben und auf unserer Website ihre Entwicklung, ihren kontinuierlichen Weg zu einer extrem rechten Partei, ihren Rassismus sowie ihre Nähe zu Völkischen und zu Neonazis. Und wir schreiben immer wieder darüber, wie die Partei in den Landtagen und seit der Wahl im September 2017 im Bundestag agiert.

Der Zuspruch, den unsere Arbeit und unser »Nichtunterlassen« hervorgerufen haben, hat uns bestärkt. Presseberichte in überregionalen Zeitungen, wie der »tageszeitung«, dem »Tagesspiegel« und der »Frankfurter Rundschau«, auf »Vice«, Radiointerviews, viele neue Abos und neue FollowerInnen auf Facebook und twitter ermutigen uns, die notwendige Recherche und Dokumentation fortzusetzen statt irgend etwas zu unterlassen. Jedes Abo hilft uns, als unabhängige Zeitschrift die AfD und die extreme Rechte weiterhin genau im Blick zu haben, statt vor ihr einzuknicken.

#WIRUNTERLASSENNICHT Eure Redaktion

Eine Grafik mit ausgewählten Zitaten von AfD-PolitikerInnen haben wir erstellt, diese kann unter »afd-im-bundestag.de« runtergeladen werden.

Rechte Luftnummer oder völkische Arbeiterbewegung?

Die »Alternative für Deutschland« und die »Neue Rechte« entdecken die Betriebe und die soziale Frage für ihre Agitation. Mit rechten Antigewerkschaften und eigenen Betriebsratslisten wollen sie bei den diesjährigen Betriebsratswahlen punkten.

von Sören Frerks



Sieht so bald das Vorzimmer bei einigen Betriebsräten aus?

Die »Alternative für Deutschland« (AfD) und ihr extrem rechtes Parteiumfeld – bestehend aus dem Netzwerk »Ein Prozent«, dem Querfront- und Verschwörungsmagazin »Compact« und der Antigewerkschaft »Zentrum Automobil« (ZA) – blasen nach der Bundestagswahl zum Sturm auf die Betriebsratswahlen.

In der Partei selbst gibt es vier ArbeitnehmerInnenvereinigungen: 2014 gründete sich die »Arbeitnehmer in der AfD« (AidA), die mit der im Jahr darauf entstandenen »Alternative öffentlicher Dienst« kooperiert. Ebenfalls 2015 folgte die »Alternative Vereinigung der Arbeitnehmer« (AVA) und am 1. Mai 2017 der »Alternative Arbeitnehmerverband Mitteldeutschland« (ALARM!). Der Essener AVA-Funktionär Guido Reil, der beim Bergbauunternehmen »RAG-Aktiengesellschaft« Betriebsrat und immer noch Mitglied der Gewerkschaft IG BCE ist, will ZA-KandidatInnen bei Daimler und anderswo unterstützen. Bei BMW in Leipzig versucht der AidA-Bundesvorsitzende und Zwickauer AfD-Kreisrat Frank Neufert unterdessen über die ZA-Tarnliste »Interessengemeinschaft Beruf und Familie« Betriebsrat zu werden. Insgesamt sollen in 13 Städten rechte Betriebsratslisten antreten, die sich mitunter ‹unpolitisch› oder ‹neutral› geben.

Die unterschiedlichen Gruppen und Kandidaten der AfD selbst sind Spiegelbilder persönlicher Geltungsbedürfnisse und innerparteilicher Machtkämpfe. Während die AVA der neoliberalen Strömung um die AfD-Bundestagsabgeordneten Alice Weidel und Georg Pazderski zugerechnet wird, ist ALARM! das Sprachrohr der völkischen NationalistInnen um Björn Höcke (Thüringen), André Poggenburg (Sachsen-Anhalt) und Andreas Kalbitz (Brandenburg). AidA scheint dabei unter die Räder zu kommen, zumindest fehlt ihnen die Verankerung in der Parteispitze. Wohl mit ein Grund, wieso Neufert so nah an ZA rückt. Insgesamt sind all diese sogenannten ArbeitnehmerInnenorganisationen in der AfD personell schwach aufgestellt und haben abseits des Bundestagswahlkampfes bisher kaum Aktivitäten entwickelt.

ArbeiterInnen und Angestellte im Visier

Aus dieser Schwäche jedoch ein geringes Ergebnis bei den Betriebsratswahlen vorherzusagen, wäre voreilig. Dass die rechten Gruppen ein »Randphänomen« und unfähig seien oder nur spalten würden – wie es der DGB-Bundesvorsitzende Reiner Hoffmann formulierte –, muss nicht ausschlaggebend für einen möglichen Wahlerfolg sein. Denn AfD und Co haben die soziale Frage für ihre Agitation entdeckt und verbinden diese mit einem nationalistischen Heilsversprechen, das WählerInnen über das extrem rechte Milieu hinaus anspricht. So

konnte die AfD schon bei den Landtagswahlen in Ost und West ganz ohne gefestigte Strukturen oder Programmatiken mehrfach hohe Wahlergebnisse erzielen. Zudem wurde die AfD bei der Bundestagswahl weniger von Prekarisierten und Arbeitslosen gewählt, sondern von der Mittelschicht, überdurchschnittlich von ArbeiterInnen und Selbstständigen sowie von WählerInnen mit mittlerem Schulabschuss und Einkommen. Mitglieder der Gewerkschaften wählten die AfD mit 15 Prozent zuletzt sogar etwas häufiger als der Durchschnitt.
Die Wahlkreisanalyse des »Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft« hat gezeigt, dass sich die inhaltliche Klammer der gesamten AfD-WählerInnenschaft einerseits aus asylfeindlichem und antimuslimischem Rassismus speist. Andererseits basiert sie auf Demokratieverdrossenheit und extrem rechten Einstellungen. So erklärt sich, dass die Partei eben dort besonders stark war, wo bereits früher die NPD überdurchschnittliche Ergebnisse einfuhr – ganz gleich ob im wohlhabenden und gewerkschaftlich organisierten Südwesten oder im wirtschaftlich abgehängten Cottbus. Die AfD mausert sich so zur »NPD light«, die aber Größeres vorhat: Sie will »Volkspartei« werden und dafür braucht sie die ArbeiterInnenklasse. Dazu passt, dass sich am 21. November 2017 Höcke medienwirksam unter die IG-Metall-Demonstration gegen die Schließung des Siemens-Werkes in Erfurt mischte.

Völkisch-populärer Neoliberalismus

Nachdem führende neoliberale Funktionäre wie Bernd Lucke oder Hans-Olaf Henkel aus der AfD ausgetreten sind, setzt sich der extrem rechte und völkische Flügel immer mehr durch, der teils offen neofaschistische Züge zeigt. Höcke, Führungsfigur des Rechtsaußen-Flügels, definiert eine doppelte »deutsch soziale Frage«:
Erstens jene der »Verteilung des Volksvermögens von innen nach außen«, womit er bei einer Rede in Schweinfurt 2016 einen rassistischen Tenor gegen Flüchtlinge einschlug. Zweitens sprach er auf der extrem rechten »Compact«-Konferenz im November letzten Jahres in Leipzig von der »Verteilung zwischen Oben und Unten«. Diese Umverteilung von Reichtum will aber nicht kapitalistische Ausbeutungsverhältnisse auflösen, sondern »Deutschland retten«, indem »die Nation als Vertrauens- und Solidargemeinschaft erhalten« wird. Damit propagiert Höcke eine Kapitalismus- und Globalisierungskritik von rechts, die als Querfront die Auflösung der Links-Rechts-Konflikte zum »Wohle und zur Einheit des deutschen Volkes« aufzulösen verspricht. Oder anders ausgedrückt: Flüchtlinge, MarxistInnen und der britisch-amerikanische Kapitalismus sind von Natur aus böse, die Deutschen und ihre Wirtschaftsweise hingegen gut – eine Ideologie, deren Wurzeln in der sogenannten völkischen Bewegung um 1900 liegen, die wiederum die Vorgängerin der NationalsozialistInnen war.
Im Sinne dieser Ideologie will Höcke die inhaltlichen Weichen für eine völkisch grundierte Wirtschaftsordnung stellen. Beim Parteitag in Hannover im Dezember 2017 hatte er mit Unterstützung der ebenfalls rechtsaußen stehenden Landesverbände Sachsen-Anhalt und Brandenburg einen Antrag für eine »klare sozialpolitische Programmatik« gestellt, um eine »echte Volkspartei« werden zu können. Dabei betont er, eine mögliche innerparteiliche Auseinandersetzung der AfD um diese Fragen dürfe ihr »gar nicht schlecht zu Gesicht stehen« – eine Prognose, die angesichts bisheriger Wahlen aufgehen könnte. Denn eine Grundlage des Erfolgs ist wohl gerade die Mischung aus nationalistisch-neoliberalem und völkisch-rassistischem Duktus, gerahmt von antidemokratischem Populismus, die ein sozialstrukturell breites und zugleich weltanschaulich rechtes Milieu anspricht. So lässt sich erklären, dass die AfD in Bundestagsdebatten mittlerweile für eine Mindestlohnerhöhung in die Bresche springt und parallel die Massenentlassungen beim profitablen Siemens-Konzern verteidigt (s. drr Nr. 170) oder den sozialen Wohnungsbau ablehnt. Die Doppelzüngigkeit der AfD ist weniger ein Zeichen von Inkonsistenz, sondern das Mischprogramm eines »völkisch-populären Neoliberalismus«, das im Zweifel vom rassistischen Ressentiment gekittet wird.
Ähnliches lässt sich am deutlichsten bei der extrem rechten »Freiheitlichen Partei Österreichs« (FPÖ) feststellen. In ihren Regierungszeiten betrieb sie Sozialkürzungen, Privatisierungen und Entlastung der Wohlhabenden und fuhr einen Kurs gegen die Interessen der Beschäftigten. Aktuell will die FPÖ die Pflichtmitgliedschaft in den gewerkschaftsnahen Arbeiterkammern abschaffen. In Wahlkämpfen rückt scheinbar das Soziale in den Vordergrund, aber nur für die einheimische, weiße Bevölkerung.
Die historische Vorlage für solch völkisch-populistische, scheinsoziale Symbolpolitik gaben schon die NationalsozialistInnen, als sie den 1. Mai 1933 zum »Tag der nationalen Arbeit« und Feiertag machten. In der Bundesrepublik führten Neonazis die Heroisierung des »deutschen Arbeiters« fort. So gehören extrem rechte Aufmärsche spätestens seit den Neunzigerjahren zum Maifeiertag dazu. Im vergangenen Jahr versuchten militante Neonazis – aufgrund von antifaschistischen Blockaden vergebens – in Halle an der Saale zu demonstrieren. Ihr Motto hätte von der AfD kommen können: »Tag der deutschen Arbeit – Gemeinsam gegen Kapitalismus, Ausbeutung und Überfremdung.«

Praktischer Antifaschismus als gewerkschaftliche Antwort

Das Aufplustern der Rechten vor den Betriebsratswahlen hat nicht weniger zum Ziel als eine ArbeiterInnenbewegung von rechts zu formieren. So ahistorisch es klingen mag, dahinter stehen neo-faschistische Ideen und nicht zuletzt die nationale Gleichschaltung oder Abschaffung der von rechts verhassten DGB-Gewerkschaften.
Umso notwendiger ist es daher, der weiteren Expansion der Rechten in die Betriebe frühzeitig einen Riegel vorzuschieben. Sonst könnten in ein paar Jahren nicht mehr die Betriebsratsmandate, sondern die Tarifhoheit und die Mitbestimmung, das Streikrecht oder die Gewerkschaftsfreiheit zur Debatte stehen. Auch wenn sich die Gewerkschaften in der politischen Auseinandersetzung und Bildungsarbeit traditionell gegen rechts positionieren und für Demokratie, Solidarität und Menschenrechte eintreten, ist es an der Zeit für mehr Offensivität. Der »hilflose Antifaschismus« der Gewerkschaften, wie ihn der Soziologe Klaus Dörre von der Universität Jena bezeichnet, muss praktischer Antifaschismus werden, innerhalb und außerhalb der Organisationen. Denn ganz gleich, ob die Gewerkschaften die AfD als Gegnerin wahrnehmen, umgekehrt ist dies längst geschehen.
Um diesen Kampf zu gewinnen und die ArbeiterInnenklasse von links zu mobilisieren, nennt Dörre drei Notwendigkeiten: Erstens müssen die Verwaltungen den antifaschistisch Aktiven in den Betrieben den Rücken stärken. Zweitens rät er dazu, eine langfristige Strategie gegen rechte Betriebsräte zu entwickeln. Und drittens sind Deutungsangebote und -antworten zur sozialen Frage von Nöten. Die Beschäftigten müssen von den Gewerkschaften und Betriebsräten in ihren Lebenslagen ganz subjektiv ernst genommen und marktwirtschaftliche Konfliktlinien offensiv von links kritisiert werden. Beispielsweise die Ungerechtigkeit einer stärker werdenden sozialen Spaltung in Arm und Reich trotz einer prosperierenden Wirtschaft und Niedrigarbeitslosigkeit.

»Alternative Vereinigung der Arbeitnehmer«

Auf den ersten Blick gibt sich der Verein, der die Interessen der ArbeitnehmerInnen in der Partei vertreten möchte, gewerkschaftsnah und arbeitnehmerInnenfreundlich. Geht die für ihren Marktradikalismus bekannte Partei auf Stimmenfang im Gewerkschaftsmilieu?

von Norbert Halling

Im Februar 2015 entstand mit Unterstützung des Landesverbands der »Alternative für Deutschland« (AfD) in Nordrhein-Westfalen (NRW) die als Verein eingetragene »Alternative Vereinigung der Arbeitnehmer« in der AfD (AVA). Als Ziel formuliert die AVA, »die Arbeitnehmer als größte gesellschaftspolitische Bevölkerungsgruppe zur aktiven Mitarbeit in der Partei zu gewinnen«, wobei sie das »Modell der sozialen Marktwirtschaft mit einem Höchstmaß an persönlicher Freiheit und sozialer Gerechtigkeit« befürwortet. Ausdrücklich möchte die AVA Verbindungen zu den Gewerkschaften unterhalten sowie Betriebs- und Personalräte, JugendvertreterInnen und Vertrauensleute betreuen, die der AVA nahe stehen; mit der ArbeitnehmerInnenvertretung »ALARM!« pflegt die AVA ein Konfliktverhältnis, was die Spaltungen innerhalb der Partei widerspiegelt.

Die Gesichter der AVA

Für die Vereinigung stehen zwei Personen im Licht der Öffentlichkeit: Uwe Witt, nach eigenen Angaben seit 2013 Parteimitglied und seit 2017 Mitglied des Bundestags, ist seit der Gründung der AVA deren Bundesvorsitzender. In der AfD-Bundestagsfraktion bekleidet der gelernte Schlosser und spätere Personalleiter und Unternehmer das Amt des kommissarischen Leiters des Arbeitskreises für Arbeit und Soziales.

Auf Landesebene sorgt der Essener Bergmann und ehemalige Sozialdemokrat Guido Reil für Publicity. Seit Anfang 2017 ist er Landesvorsitzender der AVA in NRW. Im Juli 2016 machte Reil bundesweit Schlagzeilen, nachdem er in Essen eine Demonstration gegen die Unterbringung Geflüchteter organisiert und sich mit seiner damaligen Partei, der SPD, überworfen hatte. Im Anschluss an die Kontroverse trat Reil, Betriebsrat und IG BCE-Mitglied, in die AfD ein. Seitdem macht er sich unter Berufung auf seine Authentizität als »einfacher Arbeiter« für die »kleinen Leute« stark. Reils volksnaher und kerniger Auftritt kommt an: Bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen im Mai 2017 holte er in seinem Wahlkreis Essen I – Mühlheim II immerhin 13,35 Prozent der Erststimmen, noch vor FDP, »Bündnis 90/Die Grünen« und »Die Linke«.

Besonders viel Zuspruch hat die AVA zumindest in NRW noch nicht erhalten. Als sie am 1. Mai 2017 in Düsseldorf demonstrieren wollte, hielt der DGB gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Bündnissen dagegen. Die AVA sagte schließlich ihre Kundgebung »schweren Herzens« ab mit der Begründung: »Aus Verantwortung für unsere Polizisten.«

Arbeitszwang und Leistungskürzung

In ihrem »Thesenpapier zur Arbeits- und Sozialpolitik« veröffentlichte die AVA im April 2016 ihre Positionen, die sich mit offen extrem rechten Äußerungen zurückhalten. Deutlich wird allerdings: Vollbeschäftigung ist das Ziel, »gesellschaftliche Teilhabe« nur durch Arbeit möglich, Langzeitarbeitslose und MigrantInnen sollen grundsätzlich weniger oder keine Leistungen erhalten.

Beim Thema Migration bedient sich die AVA des üblichen AfD-Jargons: »Eine finanzielle Gleichstellung von vormals jahrelang Erwerbstätigen und in die Sozialsysteme ‹Zugewanderten› wird abgelehnt«, heißt es im Thesenpapier über den Bezug von Arbeitslosengeld II (»Hartz IV«). Dies bedeutet im Klartext, dass nach Deutschland migrierte Personen – weiter wird im Papier nicht differenziert – bei der Grundsicherung diskriminiert werden sollen. Weiterhin sollen beim Bezug von »Arbeitslosengeld II« auch Langzeitarbeitslose benachteiligt werden, denn der AVA erscheint es als »sozialpolitisches Ungleichgewicht«, dass beim Regelsatz von »Hartz IV« die Dauer der Erwerbstätigkeit nicht berücksichtigt wird. Langzeitarbeitslose will die AVA zu »gemeinnütziger Arbeit« verpflichten, um ihnen »ein wichtiges Stück ihrer Würde« zurückzugeben. Solche Forderungen, die immer wieder von rechten und extrem rechten PolitikerInnen erhoben werden, erinnern an den verpflichtenden »Reichsarbeitsdienst« (RAD) für gemeinnützige Arbeiten, den die NS-Regierung 1935 eingeführt hatte.

Aber auch diejenigen, die einen Anspruch auf den Bezug von »Arbeitslosengeld I« (ALG I) haben, möchte die AVA schlechter stellen, nicht besonders gut kaschiert hinter einer vermeintlichen Unterstützung älterer ArbeitnehmerInnen: Die Bezugsdauer von ALG I will die AVA für alle Berechtigten unter 55 Jahren um die Hälfte kürzen: So soll, wer nach einer zweijährigen Beschäftigungsdauer eigentlich Anspruch auf 12 Monate ALG I hätte, dieses nur noch sechs Monate lang beziehen dürfen – außer er/sie ist über 55 Jahre alt, dann bleibt es bei den 12 Monaten. Erst ab dem Alter von 55 Jahren und einer Beschäftigungsdauer von 52 bis 120 Monaten ergibt sich eine Verbesserung im Vergleich zur heutigen Regelung (Bezugsdauer: 26 bis maximal 60 Monate statt bisher bis zu 24 Monate).

Solidarität?

Solidarische Ideen äußert die AVA nicht, dafür strotzt ihr Konzept vor Populismus. Der Leistungsgedanke steht klar im Vordergrund; alle, die »nicht leisten«, werden benachteiligt. Mit solchen Konzeptionen treibt die AfD gesellschaftliche Spaltungen voran: deutsche ArbeitnehmerInnen auf der einen, MigrantInnen und (Langzeit-)Arbeitslose auf der anderen Seite. Dass die AVA auch ALG-I-EmpfängerInnen im Vergleich zu den heutigen Regelungen deutlich schlechter stellen will, dürfte eher ArbeitgeberInnenpositionen stützen als die Rechte von Beschäftigten stärken.

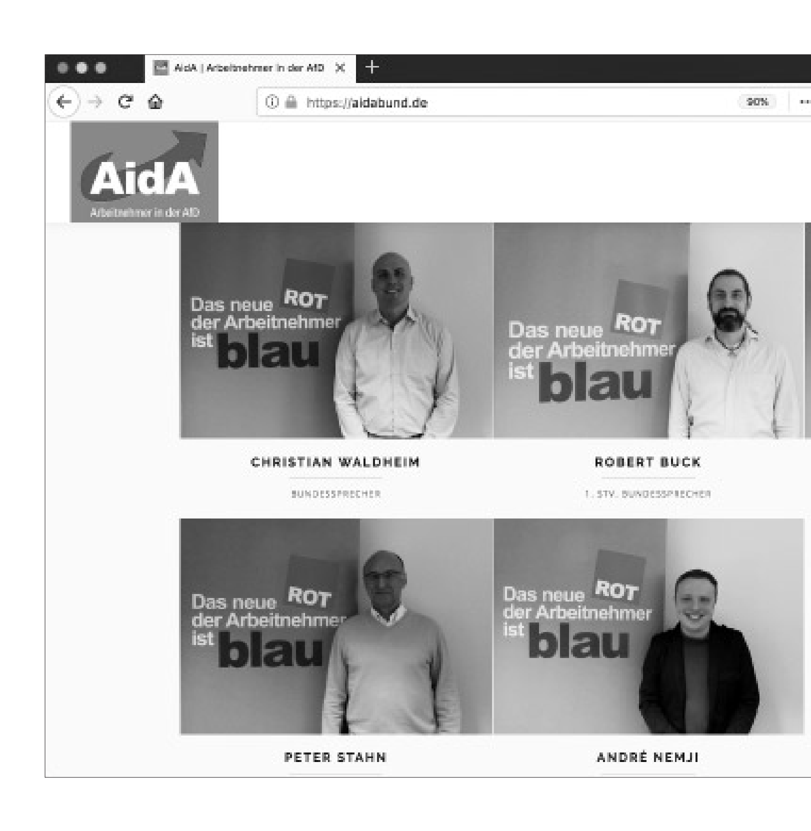
Trotzdem bleibt die AVA ambivalent: Bei ihr handelt es sich auch um die Versuche von gewerkschaftsnahen Rechten, ihre sozialpolitischen Positionen mit dem Rassismus der AfD zusammenzuführen und innerhalb der Partei arbeits- und sozialpolitische Positionen auszuhandeln.

#AidA

»Arbeitnehmer in der AfD«

»Das neue Rot der Arbeitnehmer ist blau«, lautet die Leitparole der Interessengemeinschaft (IG) der »Arbeitnehmer in der AfD« – AidA. AidA klingt nach Traumschiff oder Oper, kann aber auch als Persiflierung von Verdi, dem Komponisten des Stückes, gleichzeitig aber auch als Gewerkschaft und Hauptfeindbild der IG gelten. Neben AVA und ALARM! ist diese Vereinigung die dritte rechte ArbeitnehmerInnenvertretung und hauptsächlich in Norddeutschland aktiv.

von Felix Krebs



AidA wurde im Februar 2014 in Lüneburg gegründet. Der Impuls ging maßgeblich von Robert Buck aus, damals laut eigenen Angaben ver.di-Mitglied. Buck ist bis heute eine zentrale Figur bei AidA, wohnt in Hamburg und war früher SPD-Mitglied und Gewerkschaftsfunktionär. Als Motivation für die Gründung von AidA ist sein Engagement für die »Alternative für Deutschland« (AfD) anzunehmen, das in seinem gewerkschaftlichen Umfeld auf wenig Zustimmung stieß. Er fühlte sich im Wahlkampf durch Gewerkschaften, insbesondere ver.di, »in die Nähe von Nazis und Faschisten« gestellt, bemängelt Buck in einem ersten »Selbstverständnis«. Gleichzeitig betonte Buck schon 2014 »zwischen den Zielen der AfD und den Zielen der Arbeitnehmervertretung (gemeint ist AidA – Anm. d. A.) gibt es keinen Gegensatz, noch nicht einmal die kleinste Divergenz«. Damit ist im Wesentlichen schon der Kern der politischen Arbeit von AidA umrissen: Die IG soll die Politik der AfD am Arbeitsplatz, bei Betriebsräten und Gewerkschaften publik machen und gleichzeitig hier AfD-Mitglieder unterstützen, die von ihren KollegInnen kritisiert werden.

Nazi-Verschwörer als Vorbild?

Buck, bis Dezember 2017 Bundessprecher, jetzt Vize bei AidA, ist auch im Landesvorstand der Hamburger AfD. Auf seinem Facebookprofil präsentiert er wohlwollend Friedrich Wilhelm II., nebst Kaiserhymne »Heil, Dir im Siegerkranz« und dessen Reichskanzler Otto von Bismarck. Der Kaiser, und noch stärker sein Kanzler, waren erklärte Feinde der Sozialdemokratie, der ArbeiterInnenbewegung sowie des Parlamentarismus und der bürgerlichen Demokratie. Doch Bucks politische Ahnentafel geht noch viel weiter zurück. Als kämpferischer Wikingerfan zitiert er den Göttervater, Kriegs- und Totengott Tyr, mit den Worten: »Von seinen Waffen, im freien Feld, weiche man keinen Schritt.« Mehrfach postete Buck auch Aktionen der »Identitären« und erklärte seinen LeserInnen im Oktober 2017, deren beliebte Schlagwörter wie »Umvolkung« und »großer Austausch« seien nun auch Teil seines Vokabulars.

Parteipolitisches Vorbild dürfte für Buck die in den Nachkriegsjahren von Altnazis unterwanderte nordrhein-westfälische »Freie Demokratische Partei« (FDP) sein. Deren »Aufruf zur Nationalen Sammlung – Das deutsche Programm« von 1952 präsentiert Buck mit ironischem Unterton als »nach heutigem Verständnis total ‹rechts›«. In der Tat heißt es hier gleich zu Beginn: »Wir bekennen uns zum Deutschen Reich.« Anfang der 1950er Jahre hatten ehemalige NS- und SS-Funktionäre versucht, die damals sehr rechts verortete FDP in Nordrhein-Westfalen zu unterwandern. Werner Naumann, letzter Staatssekretär im Goebbels'schen Reichspropagandaministerium, verfasste zusammen mit dem ehemaligen Leiter der NS-Rundfunkabteilung Hans Fritsche sowie den hohen SS-Führern Alfred Six und Werner Best eben jenen Aufruf als programmatischen Entwurf. Dieser konnte jedoch gegen das »Liberale Manifest« anderer FDP-Landesverbände nicht durchgesetzt werden. Im Januar 1953 wurden die Verschwörer um Naumann von den britischen Behörden festgenommen und damit der letzte Putschversuch ehemaliger NS-Eliten in Westdeutschland zerschlagen.

Weiteres rechtes Personal

Ebenfalls als Stellvertreter im AidA-Vorstand fungiert Frank Neufert aus Sachsen. Er bekundete Sympathie für die »Identitären« und steht laut »Tagesspiegel« dem »Flügel« von Björn Höcke nahe. Das Amt des Beisitzers übt André Nemji aus Bayern aus, der 2012 noch Kreisvorstandsmitglied der extrem rechten Partei »Bürgerbewegung Prodeutschland« in München war. 2011 berichtete der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen über diese Kleinstpartei. Als sie sich im November 2017 auflöste und viele Mitglieder in die AfD übertreten wollten, erklärte Parteisprecher Christian Lüth (AfD): »Diese Partei steht auf unserer Unvereinbarkeitsliste, sie können gar nicht aufgenommen werden.« Einer der nur hart an der Grenze der Unvereinbarkeit agiert, ist AidA-Kassenprüfer Lars Steinke. Er bewegt sich seit Jahren im Umfeld der »Identitären« und militanter Neonazis. Als Steinke im Juli



Screenshot von der AidA-Seite mit den Vorstandsmitgliedern

2017 zum Landesvorsitzenden der »Jungen Alternative« (JA) Niedersachsen gewählt wurde, traten mehrere JA-Funktionäre aus Protest aus. Als Begründung wurde unter anderem angeführt, Steinke organisiere gemeinsame Auftritte und Demonstrationen »mit dem rechtsextremen ‹Freundeskreis Thüringen/Niedersachsen›«. Im November 2017 erhob die Staatsanwaltschaft Göttingen Anklage wegen Bildung einer bewaffneten Gruppe gegen drei dieser Kameraden.

Ordoliberale Gewerkschafts-, Arbeits- und Sozialpolitik

Bundessprecher Christian Waldheim aus Norderstedt ist bezeichnenderweise ebenso wie sein früherer Vize Sascha Walther aus Hamburg gar kein Arbeitnehmer. Walther ist Geschäftsführer und Gesellschafter eines Sicherheitsunternehmens und Waldheim ist Geschäftsführer seiner Firma »EBS Consulting«. Was Kleinstunternehmer Waldheim jedoch nicht davon abhält, Gewerkschaftsfunktionären vorzuwerfen, es ginge ihnen nur um die eigenen Futtertröge. Ähnliche Kritik von AidA am »Funktionärsapparat«, »Missbrauch von Mitgliedsbeiträgen« oder angeblichem Verrat der ureigensten Interessen der Mitglieder hat deutlich zugenommen. Auf den AidA-Seiten wird auch immer wieder versucht, Menschen anhand der Herkunft, der Kultur oder der Religion zu spalten, indem gegen Muslime oder Geflüchtete agitiert wird. Statt für gleiche Rechte am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft zu streiten, wird insbesondere Geflüchteten eine Sündenbockfunktion zugewiesen. Eine multikulturelle Gesellschaft sowie Chancengleichheit und Diversität in den Unternehmen sind AidA ein Graus. Und gelegentlich steigert sich AidAs Propaganda in übelste, neonazistische Hetze. Die »rechte Gewerkschaft« dürfte hiermit vor allem rechte, standortnationalistische und unternehmensfriedliche ArbeitnehmerInnen ansprechen, die jahrzehntelang in ethnisch weiß dominierten Belegschaften gearbeitet haben und sich nun gegen ArbeitsmigrantInnen nach unten abgrenzen möchten.

Gegenüber Unternehmen und einer kapitalfreundlichen Politik bleiben AidA allerdings ziemlich vage und handzahm. Eine »soziale Marktwirtschaft der sozialen Gerechtigkeit, Freiheit und Verantwortung im Sinne Ludwig Erhards« fordern AidA in ihrem programmatischen Arbeitspapier vom April 2016. Der Ordoliberalismus, für den CDU-Politiker Erhard stand, spiegelt sich auch im weiteren AidA-Programm wider. Nicht die vorrangige Unterstützung der abhängig Beschäftigten, sondern »eine sinnvolle und ausgewogene Balance zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern« ist das angestrebte Ziel. Die Balance gerät jedoch dort in deutliche Schieflage, wo AidA pauschalisierend feststellen, Betriebsräte seien eher am eigenen Machterhalt interessiert und »eher den Arbeitgebern zugeneigt«. Als Konsequenz fordert das Papier, die Amtszeit eines gewählten Betriebsrates sei »vorzeitig zu beenden«, wenn es die Mehrheit fordere. Dies bietet »gelben Mobs«, die von UnternehmerInnen oder Union-Busting-BeraterInnen aufgehetzt werden, Möglichkeiten gegen klassenkämpferische und selbstbewusste Betriebsräte vorzugehen.

Den zunehmenden Sozialabbau, den Rückzug des Staates und die Privatisierung von sozialen Einrichtungen verschärfen AidA jedoch, indem sie in ihrem immer noch aktuellen Gründungsinfo fordern, dass »die Verantwortung zur Übernahme sozialer Risiken in Teilbereichen aus den Händen des Staates zurück in die Hände der Bürger gegeben werden muss«. Das, was AidA Politik und Wirtschaft abtrotzen wollen, sind freilich kaum mehr als Brosamen. »Zwei Jahre für Beschäftigte, die mindestens 20 Jahre sozialversicherungspflichtig gearbeitet haben«, heißt es zur Verlängerung von ALG I, und drei Jahre für Menschen, die 55 Jahre alt sind und mindestens 25 Jahre gearbeitet haben. Am Kern der Hartz-Gesetze, den Zumutbarkeits- und Sanktionsregeln im ALG II, gehen diese Forderungen allerdings komplett vorbei. Und auch beim Thema Mindestlohn, den die AfD bekanntlich erst nach deutlichem Protest der Basis zaghaft fordert, bestehen AidA auf »Qualifikation vor Monetarisierung«. Nicht ein festgeschriebener, gesetzlich definierter Mindestlohn sei das Kriterium, lautet es im Arbeitspapier oder 2016 auf Facebook, »nein, die AfD fordert sicherlich nichts, nur weil es aktuell hipp ist oder eine Mehrheit hat«.

Mehr Schein als Sein

Erfreulich an dieser Entwicklung ist nur, dass die braune Vorhut der ArbeiterInnenklasse bisher organisatorisch äußerst schwach aufgestellt ist. Neben einem wenig aktiven Landesverband in Hamburg existiert noch ein eher virtuell auftretender in Baden-Württemberg. Gelegentlich reisen die langjährigen Kader Waldheim und Buck auch zu Vorträgen und Wahlkämpfen in andere Gegenden Deutschlands. Innerparteilich konnten sich AidA bisher nicht gegen die – noch – neoliberaler ausgerichtete Führungsspitze der AfD durchsetzen. Anträge für eine sozialer ausgerichtete Programmatik scheiterten bisher bei Bundesparteitagen. Ein im Größenwahn für 2.000 TeilnehmerInnen angemeldeter Aufmarsch zum 1. Mai 2017 in Hamburg wurde nach drohender Gegenmobilisierung wieder abgesagt. Einen weiteren Versuch unter dem Titel »Aufbruch 2017 – Solidarität & Gerechtigkeit«, mit dem AidA kurz vor der Bundestagswahl »Deutschland rocken« wollten, sagten die tapferen Kämpfer schon nach einer telefonischen Nachfrage wieder ab. Zum Glück sind eben immer noch sehr viele Menschen lieber rot als blau.

Völkischer Sozialpopulismus

»Sozial ohne rot zu werden«, mit diesem Motto macht der »Alternative Arbeitnehmerverband Mitteldeutschland« von sich reden. Die Vereinigung und ihr Vorsitzender stehen für den völkisch-nationalistischen Flügel der AfD.

von Kai Budler



Kundgebung von ALARM! in Erfurt

»Wir werden den 1. Mai aus den Händen der Arbeiterverräter entreißen«, schallte es am 1. Mai 2017 aus den Lautsprechern auf der Bühne der »Alternative für Deutschland« (AfD) vor dem Thüringer Landtag in Erfurt. Während die Gewerkschaften ihre Demonstration durch die Innenstadt beendet hatten und auf einem zentralen Platz in der Innenstadt ihre 1. Mai-Feier veranstalteten, waren etwa 1.200 Personen dem Aufruf der AfD zu ihrem gut einen Kilometer langen Aufmarsch unter dem Motto »Sozial ohne rot zu werden« gefolgt. Der Thüringer AfD-Landesverband und die Landtagsfraktion hatten für die Veranstaltung im Vorfeld in den sozialen Medien geworben und dabei unter anderem eine Grafik genutzt, auf der ein Mann mit dem Blau der AfD das Rot der ArbeiterInnenbewegung übermalt. Auffällig ist die Mütze des Anstreichers in der Grafik, die durch ihre spezielle Form an die Kopfbedeckungen der SA erinnert. Groß angekündigt wurde im Vorfeld außerdem die Gründung des »Alternativen Arbeitnehmerverbands Mitteldeutschland« (ALARM!) mit seinem Vorsitzenden und Höcke-Vertrauten Jürgen Pohl, der mittlerweile Bundestagsabgeordneter der AfD ist.

»Fett gefressene Gewerkschaftsbonzen«

Ursprünglich hatten auch die beiden anderen AfD-»Arbeitnehmerorganisationen« in Düsseldorf und Hamburg Aufmärsche zum 1. Mai 2017 angekündigt, doch nach ihrer Absage blieb die Erfurter Versammlung die einzige Veranstaltung der AfD zum ArbeiterInnenkampftag im vergangenen Jahr. Eröffnet wurde sie von dem damaligen Spitzenkandidaten der AfD zur Bundestagswahl in Thüringen, Stephan Brandner. Weil der 1. Mai seit 1933 gesetzlicher Feiertag in Deutschland sei, erklärte er, könne man folgern, »dass die Gewerkschaften auch nicht alles schlecht finden, was in der Geschichte so passiert ist«. Auch Andreas Kalbitz, Landesvorsitzender der AfD in Brandenburg, sparte auf der Bühne nicht mit markigen Worten und bezeichnete GewerkschaftsvertreterInnen als »fett gefressene Gewerkschaftsbonzen«. Die AfD hingegen sei »die soziale Alternative«. Neben Kalbitz und Pohl gehören auch Birgit Bessin vom AfD-Landesverband Brandenburg und Oliver Kirchner aus der AfD in Sachsen-Anhalt zu den Gründungsmitgliedern von ALARM!. Pohl nannte den Gründungstag gleichzeitig den »Aufbruch in den Kampf für einen solidarischen Patriotismus«. Einen Tag später resümierte der ver.di-Bezirksvorsitzende Thüringen, Denny Möller, mit Blick auf den Aufmarsch: »Das hatte nichts mit einer Arbeitnehmervereinigung zu tun, sondern war ein klassischer AfD-Aufmarsch, wie wir ihn in Erfurt kennen. Da ging es nur um Höcke.«

Flüchtlinge vs. ArbeitnehmerInnen

Tatsächlich war der 1. Mai 2017 auch der Startschuss für den Bundestagswahlkampf der AfD in Thüringen. Während des Aufmarschs waren immer wieder Wahlparolen der AfD zu hören. Infolgedessen war von einem eigenständigen Profil des ostdeutschen »Arbeitnehmerverbandes« in der Öffentlichkeit nicht viel zu bemerken, lediglich bei Facebook und auf Pohls Internetseite waren demagogische Stellungnahmen zu lesen. Dort bezeichnet er beispielsweise die erhöhte Zahl an Flüchtlingen als »Instrument zum Drücken der Löhne«. MigrantInnen seien nur in »seltenen Fällen tatsächlich Fachkräfte. Daher drücken sie in den meisten Fällen die Löhne für einfache Tätigkeiten oder landen gleich in der staatlichen Fürsorge«, heißt es dort. Wegen der niedrigeren Löhne könne »die Großindustrie (…) ihre Waren günstiger auf den Weltmärkten anbieten und Extraprofite an ihre Aktionäre und Manager zahlen«, was »die Verhandlungsposition der deutschen Arbeitnehmer weiter« verschlechtere. Pohl zieht daraus die Konsequenz: »Die Masseneinwanderung ist ein Fehler und bedroht den Wohlstand vom deutschen Arbeitnehmer!«. Seine Eignung als ALARM!-Vorsitzender leitet der Anwalt und ehemalige Leiter des Wahlkreisbüros von Björn Höcke aus seinem Berufsfeld ab: Er sei »Rechtsanwalt für die kleinen Leute« und beklagt eine dramatische Arbeitsbelastung im Arbeitsrecht, den Umgang mit LeiharbeiterInnen und die Situation der RentnerInnen. Schon immer habe er ArbeitnehmerInnen und Unternehmen vertreten und kenne deren Probleme. Seit der Wahl im September 2017 sitzt Pohl für die AfD im Bundestag und ist »Sprecher für Arbeitnehmerfragen« in der Fraktion. Zudem ist er ordentliches Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales und stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.



Widersprüchliches Engagement für Siemens

Kurz vor der Wahl war »Alarm!« wieder größer in der Öffentlichkeit aufgetaucht, als dessen Brandenburger Landesverband auf einer Kundgebung zum »sozialpolitischen Profil« der AfD in Potsdam gegründet wurde, bei der Bessin, Höcke, Kalbitz und Pohl redeten.

Auch die beabsichtigte Schließung des Siemens-Generatorenwerks in Erfurt nutzten VertreterInnen von AfD und ALARM!, um sich in Szene zu setzen. Bei einem Schweigemarsch durch Erfurt im November 2017 stellten sie sich bei der Aufstellung in die zweite Reihe und spannten blaue AfD-Schirme auf. Der parlamentarische Geschäftsführer der AfD im Landtag, Stefan Möller, reckte ein Schild von ALARM! in die Höhe. In einer Mitteilung der IG Metall heißt es anschließend, die AfD habe sich gegen den Willen der AnmelderInnen und gegen die Interessenlage der Siemens-Beschäftigten medienwirksam mit Symbolen ihrer Partei unter die DemonstrantInnen gemischt. »Unsere Versuche, die AfD-Politiker vom Schweigemarsch auszuschließen, sind leider gescheitert«, schrieb die Gewerkschaft.

Auch knapp einen Monat später verteilten AfD-Fraktionsmitglieder, MitarbeiterInnen und Jürgen Pohl vor dem Siemens-Werk in Erfurt ALARM!-Flugblätter und veröffentlichten die Fotos der Aktion bei Facebook. Dabei ist das Engagement des AfD-»Arbeitnehmerverbandes« gegen die Schließung des Erfurter Werks höchst widersprüchlich zur Haltung der Thüringer Landtagsfraktion. Denn noch drei Wochen vor dem Schweigemarsch hatte sich Thomas Rudy in einer Landtagsdebatte gegen eine Einmischung der Politik in die Entscheidung des Konzerns gewandt und »symbolpolitische Aktionen« kritisiert. In seiner Rede sagte der AfD-Abgeordnete: »Natürlich kann der Wirtschaftsminister fordern, dass das Werk erhalten bleibt. Natürlich kann er fordern, dass die Umstrukturierung nicht zulasten der Mitarbeiter geht, aber letztlich handelt es sich um eine unternehmerische Entscheidung«. Nur neun Tage später forderte er in einer Pressemitteilung den Erhalt der Arbeitsplätze bei Siemens und den Zulieferbetrieben: »Die Arbeitsplätze bei Siemens und damit bei den Zulieferbetrieben müssen erhalten werden, auch wenn das die Rendite der Aktionäre ein wenig schmälert. Nur so kann eine sozialpartnerschaftliche Wirtschaft zu Gunsten aller funktionieren«.

Betriebsratswahlen

Die Gründung von ALARM! war bei den zuvor gegründeten »Arbeitnehmervereinigungen« der AfD auf Missfallen gestoßen, der Bundeschef der konkurrierenden »Alternativen Vereinigung der Arbeitnehmer« (AVA), Uwe Witt, hatte gar erklärt, die neue Vereinigung ALARM! sei »so sinnvoll wie besagter Pickel am Popo«. Kein Jahr später hindert ihn das offenbar nicht daran, »Sondierungsgespräche über eine mögliche Zusammenarbeit beider Verbände« zu führen, wie Witt mitteilte. Der AVA-Bundeschef sitzt mittlerweile ebenfalls im Bundestag, ist Fraktionssprecher für Arbeit und Soziales und Sprecher der, beim Höcke-Flügel verhassten, »Alternativen Mitte«. Hintergrund der Gespräche sind nach Witts Angaben die im Frühjahr stattfindenden Betriebsratswahlen. Für ALARM! wird Jürgen Pohl mit dem Satz zitiert: »Immer mehr Arbeitnehmer wenden sich an unsere Verbände und bitten um Informationen. Sie fühlen sich von den klassischen Gewerkschaften, die zwar linksextreme Vereinigungen und Gruppierungen mit Gewerkschaftsbeiträgen finanzieren, in Tarifverhandlungen nicht mehr vertreten.« Wenig später kündigte Pohl an: »Wir werden uns an den Betriebsratswahlen beteiligen.« Dies aber solle nicht als AfD geschehen, sondern über ihre parteinahen »Arbeitnehmerverbände«.

Sozialpolitik als Zerreißprobe?

Zu diesem Zeitpunkt hat Björn Höcke bei einem AfD-Aufmarsch in Erfurt bereits Pohls Wort vom »solidarischen Patriotismus« aufgegriffen und die Sozialpolitik als »das große Zukunftsthema« bezeichnet, die »wahlentscheidend bei uns im Osten« sei. Der Thüringer Fraktions- und Landesvorsitzende setzt auf völkischen Sozialpopulismus, um der Partei bei der Landtagswahl 2019 im Freistaat ein besseres Ergebnis als 2014 zu bescheren. Damit könnte die Steuer-, Wirtschafts- und Sozialpolitik zu einer neuen parteiinternen Zerreißprobe führen, denn bislang wurde das umstrittene Thema meist umgangen. Auch in einem AfD-Strategiepapier zur Bundestagswahl 2017 hieß es: »Bei für die AfD bislang für Wahlerfolge nicht erforderlichen Themen (das gilt insbesondere für die Wirtschafts- und Sozialpolitik) muss sehr sorgfältig darauf geachtet werden, dass sich die Anhängerschaft nicht auseinanderdividiert«. Die AfD in Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen wollte auf dem Bundesparteitag in Hannover 2017 die Parteispitze dazu bewegen, im Laufe des aktuellen Jahres eine »klare sozialpolitische Programmatik« zu erarbeiten, doch der Parteitag befasste sich gar nicht erst mit dem Antrag. Nun soll es der AfD-Bundesfachausschuss »Soziale Sicherungssysteme und Rente, Arbeits- und Sozialpolitik« mit seinem Vorsitzenden Uwe Witt richten. ALARM! mit Pohl ist dort zwar nicht vertreten, es dürfte aber schwierig sein, Beschlüsse gegen den Höcke-Flügel und gegen ALARM! mit ihrer Hausmacht durchzudrücken, wie es zuletzt der Bundesparteitag bewiesen hatte.

Kein Durchbruch

Seit acht Jahren sitzt »Zentrum Automobil« im Betriebsrat bei Daimler in Untertürkheim. Bei den jüngsten Betriebsratswahlen wurde die rechte Liste in mehreren Betrieben gewählt – doch ein Durchbruch war das nicht.

von Jan W. Strauch



Bei den Betriebsratswahlen im März 2018 konnte die rechte Liste »Zentrum Automobil e. V.« (ZA) zulegen. Im Mercedes-Benz-Werk in Untertürkheim mit 19.000 MitarbeiterInnen holte sie 13,2 Prozent der Stimmen. Vor acht Jahren, im Jahr 2010, begann hier die Geschichte des Vereins mit der Wahl von zwei Betriebsräten. Vor vier Jahren wurden es dann vier, nun sind es sechs. Im Daimler-Werk in Sindelfingen mit 25.000 MitarbeiterInnen holte die rechte Liste zudem 3,4 Prozent – das sind zwei Mandate. Und am Standort Rastatt, wo 6.500 Menschen arbeiten, zieht sie mit drei Gewählten in den Betriebsrat ein. Erfolglos blieb ZA dagegen in der Daimler-Zentrale in Stuttgart und am Standort Wörth. Auch in Leipzig gibt es im BMW-Werk eine eigene »Betriebsgruppe«, wo ZA-Mitglieder auf einer Betriebsratsliste kandidierten. Zudem rief der Verein quer durchs Land dazu auf, in mehreren Betrieben andere rechte oder »freie« Listen zu wählen. »Jetzt sind die im Betrieb drinnen. Unser Werk ist Leitwerk von ‹Zentrum Automobil› – Deutschland schaut auf uns«, kommentierte ein engagierter Kollege aus dem Werk in Untertürkheim gegenüber »der rechte rand« entsetzt das Wahlergebnis. Hier arbeitet auch Oliver Hilburger, Kopf und in der Öffentlichkeit das Gesicht der rechten Betriebsratslisten. Hier hatten 187 Personen für ZA kandidiert, mehrheitlich Männer. Nach der Wahl jubelte »Zentrum Automobil« und sprach von einem »gigantischen Erfolg«. Vor den Wahlen hatte sogar Daimler-Chef Dieter Zetsche gewarnt: »Wir verfolgen diese Entwicklung mit Sorge«.

Im Betrieb

Im Werk Untertürkheim kann man seit langem beobachten, wie »Zentrum Automobil« agiert. Hier ist die Liste seit acht Jahren mit freigestellten Betriebsräten aktiv. Im Betriebsalltag, mit ihrer Zeitung »Kompass«, mit ihrer Website, mehreren Facebook-Seiten, einem Youtube-Kanal und einem Newsletter wirbt sie. »Die sagen nicht: Wir sind die AfD. Die sagen: Wir sind Opposition und sie nennen sich neue Gewerkschaft. So sind sie im Betrieb unterwegs«, beschreibt ein Kollege aus dem Werk gegenüber »der rechte rand« das Auftreten der Rechten. Und er schiebt hinterher: »Die sind gesellschaftsfähig geworden.«

Der Erfolg basiere auf Sympathie und Bekanntschaft im Werk. »Das ist doch der Oli! Der hat uns mal geholfen«, würden KollegInnen über Hilburger sagen. Die Rechten seien im Betrieb oft vor Ort, wenn es Probleme gebe. »Da wo die IG Metall Schwächen hat, da gehen die von Zentrum Automobil hin. Da hauen sie dann auf die Kacke und sind wieder weg.« Lösen sie denn die Probleme tatsächlich? Nein, sagt der Kollege aus Untertürkheim: »Das können sie nicht.« Wütend sagt er: »Was hat denn Zentrum Automobil für die Belegschaft gemacht? Nichts. Was können sie als Erfolg nachweisen? Nichts!« Aber er verweist auf ein Problem der großen IG Metall, die im Betrieb und in den Gremien aktiv ist: »Während wir in Ausschüssen hocken, geht Zentrum Automobil zu den Leuten.«

Für 10 Euro kann man Mitglied bei der rechten »Gewerkschaft« werden. ZA bietet dafür, so wirbt der Verein, eine erstinstanzliche »kostenlose und kompetente Rechtsvertretung bei arbeits- und sozialrechtlichen Auseinandersetzungen« und Streikgeld im Falle »eines vom Vorstand ausgerufenen Arbeitskampfes«. Früher habe ZA schon mal Streikgeld an seine Mitglieder gezahlt, wird im Betrieb erzählt. Doch zuletzt sollen die ZA-Leute ihre Teilnahme nur durch einen Urlaubstag oder eine Freischicht ermöglicht haben, heißt es. Sogar bei Warnstreiks sei finanzielle Unterstützung möglich, behauptet »Zentrum Automobil«. Damit will sich die Liste von der IG Metall absetzen, wo es nur für ganztätige, aber nicht für kurze Warnstreiks Geld gibt. Doch vor Ort ist man sich sicher: Für einen richtigen Streik zur Durchsetzung von Forderungen hätte die Rechten nicht das Geld.

Unterstützung gebe es auch, falls ein Mitglied für sein rechtes Engagement »vom Arbeitgeber bedroht oder benachteiligt« werde. So argumentierte auch die Initiative »Werde Betriebsrat – Patrioten schützen Arbeitsplätze« von dem extrem rechten Verein »Ein Prozent e. V.« (s. Artikel in diesem Heft), die mit dem »Zentrum Automobil« eng zusammen arbeitet. Der Verein behauptet: »Jeder von uns hat mittlerweile einen Freund oder Bekannten, der seine Arbeitsstelle aus politischen Gründen verlor. Es trifft immer die kleinen Leute, deren Existenz vernichtet wird, weil sie vielleicht jeden Montag zu PEGIDA gehen, offen die Alternative für Deutschland (AfD) unterstützen. (…) Das Establishment hat seine Gesinnungswächter auch am Fließband, im Büro und in der Werkstatt untergebracht: Am Arbeitsplatz wachen linke Betriebsräte und Gedankenpolizisten über jedes kritische Wort. Es wird dokumentiert, befragt und schlussendlich auch gerne fristlos gekündigt. (…) Um diese Willkür zu beenden, werden wir eigene Kandidaten und Vertrauensleute in den Betrieben wählen.« Die Entlassungen würden »von einer Minute auf die andere« erfolgen, behauptet »Ein Prozent e. V.« in einem Video, das im Vorfeld der Betriebsratswahlen veröffentlicht wurde. Doch das weist der Kollege von Daimler zurück: »Bei uns ist keiner entlassen worden wegen Wahl der AfD. Wir versuchen eher, den Kollegen aufzurütteln.«

»Was hat denn Zentrum Automobil für die Belegschaft gemacht? Nichts. Was können sie als Erfolg nachweisen? Nichts!«

sagt ein Kollege aus dem Werk gegenüber »der rechte rand«

Hauptgegner IG Metall

Für ZA sind die IG Metall, die »Monopolgewerkschaften« und »ihre schmutzigen Verbündeten in Medien und Politik« die Hauptfeinde. ZA-Funktionär Hilburger sagte jüngst in einem Interview: »Die DGB-Gewerkschaften und insbesondere die IG Metall haben die Interessen der Arbeiter schon lange verraten.« Auf einer Konferenz der extrem rechten und verschwörungstheoretischen Zeitschrift »Compact« im November 2017 sagte Hilburger: »Die IG Metall ist nicht Teil einer Lösung, sie ist Teil des Problems.« Der Hass sitzt tief, dafür greift Hilburger auch tief in die Schmutzkiste. Die Gewerkschaften seien »Globalisierungs-Fanatiker«, »nützliche Idioten vom Großkapital«, »verfilzt und verflochten« und würden sich gegen die Beschäftigten stellen, wie er als Redner auf einer AfD-Kundgebung in Zwickau am 1. Mai 2017 sagte. Die Schlagworte »Co-Management«, zu hohe Bezüge der Gewerkschafts-»Bosse« und angeblich zu wenig Engagement für die Beschäftigten ziehen sich durch Reden, Facebook-Posts und die Artikel in der ZA-Zeitschrift »Der Kompass«. In einem nicht-öffentlichen Positionspapier von ZA aus dem Wahlkampf wurde die Linie beschrieben: »Wir zwingen der IG Metall unsere Themen auf.« Der Betriebsrat wird als »fauler Körper« beschrieben.

Der Verein verbreitet auch Rassismus. So hetzte Hilburger auf der Kundgebung 2017 in Zwickau gegen Flüchtlingshilfe. Die Übernahme von Patenschaften für Geflüchtete sei »eine Sauerei«. Im Interview mit der linken Gewerkschaftszeitung »express« (Nr. 1-2/2018) beschrieb ein ehemaliger Betriebsratsbetreuer der IG Metall Stuttgart die ZA: »Das Zentrum hat eine Ideologie, die deutlich über die AfD hinausgeht, die sie sich so aber im Betrieb nicht auszusprechen traut, nämlich nationaler Sozialismus, deutsche Betriebsgemeinschaft, Führerprinzip.« Forderungen der ArbeiterInnen könnten, so Hilburger, nur im »geschlossenen Raum«, also einem autarken Nationalstaat durchgesetzt werden.

Einfach rechts

Mehrere Mitglieder und Vorstände haben enge Verbindungen in die extreme Rechte: Am deutlichsten der Gründer und die Führungsfigur Hilburger. Er war jahrelang Musiker der Neonazi-Band »Noie Werte«. 2008 musste er aufgrund seiner rechten Aktivitäten sein Amt als ehrenamtlicher Arbeitsrichter aufgeben. Zuletzt trat er im Februar 2018 bei einem Aufmarsch von PEGIDA in Dresden als Redner auf. Beim Magazin »Compact« war er im November 2017 eingeladen, um zu erklären, wie man »Widerstand« von rechts »in die Betriebe trägt«. Auf der Konferenz sprachen auch der AfD-Rechtsaußen Björn Höcke und PEGIDA-Gründer Lutz Bachmann. Zuvor hatte Hilburger dem Blatt ein langes Interview gewährt. Die rechte »Compact« jubelte im Vorfeld der Bundestagswahlen 2017: »Wie geil ist das denn! Es gibt noch kämpferische Betriebsräte, die sich nicht von der grünversifften IG Metall ins System ziehen lassen«. Auch mit »Ein Prozent e. V.«, der den völkischen »Identitären« nahesteht, arbeitet »Zentrum Automobil« eng zusammen und produzierte Anfang 2018 die Zeitung »Alternative Gewerkschaft« (s. Artikel in diesem Heft). Im November 2017 musste Hilburger vor dem NSU-Untersuchungsausschuss Baden-Württemberg über mögliche Kontakte zu mutmaßlichen Unterstützern des Rechtsterrorismus aussagen.

Bescheidener Erfolg

»Zentrum Automobil« ist mit einer großspurigen Ansage in die Betriebsratswahlen 2018 gestartet. Im Fahrwasser der Erfolge von AfD und der »Neuen Rechten« konnte der Verein in der Öffentlichkeit und auch in Betrieben hohe Aufmerksamkeit erzielen. Bundesweit hat die Organisation inzwischen einen Namen. Und es gelang, die Zahl der Kandidierenden deutlich und die Zahl der gewonnenen Mandate auf niedrigem Niveau zu steigern – ein Erfolg. Doch für einen Durchmarsch von rechts hat es nicht gereicht. Im Vergleich zur IG Metall sind die rechten Listen Zwerge. Doch ein Mitarbeiter von Daimler aus Untertürkheim warnt gegenüber »der rechte rand«: »Das sind bisher keine charismatischen Personen, sonst hätten wir ein echtes Problem.« Aus seiner Sicht könnte das Problem mit den rechten Betriebsratslisten aber gelöst werden: »Als Gewerkschaft müssen wir über unsere Taten punkten – zum Beispiel mit dem guten Tarif-Ergebnis. Wir kämpfen und wir sind vor Ort.« So sei es in Untertürkheim und in der Daimler-Zentrale gelungen, dass die von rechts bekämpfte IG Metall bei den Wahlen dazu gewinnen konnte. »Zentrum Automobil« scheint seinen Erfolg bisher nicht auf Kosten der großen Gewerkschaft einzufahren, sondern durch das Aufsaugen der WählerInnen anderer Listen und »Gelber Gewerkschaften«. Mit dem »Zentrum Automobil e. V.« sowie deren zielgerichteter Unterstützung durch AfD, »Compact«, »Ein Prozent e. V.« und anderen Strukturen der extremen Rechten kann es nun aber gelingen, die bisher zersplitterte rechte Opposition in den Betrieben zu sammeln. Dann wären auch bei Betriebsratswahlen Ergebnisse denkbar wie die der AfD bei Parlamentswahlen. Die Mehrheit des Betriebsrats bei Daimler in Untertürkheim hatte im Februar 2018 vor der Wahl eine deutliche Erklärung abgegeben. »Kein Platz für Nazis«, wurde gefordert. Und: »Weder das Werk Untertürkheim noch der Betriebsrat dürfen zum Spielball von rechtsextremen Politikern werden, die meinen, auf dem Rücken der Belegschaft einen ‹außerparlamentarischen Widerstand› organisieren oder eine ‹nationale und soziale Befreiungsfront› aufbauen zu können.«

#EinProzent

»Werde Betriebsrat!«

damit du endlich unbesorgt hetzen kannst…

von János Neumann



Simon Kaupert bei einer Recherche während der »Compact-Konferenz« in Leipzig

»Ein Prozent«-Mitarbeiter Simon Kaupert hat im November 2017 auf der »Compact«-Konferenz in Leipzig eines derer neuen Vorhaben für das Jahr 2018 vorgestellt: die Kampagne »Werde Betriebsrat«. Kaupert kündigte seinen nur wenige Minuten dauernden Auftritt auf der Konferenz bereits im Vorfeld in der gewohnt absurd-überhöhten Art an. Man werde eine »regelrechte Bombe platzen lassen« und die bevorstehende Konferenz werde der »Startschuss für eine tiefgreifende Veränderung« sein. Im Kern geht es um die Installation von rechten Betriebsräten, um Hetze am Arbeitsplatz dadurch besser schützen zu können. Auf der eigens angelegten Kampagnen-Seite, die auf Götz Kubitschek registriert ist, klingt dies folgendermaßen: »Am Arbeitsplatz wachen linke Betriebsräte und Gedankenpolizisten über jedes kritische Wort. Es wird dokumentiert, befragt und schlussendlich auch gerne fristlos gekündigt.« Um diese Behauptungen zu stützen, nutzt »Ein Prozent« unter anderem »Statistiken«, in denen es beispielsweise heißt: »Neun von zehn Arbeitnehmern haben Angst, aufgrund kritischer Äußerungen ihren Arbeitsplatz zu verlieren« oder »Durchschnittlich 95 % würden eine Arbeitnehmervertretung, die sich wirklich für die Interessen der Belegschaft einsetzt, aktiv unterstützen«. Woher diese Zahlen stammen oder wer sie erhoben hat, geht aus der Homepage allerdings nicht hervor. Dem Branchenservice »businessinsider.de« sagte Kaupert, es handle sich um eine »repräsentative Umfrage« und man habe für diese Zahlen 300 Personen »überall« befragt. Auf Nachfrage erklärte Kaupert dem Branchendienst, bei »überall« handele es sich um eine Umfrage im Unterstützungsnetzwerk von »Ein Prozent«. Wie schon bei vorangegangenen Recherchen zeigt sich hier, wie Kaupert seine lückenhafte und teils falsche Recherche zu schlichten Propaganda-Texten zusammenfügt. Jenseits der völlig unbrauchbaren »Statistiken« und üblichen Diskreditierung des »Establishment« und seiner »Gesinnungswächter« finden sich keine Inhalte auf der Kampagnen-Homepage. Auskünfte zu Inhalten wie Tarifverträgen, Arbeitsbedingungen oder anderen Themen gewerkschaftlicher Vertretungen sind nicht vorhanden. Als Partner der Kampagne agiert der 2009 gegründete Verein »Zentrum Automobil«.

Gealterte Neonazis in den Betriebsrat

Wie auch bei »Ein Prozent« und der »Identitären Bewegung« finden sich in den Führungsgremien der Organisation Personen, die dem Kern der deutschen Neonazi-Szene entstammen. So auch im Verein »Zentrum Automobil«. Dessen Gründungsvorsitzender und gleichzeitig Daimler-Betriebsrat in Untertürkheim, Oliver Hilburger, war von 1989 bis 2008 Mitglied der Neonazi-Band »Noie Werte«. Erst kurz vor deren Auflösung (2010) beziehungsweise vor der Gründung des »Zentrum Automobil« stieg Hilburger bei »Noie Werte« aus. Im Mai 2008 urteilte das Bundesverfassungsgericht, Hilburgers Enthebung als ehrenamtlicher Richter am Arbeitsgericht Stuttgart sei rechtens gewesen. Hilburger war mit seiner Anwältin Maike Hammer gegen ein Urteil des Landesarbeitsgerichts Baden-Württemberg vorgegangen. Dieses hatte zu den Liedtexten der Band »Noie Werte« bereits festgestellt, »dass diese bei einer Gesamtwürdigung der Umstände Assoziationen zum nationalsozialistischen Regime weckten, gewaltverherrlichend seien und von einer verfassungsfeindlichen Ideologie zeugten«. Das Handbuch Rechtsradikalismus (2001) zeigt außerdem die zentrale Bedeutung in der internationalen Neonazi-Szene:

»Die ersten Kontakte zwischen Blood&Honour und deutschen Neonaziskinheads kamen 1991 zustande. Die Naziskinheads-Vereinigung Kreuzritter für Deutschland, zu der die Band Noie Werte gehörte, veranstaltete zwischen 1991 und 1993 mehrere Konzerte mit Bands aus dem Blood&Honour-Netzwerk…«

Doch Hilburger ist nicht der einzige Funktionär des »Zentrums Automobil« mit tiefen Verstrickungen in die Neonazi-Szene. Der jetzige Schatzmeister Hans Jaus wurde 1991 als neuer Bundesschatzmeister im Vorstand der später verbotenen »Wiking Jugend« genannt. Zudem führte ihn die Zeitschrift »Wikinger« (Nr. 2/1991) als Ansprechpartner für den »Gau Schwaben« auf. Die damalige Verbotsverfügung sah »identische Organisationszwecke« zwischen der »Hitlerjugend« und der »Wiking Jugend«.

Fazit

Mit der Kampagne »Werde Betriebsrat« setzt »Ein Prozent« bekannte Strategien weiter um. Zum einen wird versucht, in ein dezidiert linkes Politikfeld einzusteigen, was natürlich vor allem der Provokation dient. Zum anderen sollen damit entgegenstehende politische Organisationen diskreditiert und gleichzeitig das neu entdeckte Feld der Sozial- und Wirtschaftspolitik bespielt werden. Dies war in den vergangenen Monaten bereits in den Diskursen der Netzwerke der »Identitären Bewegung«, des »Instituts für Staatspolitik« und anderer abzulesen.

»Generalangriff« auf Gewerkschaften

Mit ihrer Zeitung »Alternative Gewerkschaft« wirbt die extrem rechte Initiative »Werde Betriebsrat« für sich. Ihr Ziel: Der »Generalangriff« auf die Gewerkschaften.

von Sascha Schmidt


ALTERNATIVE GEWERKSCHAFT

KOLLEGEN, WIR MÜSSEN REDEN
ES IST ZEIT FÜR DIE WENDE!

»Der Knoten ist geplatzt«, jubelte die extrem rechte Initiative »Ein Prozent« im Februar 2018. »Pünktlich zu den Betriebsratswahlen« sei es in Kooperation mit dem rechten und verschwörungstheoretischen Magazin »Compact« und dem rechten Verein »Zentrum Automobil« gelungen, eine »Kampagnenzeitung« zu veröffentlichen. Das Blatt »kommt nicht nur zur rechten Zeit, sondern hat es in sich«, lobte man sich selbst. Doch tatsächlich bietet die zwölf Seiten dünne Zeitung mit einer Auflage von 60.000 Stück lediglich auf fünfeinhalb Seiten neue Texte. Die restlichen sechseinhalb Seiten sind gefüllt mit Werbung für die beteiligten Initiativen, einer Sammlung von alten Pressemeldungen und drei Artikeln, die bereits in früheren Ausgaben der »Compact« gedruckt worden waren: Ein Kommentar von »Compact«-Chefredakteur Jürgen Elsässer vom Oktober 2017, ein Interview von Elsässer mit dem AfD-Funktionär Guido Reil und eine vom Thüringer AfD-Chef Björn Höcke im November 2017 in Leipzig gehaltene Rede.

Soziale Frage

Auf den weiteren Seiten des Blattes schreiben ausschließlich Autoren aus der »Neuen Rechten«. Neben Philipp Stein, Mitglied der extrem rechten »Burschenschaft Germania Marburg« und Leiter der neurechten Initiative »Ein Prozent«, schreiben unter anderem Benedikt Kaiser und Simon Kaupert. Kaupert ist Gründer des Würzburger PEGIDA-Ablegers »Wügida« und nahm an der Aktion »DefendEurope« der »Identitären Bewegung« mit einem gecharterten Schiff im Mittelmeer teil. Das Ziel damals: Geflüchtete davon abzuhalten, über das Mittelmeer Europa zu erreichen. Kaiser ist Lektor im neu-rechten Verlag »Antaios« von Götz Kubitschek und interviewte in dessen Blatt »Sezession« Ende Januar 2018 den Brandenburger AfD-Chef Andreas Kalbitz zur Bedeutung der »Sozialen Frage in der AfD«. In der österreichischen rechten Zeitung »Neue Ordnung« hatte Kaiser erklärt: »Die Rechte wird die soziale Frage wiederentdecken oder sie verpasst eine historische Chance.«

Generalangriff auf Gewerkschaften

»Kollegen, wir müssen reden – Es ist Zeit für die Wende«, prangte der Titel in Großbuchstaben auf der Titelseite der Zeitung »Alternative Gewerkschaft«. Philipp Stein machte deutlich, warum und verwies auf reale Missstände in Deutschland: Obdachlosigkeit, eine »Armutsquote von 15,7 Prozent« oder RentnerInnen, »die Flaschen sammeln gehen«. Auch kritisierte Stein die ungleiche Verteilung des Reichtums: »Während die Zahl der Millionäre und Milliardäre in Deutschland stetig steigt«, schrieb Stein, »muss sich der fleißige ‹Normalbürger› nicht nur mit sinkenden Reallöhnen, steigenden Mieten und immer prekärer werdenden Anstellungsverhältnissen rumschlagen«. Doch seine Kritik ist nur vordergründig ein Angriff auf das »Establishment«. Die völkischen KapitalismuskritikerInnen können die soziale Frage ohne Rassismus nicht beantworten. Das wird auch hier wieder deutlich, wenn auf der Titelseite der Zeitung darüber geklagt wird, Millionenbeträge seien »in die Asylindustrie (ge)pumpt« worden .
Doch im Zentrum der Kritik stehen »die Gewerkschaften«, die sich laut Simon Kaupert »in weiten Teilen vom Establishment (haben) kaufen lassen«, die »nicht mehr den Arbeiter vertreten – sondern die Aktionäre« und »zum Instrument der Mächtigen geworden« seien. Gemeint sind hier die im DGB zusammengeschlossenen Einzelgewerkschaften. »Ohne die Interessengemeinschaft von Gewerkschaften und Parteien« wären »die großen sozialen Verwerfungen der vergangenen zwanzig Jahre nicht durchgewunken worden«, behauptet Kaupert. Und allein mit Verweis auf die IG-Metall-Mitgliedschaft von Peter Hartz, dem Erfinder der »Hartz-Gesetze«, und einer Auflistung der »Aufsichtsrat-Tantiemen« des ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske versucht Kaupert nachzuweisen, dass »es um die wirkliche Verbundenheit der Gewerkschaften mit der ‹Arbeiterklasse›« angeblich nicht weit her sei. Das Gros der Zeitung ist somit ein Teil des von der Initiative angekündigten »Generalangriffs auf das Monopol der großen Gewerkschaften«.

Kaum verankert

Die Initiative schrieb bereits vor Beginn der Betriebsratswahlen von einem »unglaublichen Erfolg«. Bundesweit träten »viele hundert alternative Kandidaten« in 13 »alternativen Gewerkschaften« an. Doch ob »aus der kühnen Idee einer betrieblichen Opposition gegen Globalisierung und Misswirtschaft Wirklichkeit« wird, bleibt abzuwarten. Die ersten 5.000 Exemplare der Zeitung wurden im Rahmen des Auftritts des Chefs des rechten Vereins »Zentrum Automobil«, Oliver Hillgruber, bei einer PEGIDA-Demonstration in Dresden verteilt – und nicht etwa vor oder in Betrieben. Das spricht nicht für eine breite betriebliche Verankerung. Und sollte es keine Erfolge bei den Betriebsratswahlen geben, wissen die Initiatoren schon, woran es dann gelegen hat. Bereits am ersten Tag der Wahlen wollen die Vertreter der rechten Kampagne angebliche »Wahlmanipulationen« gesehen haben. Beweise dafür bleiben sie – wie könnte es anders sein – schuldig.

#Interview

»Sozial ist da gar nichts«



Den 1. Mai 2017 hat der »Alternative Arbeitnehmerverband Mitteldeutschland« (ALARM!) in Erfurt zum Angriff auf die »verrotteten Altgewerkschaften« genutzt. Auch andere AfD-nahe Organisationen, wie »Arbeitnehmer in der AfD« und »Alternative Vereinigung der Arbeitnehmer«, oder die neu-rechte Initiative »Ein Prozent« haben das Ziel, Konkurrenzstrukturen rechts vom »Deutschen Gewerkschaftsbund« (DGB) und seinen Einzelgewerkschaften in den Betrieben aufzubauen. Mit Annelie Buntenbach, Mitglied im geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB, sprachen Toni Brandes und Paul Wellsow.



drr: Rechte aus der AfD und dem Spektrum der »Neuen Rechten« wollen auf dem Terrain der Gewerkschaften wildern. Wie ernst muss man das nehmen und wie nimmt der DGB die Situation wahr?

Annelie Buntenbach: In diesem Jahr finden bundesweit Betriebsratswahlen statt. Verschiedene extrem rechte Gruppen, vor allem die »Ein Prozent«-Bewegung, rufen dazu auf, mit eigenen KandidatInnen anzutreten. Das nehmen der DGB und die Einzelgewerkschaften natürlich ernst. In den Betrieben arbeiten Menschen unterschiedlicher Herkunft, Kultur oder Religion zusammen. Unsere Betriebsräte, von denen viele selbst einen Migrationshintergrund haben, setzen sich solidarisch für alle Beschäftigten ein. Wir werden im Betrieb nicht denen das Feld überlassen, die mit rassistischen und nationalistischen Parolen nur auf eine Spaltung der Belegschaften aus sind. Die extreme Rechte ist ja auch per se gewerkschaftsfeindlich.

Allerdings sehe ich derzeit nicht, dass die recht kleinen ArbeitnehmerInnenvereinigungen der AfD oder die »Ein Prozent«-Bewegung über eine nennenswerte Verankerung in den Betrieben verfügen.

Es gab schon immer die Bestrebungen, die soziale Frage auch von Rechts zu besetzen. Warum scheint es nun – zum ersten Mal seit Jahrzehnten – erfolgversprechend zu sein?

Das würde ich infrage stellen. Sozial ist da gar nichts. Von der AfD sind massive Rentenkürzungen zu erwarten, wenn das Renteneintrittsalter abgeschafft werden soll. Da steht die praktische Abschaffung der Arbeitslosenversicherung im Programm. Und sozial ist es auch nicht, wenn es laut AfD weder eine Erbschafts- noch eine Vermögenssteuer geben soll.

Keine Frage, dass es unter ArbeitnehmerInnen und auch unter Gewerkschaftsmitgliedern rassistische und völkisch-autoritäre Haltungen gibt. Die Entzündungsherde für diese Entwicklung liegen aber nicht im Betrieb oder in den klassischen Anliegen der ArbeiterInnenbewegung – Durchsetzung besserer Löhne und Arbeitsbedingungen, Begrenzung der Arbeitszeit, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, soziale Absicherung oder ähnliches mehr. Das ist definitiv nicht der Kern, nicht der Antrieb der AfD, im Gegenteil. Wird das Anliegen, die Triebfeder der AfD falsch verortet, führt das zu falschen Schlussfolgerungen bei den Gegenstrategien.

Ich finde es wichtig, den Widerspruch herauszuarbeiten zwischen den sozialen Interessen AfD-affiner ArbeitnehmerInnen und ihren kulturellen Haltungen. In diesem Widerspruch kann eine Chance für Gewerkschaften liegen, auch diese Menschen noch über ihre sozialen Interessen zu erreichen.

An welchen Einstellungen von ArbeiterInnen und Angestellten und an welchen Themen können diese rechten Initiativen anknüpfen?

Als Vertretung von ArbeitnehmerInnen sind sie gänzlich ungeeignet. Anknüpfen können sie allerdings an vorhandene extrem rechte Einstellungen, die leider auch dort verbreitet sind. Ich glaube nur bedingt daran, dass das etwas mit dem sozialen Status zu tun hat. Bei den Zweitstimmenanteilen der AfD gab es zwischen und innerhalb der Bundesländer große Unterschiede. Feststellbar ist ein Ost-West-Gefälle und vor allem in Westdeutschland ein Süd-Nord-Gefälle. Arbeitslosenquote, Einkommenshöhe oder die Quote der Hartz IV-Abhängigkeit können die großen Unterschiede in den Zustimmungswerten für die AfD nicht erklären. Man sollte sich sehr davor hüten hier Bilder von der Rache der Prekären zu konstruieren. Es gibt auch spürbaren Zuspruch aus besser gebildeten Kreisen einschließlich HochschulabsolventInnen. Die, die extrem rechts gewählt haben, sind keineswegs immer die Armen und Dummen.

Es gibt allerdings einige mentale Haltungen, die zu einer AfD-Affinität führen können. AfD-WählerInnen sehen sich oft Kontrollverlusten ausgesetzt – so Richard Hilmer in seiner Studie für die Hans-Böckler-Stiftung – außerdem würden sie sich »unabhängig von ihrem realen Einkommen in der derzeitigen Gesellschaft vergleichsweise niedrig einordnen« und »erlebten im Vergleich zu ihren Eltern einen sozialen Abstieg«. Es geht also weniger um die Realität der eigenen sozialen Lage als vielmehr um die Angst vor Abstieg und noch mehr um das Gefühl, zu kurz zu kommen, das im Osten der Republik besonders verbreitet ist.



Gibt es unter den Beschäftigten bestimmte Bereiche, die besonders anfällig für rechte Argumentation und Organisierung sind und Bereiche, die eher immun dagegen sind?

Mir fällt dazu ein Beispiel ein. Die Studie, die Richard Stöss vor einigen Jahren gemacht hat, stellte bei den Mitgliedern der IG BAU einen relativ niedrigeren Anteil extrem rechter Einstellungen fest. Die IG BAU muss sich seit langem mit Lohndumping durch Scheinselbstständige und Subunternehmerketten auf den Baustellen auseinandersetzen. Dieses Lohndumping hat eine andere Sprache und einen anderen Pass. In diesem Kampf darf man keine Ethnisierung dieser Schweinereien zulassen. Die Grundhaltung: »Schuld sind nicht die armen Schweine, wo immer sie auch herkommen, sondern die, die durch die Ausbeutung der armen Schweine reich werden« hatte sich in der Organisation tief verankert. Zurückgeführt hat Stöss das auf die aktive Auseinandersetzung mit dem Thema, den sorgfältigen Umgang mit Sprache, mit einer Organisationskultur, die Rassismus ganz bewusst und in offener Auseinandersetzung, die nichts unter den Teppich gekehrt hat, nicht zugelassen hat. Ein ermutigendes Ergebnis, aber auch ein anstrengender Dauerauftrag.

Mittlerweile haben wir mit den Beratungsstellen von »Faire Mobilität« und den Landesberatungsstellen ein Netzwerk geschaffen, das jedes Jahr mehreren tausend ArbeitnehmerInnen aus Ost- und Mitteleuropa, denen droht, um ihren Lohn und ihre Rechte gebracht zu werden, Unterstützung bietet – gleich ob sie auf dem Bau arbeiten, in der Pflege, in der Fleischindustrie, in Transport und Logistik oder auf den Werften.

Warum ist – schon aus historischen Gründen – Antifaschismus für Gewerkschaften nicht Beiwerk, sondern Grundsatz?

Die Nationalsozialisten haben die Gewerkschaften verboten und GewerkschafterInnen verfolgt und ermordet. ArbeitnehmerInnen in den Betrieben waren in dieser Zeit weitgehend rechtlos. Sie hatten nicht einmal das Recht die Arbeitsstelle zu wechseln. Wir leben heute in einer anderen Zeit, aber Sozialdarwinismus, Vorstellungen von ‹natürlicher Ungleichheit› als Grundlage der Stellung in der Gesellschaft und die Unterordnung in einem Führer-Gefolgschaftskorsett lassen sich nicht mit Menschenrechten und Demokratie vereinbaren – und beides ist für Gewerkschaften so existenziell wie die Luft zum Atmen.

Deshalb setzen wir auf klare, unmissverständliche Abgrenzung gegenüber denjenigen, die in der AfD oder an anderer Stelle solche Spaltung, Ethnisierung und Ausgrenzung organisieren. Gleichzeitig versuchen wir, diejenigen für die Demokratie zurück zu gewinnen, die sich politikverdrossen zurückgezogen haben oder die mit ihrem Kreuz auf dem Wahlzettel oder in anderer Form der Anziehung der AfD erlegen sind.

Was tun der DGB, die Einzelgewerkschaften, Betriebsräte und Aktive im Jahr der Betriebsratwahlen gegen diese neue Offensive von rechts außen?

Das ist eine Daueraufgabe und es gibt unzählige Initiativen. GewerkschafterInnen mischen sich in den Betrieben, aber auch in der Öffentlichkeit immer wieder engagiert ein. Entscheidend sind, um in der Auseinandersetzung mit extrem Rechten und Rassismus zu bestehen, nicht nur die »richtige« demokratische Haltung, sondern auch die Kenntnis von »Argumentationslinien« von AfD und anderen sowie gesicherte Informationen und Recherchen über ihre AkteurInnen und Vorgehensweisen.

Mit Materialien, Workshops und Beratung gibt es hier inzwischen eigene Angebote von DGB und Gewerkschaften, DGB-Bildungswerk und entsprechenden Projekten und last but not least vom Kumpelverein »Die gelbe Hand«. Dabei geht es auch darum, Betriebsversammlungen und andere Veranstaltungen so durchzuführen, dass sie nicht von RechtspopulistInnen an sich gerissen werden können. Wo es sinnvoll ist, wird auch direkt vor Ort unterstützt.

Wir müssen das, was für uns und die ArbeitnehmerInnen soziale Gerechtigkeit jeweils konkret heißt, herauskristallisieren und dafür mobilisieren. Um hier die richtigen Themen zu fassen zu bekommen und die KollegInnen mitzunehmen, müssen wir ganz bewusst mehr Demokratie organisieren, die Kraft der aktiven Einmischung nutzen – in den Gewerkschaften, in den Betrieben, vor Ort. Das ist umso wichtiger, wenn wir uns in Erinnerung rufen, dass die Stöss-Studie als eines der Einfallstore für extrem rechte Einstellungen gerade in der Industriearbeiterschaft eine Haltung identifiziert hat: alles Gute kommt von oben, die da oben sollen das für mich regeln, und wenn ich das Gefühl habe, ich bekomme nicht, was mir zusteht, ist das »deren« Schuld.

Je stärker wir im Betrieb und in der Gesellschaft selbst Themen und Initiativen setzen können, desto weniger Raum bleibt der AfD, um Sogkraft zu entwickeln. Wenn sich zum Beispiel bei einer Standortschließung wie jetzt bei Siemens die IG Metall so schnell und klar an die Spitze stellt, hat das die größten Erfolgschancen für ArbeitnehmerInnen. Gleichzeitig bleibt dann kein Platz für angebliche »Interessenvertreter« von rechts außen.

Zu den Aufgaben von Gewerkschaften gehört, Spaltungslinien in der Gesellschaft und im Betrieb aktiv zu bekämpfen, um Entsolidarisierungsprozessen entgegenzuwirken. Der Ethnisierung von Konflikten gilt es klar entgegenzutreten. Auch in dem Zusammenhang ist es eine große gewerkschaftliche Stärke, so viele Mitglieder mit Migrationshintergrund zu haben. Besonders spannend ist dabei, dass der Anteil der Betriebsratsmitglieder und der Vertrauensleute mit Migrationsgeschichte über dem Anteil in der Mitgliedschaft liegt. Damit ist klar: MigrantInnen setzen sich in den Betrieben für die Interessen aller Beschäftigten ein, unabhängig von ihrer Herkunft. Eine ganze Reihe von Betriebsvereinbarungen gegen Rassismus und für Gleichstellung zeigt die Bandbreite von betrieblichen Diskussionen und praktischen Handlungsmöglichkeiten.

Vielen Dank für das Interview!



#Richtungsstreit

Antikapitalismus für Deutschland

Zur Renaissance der Kapitalismuskritik von rechts.

von Richard Gebhardt

Die Kapitalismuskritik von rechts erlebt in der Bundesrepublik aktuell eine Renaissance. Lange propagierte die NPD einschlägige Forderungen wie die nach einer »raumorientierten Volkswirtschaft«. Aber gegenwärtig kündigt sich gerade in der »Neuen Rechten«, die maßgeblich auch die Strategie- und Programmdebatte in der »Alternative für Deutschland« (AfD) beeinflusst, ein heftiger Richtungsstreit über zentrale Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik an.

Richtungsstreit

Götz Kubitschek, Mitbegründer des »Instituts für Staatspolitik« (IfS) und leitender Redakteur der vom IfS herausgegebenen Zeitschrift »Sezession«, berichtete in der Februarausgabe (Nr. 82/2018) freimütig »aus dem Nähkästchen«. Nach seiner Auskunft gab es in der Redaktion »heftige interne Debatten« über die Ausrichtung einer solchen Kritik des Kapitalismus. Diese Randnotiz macht deutlich, dass AfD und »Neue Rechte« vor einem entscheidenden Richtungsstreit stehen. Das IfS unterstützt derzeit jenen Flügel in der AfD, der – wie Björn Höcke vom Landesverband Thüringen – unter Parolen wie »Sozial, ohne rot zu werden« für einen deutschen »Sozialpatriotismus« wirbt. Auf der »18. Winterakademie« des IfS, die Ende Januar 2018 unter dem Titel »Wirtschaft. Hegung und Entgrenzung« stattfand, trat auch Andreas Kalbitz, der Vorsitzende der Brandenburger AfD-Fraktion, auf. Seine Überlegungen zum Thema »Die AfD vor der sozialen Frage« bildeten den Schlusspunkt einer Tagung, die sich der »Faszination des Marxschen Denkens« ebenso wie der Geschichte der »Kapitalismuskritik von rechts«, widmete. Auf der neu-rechten Website »sezession.de« klagte Kalbitz über deutsche Zustände, in denen »für immer mehr Rentner Flaschensammeln zu einem unverzichtbaren Zuverdienst wird«, während zugleich »Milliarden für Willkommensfetischismus, Multikultiphantastereien und Gendergeschlechterzirkus« sprudeln würden.

»Soziale Frage«

In der AfD, die in ihrem Grundsatzprogramm im FDP-Jargon »Arbeitsmarkt von unnötiger Bürokratie befreien« fordert, verlaufen zwei sozialpolitische Linien. Das derzeit tonangebende Lager um die Co-

Vorsitzende der Bundestagsfraktion Alice Weidel und den Co-Chef der Partei Jörg Meuthen steht in der Tradition eines ordnungspolitisch orientierten Neoliberalismus oder – präziser gesagt – eines Nationalliberalismus. Eine andere Linie, für die neben Kalbitz vor allem Björn Höcke steht, fordert hingegen eine Antwort auf »die neue deutsche soziale Frage des 21. Jahrhunderts«. Diese »soziale Frage« sei, so führte Höcke auf einer Demonstration der AfD Ende April 2016 in Schweinfurth aus, »die Frage über die Verteilung unseres Volksvermögens nicht von Oben nach Unten, nicht von Jung nach Alt, sondern über die Frage der Verteilung unseres Volksvermögens von innen nach außen«.
Mit dieser Formel hat Höcke, der nach eigenen Angaben sein »geistiges Manna« aus dem IfS bezieht, zentrale Punkte des aktuellen Antikapitalismus von rechts formuliert. Diese reaktionäre Variante der Kapitalismuskritik – die auf eine lange Tradition zurückblicken kann, die bis vor die sogenannte »Konservative Revolution« der 1920er Jahre zurückreicht – verzichtet freilich auf Kernelemente der marxistischen Kritik. Eine Rechte, die sich auf diese historische Linie bezieht, setzt sich nicht nur – wenig überraschend – vom Internationalismus der ArbeiterInnenbewegung ab und ersetzt die Kategorie der Klasse durch das homogen gedachte »Volk«. Verteidigt wird das »Volksvermögen« gegen ein »Außen«, das nicht zuletzt aus den zu Invasoren dämonisierten Flüchtlingen besteht.

Erbe der NPD

Höcke beerbt hier die soziale Demagogie der NPD. Die Partei der »alten« Rechten zog im Jahre 2004 mit Parolen wie »Quittung für Hartz IV« mit 9,2 Prozent der Stimmen in den sächsischen Landtag ein. Sprüche wie »Global dient dem Kapital – Sozial geht nur national« oder »Kapitalismus – Feind der Völker« wurden seinerzeit zu populären Losungen auf rechten Aufmärschen. Die NPD präsentierte sich zudem als »Kümmerer-Partei«, die gerade im Osten der Republik die sozialen Probleme vor Ort beherzt anpackte. In der Parteizeitung »Deutsche Stimme« polemisierte der NPD-Funktionär Jürgen Gansel gegen »das planetarische Ausgreifen der kapitalistischen Wirtschaftsweise unter der Führung des großen Geldes«. Dieses sei, so Gansel, »seinem Wesen nach jüdisch-nomadisch und ortlos« und habe seinen »politisch-militärischen Standort vor allem an der Ostküste der USA«. An dieses antisemitische und antiamerikanische Ressentiment appellierte auch der kalauernde Agitprop der »Autonomen Nationalisten«, die sich als Avantgarde einer völkischen Revolte gegen den »vaterlandslosen« Finanzkapitalismus inszenierten: »Ob Dortmund, Erfurt oder Buxtehude – der Feind ist und bleibt der Kapitalismus«, lautete eine einschlägige Losung in dieser Szene.

In die Betriebe

»Kapitalismuskritik« war historisch betrachtet nie nur eine Domäne der Linken. Ein solcher Ideenstrang war immer Teil der äußersten Rechten auch in der Bundesrepublik – und ein von Kumpel-Romantik sowie der Huldigung des hart schaffenden Arbeitsmannes grundierter »antikapitalistischer« Tonfall prägt sogar das jüngere nationalistische Liedgut. In dem Lied »Wer trägt die schwarze Fahne dort?«, das von dem Nationalrevolutionär und rechten Renegaten Henning Eichberg geschrieben wurde, heißt eine bezeichnende Strophe: »Wer trägt die schwarze Fahne dort durch das Westfalenland? / Das ist der Kumpel von der Ruhr, der trägt sie in der Hand. / Sie schlossen ihnen die Zechen zu, das war das letzte Mal / Im Jahr sechsundsechzig erhoben sie sich gegen Bonn und das Kapital / Hervor, Leute, hervor, hervor! Die schwarze Fahne empor! / Denn überall wo das Unrecht herrscht, geht die schwarze Fahne empor.« Gegen solches »Unrecht« wollte auch die NPD in Sachsen agitieren und in die Betriebe vordringen. Das von der NPD geprägte »Lausitzer Aktionsbündnis« demonstrierte anlässlich der Schließung der in der sächsischen Oberlausitz beheimateten Textilfirma »Erba Lautex« medienwirksam vor den Werkstoren. Die Firma sollte aufgrund einer EU-Entscheidung Fördergelder zurückzahlen. Als der Fall 2005 im sächsischen Landtag behandelt wurde, waren rund 50 MitarbeiterInnen der Firma nach Dresden gereist. Im Laufe der Debatte konnte sich die NPD mit Teilen der Belegschaft verbünden.

Privileg der Reichen festschreiben

Derzeit ist die NPD in der Defensive. Heute gefällt sich Björn Höcke in der Rolle des deutschen Arbeiterführers. Im Rahmen der von der verschwörungsideologischen Zeitschrift »Compact« in Leipzig organisierten Konferenz »Opposition heißt Widerstand« hielt Höcke Ende November 2017 eine mit Verweisen auf die Kommunisten Wladimir Iljitsch Lenin und Antonio Gramsci gespickte Rede. Die in »Compact« (Nr. 1/2018) veröffentlichte Fassung trägt den griffigen Titel »Widerstand gegen den Raubtierkapitalismus«. Die AfD solle als »Anwalt der Arbeiter und der Armen die Gegenwehr gegen das globale Finanzkapital organisieren«, welches – so Höcke – »die Völker zerstört«.
Das ist nicht ohne Ironie. Denn in ihrem Grundsatzprogramm fordert die AfD eine im Grundgesetz festgeschriebene »verbindliche Steuer- und Abgabenbremse« und will somit das Klassenprivileg der Reichen grundgesetzlich verbriefen lassen. Eine solche Partei aber zur nationalen ArbeiterInnenvertretung transformieren zu wollen, ist selbst für den stets sendungsbewussten Höcke eine ehrgeizige Aufgabe. Die AfD, deren Lager vor allem über gemeinsame Feindbilder verbunden sind, könnte sich in dieser zentralen Frage weiter spalten. Höcke aber wird von den WählerInnenstimmen aus den Reihen der Lohnabhängigen und Arbeitslosen für die AfD beflügelt. Und seine regressive Kapitalismuskritik ist anschlussfähig, denn Höcke liefert keine abstrakten Theorien über den Mehrwert, sondern volkstümliche Feindbilder. Der deutsche Sozialstaat, so lautet seine nationalistische Logik, muss gegen das »Außen« einer industriellen Reservearmee geschützt werden. Der transnationale »Raubtierkapitalismus« wiederum zerstört nach dieser Sicht ebenfalls die heimatliche Scholle – und erhält dafür Unterstützung von der »politischen Klasse«. Höcke benennt ein personalisierbares »Außen«: Geflüchtete, die »Elite« in Berlin und das angelsächsische Großkapital.

Hass auf Liberalismus

Die bis in das 19. Jahrhundert zurückreichende Kapitalismuskritik von rechts wendet sich, wie auch der neu-rechte Autor Benedikt Kaiser in seinem historischen Abriss in der Zeitschrift »Sezession« (Nr. 82/2018) zeigt, schon früh gegen »das Verdampfen alles Ständischen und den Einbruch des ‹englischen›, auf Profit und rasantes Wachstum ausgerichteten Wirtschaftens«. Referenz bleibt der »ehrliche Kaufmann«, der seinen Geschäften im Rahmen eines korporatistisch formierten Systems nachgeht. Insofern ist, wie Kaiser zeigt, die konservative beziehungsweise rechte Traditionslinie von Adolph Wagners »Verein für Socialpolitik« über die »Konservative Revolution« und den Zirkel um die Zeitschrift »Die Tat« bis hin zu den Nationalrevolutionären in der »Neuen Rechten« in einer bestimmten Hinsicht kapitalismuskritisch – nämlich im Sinne einer Abwehr des Liberalismus, an dem – so Arthur Moeller van den Bruck – »die Völker zugrunde« gehen. Dieses Leitmotiv ist nach wie vor aktuell. Zeitgenössische Autoren der »Neuen Rechten«, wie Thor von Waldstein, kultivieren bis heute einen obsessiven Hass gerade auf den gesellschaftspolitischen und ökonomischen Liberalismus. Von Waldstein, der schon in den »Staatsbriefen« (Nr. 5/1998) vieldiskutierte »Thesen zum Kapitalismus« vorlegte, schreibt vorzugsweise gegen die »politische Krankheit des Liberalismus« oder die »Billardkugel-Gesellschaft des Westens«. Von Waldstein, der in seinen Thesen auf die neuen »linken Leute von rechts« hoffte, ist heute ein führender Autor der »Sezession«.

Ablösung von SPD und KPD

Die Beispiele zeigen, dass die vom frühen NSDAP-Funktionär Gregor Strasser beschriebene »antikapitalistische Sehnsucht des deutschen Volkes« immer auch die Sehnsucht von Teilen der deutschen Rechten war. Auch die Kampagne »Werde Betriebsrat. Patrioten schützen Arbeitsplätze« der rechten Initiative »Ein Prozent« erhält ihre Konturen im historischen Kontext. Schon der Kreis um die Zeitschrift »Die Tat« setzte auf die Loslösung der Gewerkschaftsmitglieder von SPD und KPD. Heute soll die korporatistische Ideologie der »gelben Gewerkschaften« fortgeschrieben werden. Linke Kategorien werden umgedeutet: Der zentrale Wert der »Gleichheit« vollzieht sich im rechten Antikapitalismus durch die Eingliederung in die Volksgemeinschaft – also in ein Zwangskollektiv, in dem die Einzelperson aufgeht und als Individuum untergeht.

In den jüngsten Theoriedebatten zeigen sich aber auch Unterschiede zu den Phrasen der NPD. Raunte Jürgen Gansel noch in klassischer Diktion über die Macht der »Ostküste«, zitiert Benedikt Kaiser in der »Sezession« (Nr. 82/2018) zur Kritik der »hitleristisch-völkischen Bewertung des Kapitalismus« sogar das Verdikt des linken Theoretikers Slavoj Žižek über die NS-typische Verschiebung der »Ursachen der kapitalistischen Antagonismen auf einen (pseudo-)konkreten, von außen eindringenden (rassisch) Anderen«. Auch der einstige Kader des »Sozialistischen Deutschen Studentenbundes« Bernd Rabehl, später über Jahre ein gern gesehener Gast der NPD, richtet sich in seiner jüngsten, im Verlag des IfS erschienenen Schrift »Raumrevolution. Das Kapital und die Flüchtlingskrise« gegen die Positionen etwa eines Jürgen Gansel. Mit »nordamerikanische Macht des Finanzkapitals« sei »nicht etwa eine ‹jüdische Plutokratie› oder eine ‹jüdische Weltherrschaft›« gemeint, schreibt Rabehl dort. »Diese Form des Kapitalismus« lasse »sich nicht auf eine Ethnie festschreiben«. Zugleich aber spekuliert Rabehl seitenlang ohne nötige Konkretion und Quelle in verschwörungsideologischer Manier über »westliche Taktiker der Ministerien und Dienste«, deren Ziel die Schwächung Deutschlands sei. Das Buch zeigt, dass Rabehl in seiner Streitschrift auch gegen den »liberalistischen Palaver« letztlich nur alte Feindbilder (USA, Israel, westlicher Liberalismus) bedient – Feindbilder, die der Mitstreiter Rudi Dutschkes schon als radikaler Linker gepflegt hat und nun aus rechter Sicht bedient.

Spaltungspotenzial

Die Haltung zur Kapitalismuskritik ist für die »Neue Rechte« gerade mit Blick auf die AfD künftig zentral. Denn diese Kritik war in ihren Zirkeln in den letzten Jahren nur ein Spartenprogramm. Für die Ökonomie waren die staatsfeindlichen Libertären zuständig, die »Neue Rechte« weidete sich lieber an der kulturpessimistischen Lust am Verfall. Nun trifft der Marktradikalismus auch in der AfD auf einen sozialpolitischen Staatszentrismus. Kubitschek fürchtete deshalb wohl Irritationen in der LeserInnenschaft und fügte, trotz aller Distanz zum libertären Lager, der Februarausgabe seiner Zeitschrift »Sezession« einen Text des »Anarchokapitalisten« Hans-Hermann Hoppe über »Libertäre und Alt-Right« bei. Anything goes! Die inhaltliche Kohärenz der »kapitalismuskritischen« Ausgabe der »Sezession« wirkt arg brüchig. Und der momentane »Pluralismus« in Wirtschaftsfragen wird nicht nur im IfS weiter zu »heftigen internen Debatten« und Abspaltungen führen können. In der AfD hingegen können Höcke und Kalbitz dennoch auf prominente Unterstützung gegen die Wirtschaftsliberalen hoffen. Alexander Gauland, mit Alice Weidel Fraktionsvorsitzender im Bundestag, schrieb schon 2002 in »Anleitung zum Konservativsein« gegen den »extremen Neoliberalismus« an – also gegen jene Ideologie, mit der die AfD auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik bislang identifiziert wird. Die Renaissance des rechten Antikapitalismus ist deshalb nicht nur Ausdruck einer neuen kämpferischen Rechten – sie birgt zugleich erhebliches Spaltungspotenzial.

#Kommentar

Sind AfD und IG Metall unvereinbar?

von Michael Ebenau



Manche Entscheidungen sind nicht so einfach umzusetzen. IG Metall Jugend gegen die AfD

Die Debatte um die Gefahr von rechts für die Gewerkschaften hat Fahrt aufgenommen. Ein Auslöser ist, dass zu den Betriebsratswahlen 2018 AfD-Funktionäre und AfD-Anhänger kandidieren. Ein zweiter, dass auch extrem rechte KandidatInnenlisten eingereicht wurden, die sich um das »Zentrum Automobil« (ZA) gruppieren. Die Gruppe ist schon seit Jahren im Betriebsrat des Daimler-Konzerns vertreten.
Dass bei Gewerkschaftsmitgliedern rechte Denkmuster vorhanden sind, ist nicht neu. Studien zeigen dies seit Jahrzehnten. Und auch die Analysen von Bundes- und Landtagswahlen belegen, dass Gewerkschaftsmitglieder oft leicht überproportional rechte Parteien wählen. Neu ist aber die Gefahr von rechts, seit mit der AfD eine Partei entstanden ist, die zu einem verbindenden Zentrum rechter Mobilisierung wurde, das nun auch auf Gewerkschaften und Betriebsräte zielt.
Wie ist mit der Situation umzugehen? Hans-Jürgen Urban, Mitglied im geschäftsführenden Vorstand der IG Metall, empfiehlt »klare Kante und offene Tür«. Jörg Hofmann, Vorsitzender der IG Metall, schlägt vor: »Wer hetzt, der fliegt.« Und Klaus Dörre, Soziologe an der Universität Jena und der IG Metall als kritischer Wissenschaftler verbunden, wies bei »Spiegel Online« zu Recht darauf hin, »der Antifaschismus gehöre quasi zur Gründungsurkunde der Gewerkschaften. Ihn aufzuweichen, würde sie zerreißen«. Er schlägt daher einen Unvereinbarkeitsbeschluss der Gewerkschaften gegenüber der AfD vor – als einen, aber nicht als einzigen Schritt.
Aktuell gibt es gegen mehr als zehn Organisationen der extremen Rechten Unvereinbarkeitsbeschlüsse der IG Metall. Spätestens beim nächsten Gewerkschaftstag 2019 wird es aller Voraussicht nach Anträge geben, welche die Ausweitung der Unvereinbarkeit auf die AfD beantragen. Als politisches Signal gegenüber der AfD, dass deren Ziele denen der Gewerkschaft diametral gegenüberstehen, taugt ein Unvereinbarkeitsbeschluss ganz sicher. Grundlage dafür ist schon jetzt die Satzung, die in Paragraph 2 regelt, dass sich die IG Metall einsetzt »für die Sicherung und den Ausbau des sozialen Rechtsstaates und die weitere Demokratisierung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft, für Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung« und die »Demokratisierung der Wirtschaft unter Fernhaltung von neofaschistischen, militaristischen und reaktionären Elementen«.
Ein Unvereinbarkeitsbeschluss wäre ein klares Signal an die Menschen, die in der AfD ihr Heil sehen. Und es wäre auch ein Signal an die vielen Metallerinnen und Metaller, die nicht mit Rechten und RassistInnen in der gleichen Gewerkschaft sein möchten und die sich gegen Neonazi-Aufmärsche oder in der Flüchtlingshilfe engagieren. Insofern ist der Vorschlag von Klaus Dörre zu begrüßen. Allerdings: Die AfD in die Liste der gegnerischen Organisationen aufzunehmen und sie damit als unvereinbar mit einer IG Metall-Mitgliedschaft zu erklären, ist das Eine. Eine Aufnahme im konkreten Einzelfall zu verweigern oder ein Mitglied auszuschließen, ist das Andere. Vereinen ist es eben nicht selbst überlassen, Mitgliedschaften zu regeln, die jeweiligen Verfahren sind gerichtlich überprüfbar. Dies gilt noch einmal mehr für Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften. Auf die IG Metall finden auch die Vorschriften des Vereinsrechts und des »Bürgerlichen Gesetzbuches« Anwendung. Ein Verein, wie die IG Metall, kann zur Aufnahme von Menschen verpflichtet werden, wenn er eine erhebliche soziale oder wirtschaftliche Machtstellung besitzt und der oder die BewerberIn zur Wahrung wesentlicher eigener Interessen auf die Mitgliedschaft angewiesen ist. Dem Beurteilungs- und Ermessensspielraum des Vereins für die Wertung des Ausschließungstatbestandes sind dann engere Grenzen gesetzt. So hat zum Beispiel das Oberlandesgericht Frankfurt im Jahr 2001 der IG Metall eine solch überragende Machtstellung zuerkannt.
Konkret heißt das: Ein Unvereinbarkeitsbeschluss wäre ein richtiges und wichtiges politisches Signal nach Innen und nach Außen. Dessen tatsächlicher Vollzug würde aber mit Blick auf das Parteiprogramm und die Satzung der AfD beziehungsweise den konkreten Einzelfall erhebliche Schwierigkeiten bereiten – zumal die AfD sich bislang immer sehr freudig darin gezeigt hat, Vorgänge juristisch prüfen zu lassen, die ihr nicht gefallen. Die Tarifverträge der IG Metall sind nur für Mitglieder einklagbar, das könnte auch ein AfD-Funktionär als Grund dafür anführen, dass er IG Metall-Mitglied sein müsse.
Die Diskussion und die Beschlussfassung werden spätestens 2019 erfolgen. Bis dahin und auch darüber hinaus sind der Phantasie keine Grenzen gesetzt, »rechte KollegInnen« auf andere Art darauf hinzuweisen, dass sie in der IG Metall am falschen Ort sind. Allerdings ist auch selbst zu prüfen, wen man vor die Tür geleiten und um wen man kämpfen will. Denn sicher ist nicht jedes AfD-Mitglied und auch nicht jedeR AfD-AnhängerIn per se extrem rechts und für den Kampf um eine bessere solidarische Zukunft verloren.

Michael Ebenau ist Gewerkschaftssekretär der IG Metall in der Bezirksleitung Mitte für politische Koordination, Kommunikation und Medienarbeit.



#Interview

Die Rechten wollen keine solidarisch-demokratische Arbeitswelt

Viele in den Gewerkschaften sind auf der Suche nach linken Antworten auf die rechte Mobilisierung in den Betrieben. Darüber sprach Sören Frerks für »der rechte rand« mit Hans-Jürgen Urban. Er ist geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall.

drr: Gegenwärtig wird in Deutschland über rechte Listen bei den Betriebsratswahlen gesprochen. In Frankreich ist der »Front National« bei den Gewerkschaften schon länger auf Stimmenfang und will diese am liebsten gleichschalten. Und in Österreich steht insbesondere auf Betreiben der FPÖ die Pflichtmitgliedschaft in den gewerkschaftsnahen Arbeiterkammern zur Disposition. Wie schätzen Sie diese Entwicklung ein?

Hans-Jürgen Urban: Der zunehmende Rechtspopulismus ist in der Tat kein ausschließlich deutsches Phänomen. Hierzulande wird er bislang aber vorwiegend als Gefahr für die parlamentarische Demokratie diskutiert. Aber mittlerweile scheint er auch den Gewerkschaften und Betriebsräten zunehmend zu schaffen zu machen. Studien zeigen, dass auch Gewerkschaftsmitglieder mit rechten Parteien und Deutungsmustern sympathisieren. Zudem müssen sich Gewerkschaften und Betriebsräte bei der Mobilisierung von Belegschaften zur Verteidigung von Arbeitsplätzen und Standorten immer öfter vor rechten TrittbrettfahrerInnen schützen. In diesen mitunter stark emotionalisierten Konfliktsituationen versuchen diese, mit rassistisch verzerrten Krisendeutungen und chauvinistischen »Lösungsvorschlägen« den Gewerkschaften die Deutungshoheit streitig zu machen. Nicht weil sie ein echtes Interesse an einer solidarischen Arbeitswelt haben, sondern um die mediale Öffentlichkeit für eigene Agitationszwecke zu nutzen. All dem müssen wir uns offensiv stellen.

Die AfD-nahen ArbeitnehmerInnengruppierungen nennen sich »Zentrum Automobil«, »Alternative Vereinigung der Arbeitnehmer« oder »Arbeitnehmer in der AfD«. Wie werden diese Versuche, rechte Politik in die Betriebe zu tragen, aus Sicht der IG Metall bewertet?

Seit geraumer Zeit häufen sich die Anzeichen dafür, dass die »Neue Rechte« die Betriebsratswahlen nutzen will, um Einfluss in den Unternehmen zu gewinnen. In einigen Unternehmen waren wir bereits in der Vergangenheit mit rechten Umtrieben konfrontiert. Die rechten Listen agieren dabei wie rechtspopulistische Parteien. Es wird gezielt Stimmung gegen die IG Metall gemacht, konstruktives Arbeiten findet jedoch nicht statt. Bisher scheint sich die Anzahl rechter Listen bei der bevorstehenden Betriebsratswahl zwar im Promillebereich zu bewegen und die Anerkennung der IG Metall und ihrer Betriebsräte als starke Interessenvertretung der Belegschaften nicht umfassend gefährdet. Einen Anlass zur politischen Entwarnung gibt es aber nicht.

Die AfD wird nicht nur von Prekarisierten gewählt: Im Nachgang der Bundestagswahl zeigte sich, dass die AfD insbesondere unter ArbeiterInnen viele Stimmen holen konnte. Haben RechtspopulistInnen hier ein besonders großes Potenzial?

Die übergroße Mehrheit der Kolleginnen und Kollegen fühlt sich Werten wie Gerechtigkeit und Solidarität verpflichtet und engagiert sich gegen Fremdenfeindlichkeit. Und wenn man in den Betrieben unter-

wegs ist, sieht man wie viel Integration im Arbeitsalltag gelebt wird. Es ist aber nicht von der Hand zu weisen, dass soziale und kulturelle Umbrüche auch die Zukunftsängste in der ArbeiterInnenschaft wie in der Mittelschicht verstärken. Das befördert mitunter rechte Einstellungsmuster. Dies allerdings nicht nur bei den sogenannten ‹Modernisierungs- oder GlobalisierungsverliererInnen›. Im Gegenteil: Tendenziell können sich eher Personen mit mittlerer und höherer Statuslage vorstellen, die AfD zu wählen. Rechte Ideologien sind also in allen gesellschaftlichen Milieus vertreten. Die Bilder vom frustrierten Arbeitslosen oder vom rechten Arbeiter sind verkürzte Darstellung und gefährliche Verharmlosungen des Problems. Wir müssen vielmehr die Breite des rechten Phänomens anerkennen. Entsprechend breit muss auch eine Gegenstrategie angelegt sein.

Welche Möglichkeiten gewerkschaftlicher Strategien sehen Sie, um dem politischen Rechtstrend etwas entgegenzusetzen?
Die Gewerkschaften stehen nicht alleine in der Verantwortung, den Rechtspopulismus in Betrieben und Gesellschaft zurückzudrängen. Aber sie haben eine wichtige Rolle. Die gelebte Alltagssolidarität im Betrieb ist ein zentrales Bollwerk gegen Rassismus und Chauvinismus. IG Metall-Vertrauensleuten und Betriebsräten kommt mit ihrer entschiedenen Interessenvertretungspolitik und Gewerkschaftskultur, die keine Unterschiede nach Herkunft, Religionszugehörigkeit oder Geschlecht macht, hierbei eine Schlüsselstellung zu. Außerdem müssen Gewerkschaften der neoliberalen Transformation unseres Sozial- und Wirtschaftssystems eine alternative Sozialpolitik und Transformationsperspektive entgegensetzen. Eine Perspektive, die Solidarität und Demokratie wieder erlebbar macht und somit diejenigen, um die der Rechtspopulismus buhlt, in ein progressives Politikprojekt einbindet. Denn soziale Sicherheit und Gerechtigkeit sind und bleiben ein unverzichtbares und zu stärkendes Fundament von Demokratie. Unverzichtbar ist zudem der Kampf gegen den um sich greifenden Alltagsrassismus. Denn auch ein Mehr an sozialer Sicherheit und Verteilungsgerechtigkeit verwandelt Rassismus nicht automatisch in Humanismus. Es ist die Aufgabe der Gewerkschaften, soziale und kulturelle Inklusion in den Betrieb zu tragen und dort erfahrbar zu machen.

Bei den Protesten gegen die Schließung des Siemens-Generatorenwerks Erfurt im November 2017 hat die AfD versucht, sich in Persona des thüringischen Vorsitzenden Björn Höcke in Szene zu setzen. Die Reaktion war eindeutig: Die »IG Metall hat mit der AfD-Politik keinerlei inhaltliche Schnittmenge. Die AfD ist für die Kämpfe und Konflikte (…) kein Bündnispartner. Gegen Versuche der Vereinnahmung werden wir mit allen Mitteln vorgehen.« Wie kann diese Abgrenzungsstrategie in der Zukunft praktisch aussehen?
Zunächst einmal ist es richtig, die AfD nicht wie jede andere Partei zu behandeln. Die AfD hat nicht das Recht, wie selbstverständlich am demokratischen Diskurs teilzunehmen, weil sie diesen verachtet und sich selbst außerhalb des demokratischen Spektrums positioniert. Die offen rassistischen Ausfälle führender AfDlerInnen in der jüngsten Vergangenheit belegen das aufs Neue. Toleranz und Solidarität müssen sich hier als robuste Tugenden erweisen und sich derjenigen erwehren, die sie mit Füßen treten. Für uns als Gewerkschaften bedeutet das: Wir brauchen eine Doppelstrategie aus klarer Kante und offener Tür. Rassismus und Hetzereien dürfen nicht geduldet werden. Gleichzeitig müssen wir den über Ungerechtigkeit Empörten ein Angebot machen, sich in einer solidarischen Bewegung zu engagieren. Dies dürfen wir nicht der extremen Rechten überlassen. Denn wer wirklich etwas tun möchte für mehr Gerechtigkeit, ist bei uns gut und unter Rechtspopulisten denkbar schlecht aufgehoben.

Manche werfen den Gewerkschaften provokant gesagt vor, sich neben ihrem Kerngeschäft der ArbeitnehmerInnenvertretung zu vielen anderen Themen zu widmen. Haben sich die Gewerkschaften in der letzten Zeit zu wenig auf die originären Interessen der ArbeitnehmerInnen konzentriert?
Unbestritten sind die Betriebs- und Tarifpolitik die Kernfelder gewerkschaftlicher Arbeit. Unsere Mitglieder bekräftigen in Beschäftigtenbefragungen aber immer wieder, dass sie von uns auch eine gesellschafts- und sozialpolitische Einmischung erwarten. Sie erwarten gewerkschaftliches Engagement für soziale Sicherheit und Verteilungsgerechtigkeit. Zu Recht! Zugleich war die Tarifrunde 2018 der IG Metall ein gelungenes Beispiel für eine solidarisch-demokratische Gegenbewegung. Neben den unmittelbar spürbaren Verbesserungen beim Einkommen sowie der Option auf eine ‹verkürzte Vollzeit› von 28 Wochenstunden war der gesamte Verhandlungsprozess durch eine umfassende Aktivierung und emanzipatorische Einbeziehung der Mitglieder geprägt. Der Bedarf an individueller Zeitsouveränität ergab sich aus einer Befragung, an der sich etwa 700.000 Beschäftigte beteiligten, darunter ein Drittel Nicht-Mitglieder. Die Warnstreiks wurden sogar von gut 1,5 Millionen Beschäftigten getragen. Dieser Arbeitskampf erzeugte eine hohe Identifikation mit der Bewegung und ein emotionales Klima, das eine wesentliche Mobilisierungsressource war. Die Folge ist eine verstärkte Bindung an »ihre Gewerkschaft« und an das allgemeine Projekt einer solidarischen Interessenpolitik.

Vor neun Jahren entwickelten Sie den Begriff der »Mosaik-Linken«. Ihre These war, dass sich die Gewerkschaften im Spiegel der Finanzkrise und des Neoliberalismus erneuern müssten, um Teil einer großen sozialen Bewegung zu werden. Wie bewerten Sie diese Idee angesichts des Erstarkens des rechten Blocks heute?
Ich sehe mehr denn je den Bedarf für die Formierung eines linken Reformakteurs. Wir erleben derzeit die Transformation des Wohlfahrtsstaats-Kapitalismus in einen »autoritären Finanzmarkt-Kapitalismus«. Die Folgen sind schwindender sozialer Zusammenhalt und eine verstärkte subjektive Verunsicherung. Beides befördert in der Bevölkerung einen Akzeptanzverlust von Demokratie und kultureller Diversität. Hier entsteht ein Orientierungsvakuum, in das der Rechtspopulismus gezielt und systematisch mit Deutungsangeboten vorstößt. Er versucht so eine soziale Bewegung von rechts zu formen. Daher braucht es dringend einen gewichtigen fortschrittlichen Reformakteur, der dem etwas entgegensetzt. Der Sozialreformismus sozialdemokratischer Prägung erscheint gegenwärtig weder fähig noch willens, dem Bedürfnis nach einer zeitgemäßen Kollektividentität durch progressive Angebote zu entsprechen. Ich halte das für eine gefährliche Leerstelle und es wird höchste Zeit, dass sich daran etwas ändert. Die Gewerkschaften sind gefordert, hierzu ihren Beitrag zu leisten.

Vielen Dank für das Interview!

#Kommentar

Mehr Fragen als Antworten

von Sebastian Wertmüller

Viele unserer Mitglieder wählen rechts. Die »Alternative für Deutschland« (AfD) kommt unter unseren KollegInnen auf zweistellige Ergebnisse, oft sind es sogar mehr als im Durchschnitt der Bevölkerung. Da spricht die Gewerkschaftssekretärin auf der Betriebsversammlung, thematisiert Rassismus, kritisiert rassistische und nationalistische Positionen und Äußerungen und wird danach von KollegInnen attackiert: Die AfD sei doch eine demokratische Partei, die ja im Bundestag vertreten sei, man dürfe ja wohl noch eine Meinung haben zu den vielen Flüchtlingen und Merkel und alle die da oben, das gehe doch gar nicht. Und die Gewerkschaft möge sich da doch besser raushalten.
Oder es begleitet der Gewerkschaftssekretär eine Betriebsratssitzung und wird dort massiv von einzelnen Betriebsräten angegangen, wieso ver.di die Busse zu den G20-Krawallen finanziere, wieso Andersdenkende im Betrieb ausgeforscht würden, warum der DGB mit »Antifa« und dem »schwarzen Block« zusammenarbeite und ähnliches mehr.
Es meldet sich der Betriebs- oder Personalrat und berichtet konsterniert, ein Mitglied seines Gremiums teile und poste rechtsradikale Kommentare auf Facebook. Ein Mitglied eines anderen betrieblichen Gremiums, gewerkschaftlich organisiert, kandidiert für die AfD. Ein betrieblicher Funktionär verlässt ver.di, taucht später auf der Teilnehmerliste eines AfD-Bundeskongresses auf und kurz danach wird er örtlicher Vorsitzender einer betrieblichen Konkurrenzorganisation.
Sind das alles Einzelfälle oder Ausdruck eines Problems?
Zufälle sind diese und weitere Beispiele nicht, wenn man weiß, wie viele Gewerkschaftsmitglieder in Befragungen entsprechende Einstellungen erkennen lassen. Und es ist nicht überraschend, dass dies auch seinen Niederschlag bei einzelnen betrieblichen FunktionärInnen findet.



Auf der Haben-Seite

Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland haben eine lange Tradition im Kampf gegen die extreme Rechte, Nationalismus und Rassismus. Der DGB organisiert Kundgebungen und Proteste gegen Nazi-Aufmärsche und Veranstaltungen und ist Teil von Bündnissen gegen rechts – und dies schon seit Jahrzehnten.
Er ist dabei, wenn es gegen neonazistisches, extrem rechtes, rassistisches Gedankengut geht. Wir produzieren Flugblätter, Plakate, Aufkleber, Buttons, CDs, Broschüren, Flyer, Artikel in unseren Blättern und vieles andere mehr.
Historische Erinnerungsarbeit ist für uns keine Floskel, wir erinnern an Gedenktagen wie dem 27. Januar, dem 8. Mai und dem 9. November und unterstützen Gedenkstätten und organisieren Bildungs- und Informationsveranstaltungen.
Wir haben bundesweite Kampagnen unterstützt: für eine doppelte Staatsbürgerschaft, für ein kommunales Ausländerwahlrecht, gegen die Änderung des Asylrechts im Grundgesetz.
Und nicht zu vergessen, der Kampf gegen die extreme Rechte ist Teil unserer Bildungsarbeit: Seminare für Jugendliche und für Auszubildende, Bildungsangebote für Schulen und Berufsschulen und weitere Bildungsmodule.
Aber all das – und einiges mehr – haben wir bis vor wenigen Jahren noch viel umfänglicher getan, als wir es heute tun. Und – schlimmer noch – wir waren nur wenig erfolgreich, wenn wir auf aktuelle Entwicklungen und auf das gewerkschaftliche Wahlverhalten schauen.

Auch das »Unpolitische« kann rechts sein

Sie rufen viel Wirbel hervor und werden insbesondere während der Betriebsratswahlen 2018 viel diskutiert – rechte Wahllisten: Betriebliche Zusammenschlüsse mit einem extrem rechten Hintergrund sind zwar die Exoten im betrieblichen Alltag, haben dennoch ihre Bedeutung fürs rechte Milieu.
Bedeutender als eine klare rechte politische Positionierung betrieblicher Zusammenschlüsse erscheint mir da eher das Gegenteil: das Bekenntnis zur vermeintlich völlig unpolitischen Interessenvertretung. Dies zeigt sich in der Ablehnung einer politisch bewussten Gewerkschaftsarbeit, in der Forderung nach der ausschließlichen Konzentration auf die angeblichen »eigentlichen Interessen der Beschäftigten« und in der Abkehr von gewerkschaftlichen Werten und Grundsätzen, wenn es um strittige politische Themen geht.
Daher meine These: Die Rechte gibt sich in betrieblichen Strukturen eher unpolitisch und unauffällig. Nur so ist es denkbar, dass betriebliche Funktionäre mit einem rechten Background sich manchmal durchaus erfolgreich bei den KollegInnen und in der Interessenvertretung behaupten können. Auf diese Weise lässt sich auch mit der Mitgliedskarte einer DGB-Gewerkschaft gut zurechtkommen.
Ein anderer Weg wäre die Betätigung bei einer der vielen, überwiegend konservativer aufgestellten Konkurrenzorganisationen. Diese bekennen sich offensiv zu ihrer (allgemein)politischen Zurückhaltung und sind auch von ihrer Historie her nicht mit dem Widerstand gegen die NS-Diktatur verbunden. Der DGB und seine Gewerkschaften dagegen sind 1945 aus einem dezidiert antifaschistischen Verständnis – unter anderem aufgrund ihrer eigenen Verfolgungsgeschichte – heraus aufgebaut worden.

Versäumnisse

Die Auseinandersetzung mit der extremen Rechten war in der Vergangenheit maßgeblich von bestimmten inhaltlichen Prämissen geprägt. Da gibt es zum einen das oben beschriebene Selbstverständnis, das aus der Verfolgung in der NS-Zeit hervorgeht. Daraus leiten die einzelnen Mitgliedsgewerkschaften, wie auch der DGB als Dachverband, eine klare Orientierung ab, die sich zum Beispiel in der Satzung des DGB niederschlägt: gegen Rassismus und Diskriminierung, für Geschlechterdemokratie und für Europa, für Demokratie in der Wirtschaft und für Gleichberechtigung.

Zugleich bleibt aber die gewerkschaftliche Analyse hinter den gesellschaftlichen Entwicklungen zurück. Klare eigene Überzeugungen und persönliche Abscheu reichen längst nicht aus, um rassistische, antisemitische, neu-rechte Gesinnungsstrukturen zu erkennen, zu verstehen und zu bekämpfen. Die Folge ist ein unverstandenes Wesen durchdrungen von Rassismus und Antisemitismus.

Das Bild vom verführten Menschen, den man aufklären müsse, prägt vielfach das gewerkschaftliche Bild der extremen Rechten. Unheilvolle Einflüsse wie Egoismus und Gier hätten das gesellschaftliche Klima vergiftet. Soziale Ungerechtigkeit und schwindende soziale Sicherheit würden von den geschickt getarnten Rechten benutzt. So wurde die AfD einige Zeit aufgrund von Teilen ihres Programms als neoliberales Projekt wahrgenommen, der völkische und sozialpolitisch reaktionäre Charakter wurde hingegen ignoriert. Ein fataler Irrtum.

Dass Gewerkschaftsmitglieder aber zum Teil wissen, was sie tun, wenn sie rassistisch und völkisch reden, denken und wählen, will nicht so recht ins antifaschistische gewerkschaftliche Weltbild passen. Entsprechend schlecht sind die Gewerkschaften jetzt auf das Wachstum einer rechten Partei und auf ein rechtes Wahlverhalten ihrer Mitglieder vorbereitet.

Hat sich die Gewerkschaftsbewegung abgemeldet?

Da treibt die AfD mit ihren Debatten die bundesdeutsche Politik vor sich her, da gibt es alltägliche Angriffe auf MigrantInnen, da wird der öffentliche Auftritt dieser Partei immer brauner und rassistischer und einer der größten demokratischen Verbände – der DGB mit seinen Einzelgewerkschaften – scheint dabei oftmals nicht mehr öffentlich wahrnehmbar zu sein.

Der Verlust gewerkschaftlicher Organisationsmacht, der sich unter anderem in sinkenden Mitgliederzahlen, abnehmender Tarifbindung und überschaubaren Erfolgen in der Verbesserung der Arbeits- und Lebensverhältnisse der abhängig Beschäftigten niederschlägt, beschränkt die gewerkschaftlichen Gestaltungsmöglichkeiten. Gewerkschaften konzentrieren sich schwerpunktmäßig auf die Mitgliederentwicklung, auf Dienstleistungsaufgaben für Mitglieder und eine eher entpolitisierte Tarifpolitik. Dabei drohen gesellschaftliche und politische Ansprüche an die eigene Arbeit verloren zu gehen.

Am Stellenwert der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit lässt sich dies gut nachvollziehen: viele arbeitgeberfinanzierte Seminare, wenige gesellschaftspolitische Angebote und etwas Bildungsurlaub. Und selbst da, wo mehr angeboten wird, fehlt manchmal inzwischen die Nachfrage.

Nach wie vor gibt es viele Gliederungen des DGB und seiner Gewerkschaften, die sich mit Neonazis, mit Rechts und mit Nationalismus auseinandersetzen. Zur großen Gegenbewegung reicht es aber bisher nicht.

Eine gesellschaftliche Vision, das heißt eine Alternative zu Kapitalismus, Prekarisierung, Deklassierung und Ausbeutung, fehlt häufig. Die Digitalisierung der Arbeitswelt steht für viele Beschäftigte eher als Drohkulisse im Raum, als dass sie Bezugspunkt für eine neue Orientierung wäre.

Was geht?

Die richtigen Fragen stellen: Wir müssen diskutieren, warum unsere Anstrengungen gegen Rechts so wenig erfolgreich und nachhaltig waren. Falsche Analyse? Falscher Ansatz? Haben wir nicht die Richtigen angesprochen oder warum haben wir die eigenen Mitglieder nicht erreichen können?

Verstehen: Das wird das Wichtigste sein müssen. Wieso wählt der gute Kollege, die gute Kollegin plötzlich ganz weit rechts – und versteht sich immer noch als überzeugtes Gewerkschaftsmitglied? Wie interpretieren unsere Mitlieder unsere gewerkschaftlichen Grundsätze?

Repolitisierung: Wir sollten Gewerkschaftsarbeit wieder politisch verstehen. Gemeint ist ein politischer und menschenrechtsorientierter Umgang mit und in unserer Arbeit, mit unseren Forderungen und mit unseren Mitgliedern.

Organisierung: Wenn es uns gelingt, wieder mehr betriebliche Handlungsfähigkeit herzustellen und durch solidarisches und kollektives Handeln die Arbeitsbedingungen zu gestalten, haben wir ein Handlungsfeld gegen die Ethnisierung sozialer Konflikte.

Als eine der wenigen Großorganisationen, die noch Zugang zu einem Teil der rechten Klientel hat, haben wir einen gesellschaftlichen Auftrag, unsere Mitglieder und Teile unserer Gesellschaft nicht immer weiter nach rechts ziehen zu lassen. Und wir sind immer noch stark genug, mit möglichst vielen anderen die gesellschaftliche Debatte dazu aufzunehmen.

Sebastian Wertmüller ist Gewerkschaftssekretär und Bezirksgeschäftsführer ver.di Region Süd-Ost-Niedersachsen

#Rassismus

Sie sind schon lange unter uns

Bei der Bundestagswahl waren die Gewerkschaften kein Bollwerk gegen die »Alternative für Deutschland«. Das hat viele geschockt, doch Studien zeigten schon vor vielen Jahren, dass extrem rechte Einstellungen und Wahlentscheidungen auch unter GewerkschafterInnen verbreitet sind.

von Sören Frerks

Die Gewerkschaften haben in den letzten Jahren viel gegen die »Alternative für Deutschland« (AfD) unternommen. Die DGB-Jugend, ver.di und die IG Metall unterstützten das Bündnis »Aufstehen gegen Rassismus«, das vor der Bundestagswahl gegen die Rechtspartei mobil machte. Der DGB bietet in seiner Bildungsarbeit schon länger Schulungen zum Thema an und hat jüngst die Handreichung »Keine Alternative für Beschäftigte. AfD-Positionen unter der Lupe« veröffentlicht. ver.di gab im letzten Jahr eine »Handlungshilfe gegen Rechtspopulisten in Betrieb und Verwaltung« heraus. Und im Dezember blockierte ein Aktiver aus der IG Metall sogar mit einer Betonpyramide den AfD-Parteitag in Hannover, wurde dabei von der Polizei brutal angegriffen und erlitt Knochenbrüche. Alles Beispiele antifaschistischen Engagements von Mitgliedern und FunktionärInnen.

Das Ergebnis der Bundestagswahl spricht allerdings eine andere Sprache. 15 Prozent aller Gewerkschaftsmitglieder wählten die AfD und damit zweieinhalb Prozent mehr als alle WählerInnen zusammen. Im Westen, wo die Partei insgesamt etwas weniger als 11 Prozent der Zweitstimmen erhielt, waren es unter den Gewerkschaftsmitgliedern mit 14 Prozent deutlich mehr. Im Osten lagen sie im Durchschnitt von etwa 22 Prozent. Noch eine Zahl lässt aufhorchen: Unter den gewerkschaftlich organisierten ArbeiterInnen kam die AfD sogar auf bundesweit 19 Prozent. Auch wenn 49 Prozent der Mitglieder immer noch sozialdemokratisch, links oder grün gewählt haben: Diese Statistik zeigt, dass die DGB-Organisationen ein Problem in den eigenen Reihen haben.

Das deckt sich mit den Beobachtungen von Klaus Dörre, Gewerkschaftsforscher an der Universität Jena. Er sieht ein großes Problem in Betriebsräten, die in DGB-Gewerkschaften organisiert sind, im Betrieb schweigen, aber vor den Werkstoren mit der AfD oder PEGIDA paktieren. Wie der Essener IG-BCE-Betriebsrat Guido Reil, der öffentlich für die »Alternative Vereinigung der Arbeitnehmer« in der AfD auftritt und Parteimitglied ist. Oder Denny Jankowski: Einerseits Betriebsrat bei Jenoptik in Jena und IG Metall-Mitglied, andererseits AfD-Kandidat bei der Bundestagswahl und umtriebiger Parteifunktionär. Dörre warnte die Gewerkschaften davor, das Problem kleinzureden und mahnte, dass es bis heute keinen Unvereinbarkeitsbeschluss der Gewerkschaften gegenüber der AfD gibt. Antifaschistisch Aktive in der IG Metall kritisierten, dass sie sich beim Kampf gegen Rechts von Betriebsräten und der Gewerkschaftsspitze im Stich gelassen fühlen.

»Arbeiterklasse von Rechts«

Insbesondere in Ostdeutschland macht sich bei zahlreichen ArbeiterInnen das Gefühl des wirtschaftlichen und politischen Abgehängtseins breit, das vor Gewerkschaftsmitgliedern nicht halt macht. Die Wut über die Kluft zwischen »Oben« und »Unten« wird dann schnell zur Frage von »Innen« und »Außen«. Jeder soziale Aufstieg von Flüchtlingen an einem vorbei nach »Oben« steigert laut der Integrations- und Migrationsforscherin Naika Foroutan den Wohlstandsneid und letztlich geht es nicht mehr um Klassenkampf, sondern um völkischen Rassismus – um »Deutsche zuerst«.

Dass die Formierung einer »Arbeiterklasse von Rechts« nicht neu ist, hat der Hamburger Historiker Peter Borowsky herausarbeitet. Bei der Reichstagswahl im März 1933 wählte etwa die Hälfte der selbstständigen Mittelschicht, aber auch zirka ein Drittel der Arbeiterschaft die NSDAP. Wenngleich sie damit deutlich unter dem Durchschnitt von fast 44 Prozent lagen, gaben rund 5 Millionen ArbeiterInnen den NationalsozialistInnen ihre Stimme. Forschungsergebnisse führen mehrere wahlentscheidende Propagandaaspekte an, die an die politische Identität der WählerInnen und ihre ökonomische Lage appellierten: Romantisierung des Volksideals, Überwindung des Klassen- und Parteikampfes zugunsten einer harmonisierten »Volksgemeinschaft«, Versprechen des sozialen Aufstiegs, antikapitalistisch-antisemitische Parolen gegen Banken und Großkonzerne, Aufgreifen der Furcht des Mittelstandes vor einer Proletarisierung sowie schrittweises Ansprechen einzelner WählerInnengruppen. Besonders erfolgreich war diese Propaganda, wenn sie nicht von NS-ParteirednerInnen vorgetragen wurde, sondern in rechten Kreisen und an Stammtischen zirkulierte. Damit entwickelte sich die NSDAP zu einer Protestpartei, deren WählerInnenschaft durch »Wut, Frustration und Furcht zusammengehalten wurde«.

Zwar ist die AfD gegenwärtig weit davon entfernt, eine neue ArbeiterInnenpartei zu repräsentieren. Doch in den vergangenen zwei Jahren zeichnete sich ab, dass die Rechtspartei nicht nur von Prekarisierten, Arbeitslosen und MittelständlerInnen, sondern mehrfach überdurchschnittlich von ArbeiterInnen gewählt wurde: zuletzt bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt. Die dahinterliegenden ausgeprägteren extrem rechten Einstellungen in der ArbeiterInnenschaft waren aber schon vor 20 Jahren bekannt.

Motive: Rassismus und Wohlstandschauvinismus

Auch unter Gewerkschaftsmitgliedern ist dieses Einstellungspotential kein zu vernachlässigendes Randphänomen. Es trat in vergangenen Untersuchungen bereits mehrfach hervor. So wird im Buch »Lernen um zu Handeln« von 1996 zur IG-Metall-Bildungsarbeit der Umgang mit Teilnehmenden problematisiert, die rassistische Beschimpfungen und extrem rechte Meinungen äußern oder »SA-Lieder« singen. Zuvor untersuchte die Metallgewerkschaft zwischen 1990 und 1995 politische Orientierungen unter jugendlichen Auszubildenden im Kontext einer schon damals diagnostizierten »neuen sozialen Bewegung von Rechts«. Zur Jahrtausendwende verwies die »Kommission Rechtsextremismus« des DGB darauf, dass bei Umfragen vor der Bundestagswahl 1998 das Wählerpotenzial für extrem rechte Parteien unter GewerkschafterInnen zwischen 18 und 24 Jahren mit 32 Prozent etwa doppelt so hoch lag wie bei Nichtmitgliedern dieser Altersgruppe.



Als Motive wurden in Ostdeutschland vor allem ein »Rassismus der Ausgrenzung von Armen« und in Westdeutschland ein »Wohlstandschauvinismus« gesehen. Im Jahr 2005 zeigte die Studie »Gewerkschaften und Rechtsextremismus« zudem, dass Organisierte, die der Mittelschicht angehören oder »einfach Arbeiter« sind, anfälliger für extrem rechte Einstellungen waren als Nicht-Organisierte. Das war damals ebenso alarmierend wie heute, allerdings verhalf dies weder NPD, DVU oder Republikanern zum Einzug in den Bundestag.
Umso mehr profitiert nun die AfD davon. In einer Auswertung zur Bundestagswahl 2017 skizziert die Hans-Böckler-Stiftung die AfD-wählenden GewerkschafterInnen vor allem als männlichen, einfach gebildeten Arbeiter. Deren Wahlentscheidungen basierten im Gegensatz zu anderen Mitgliedern deutlich stärker auf den Themen »Flüchtlingspolitik« und »Innere Sicherheit«, während »Soziale Gerechtigkeit«, »Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik« für sie weniger bedeutend waren. Dabei ist die gewerkschaftliche Bindung statistisch nicht ausschlaggebend, denn diese Gemengelage liegt im Durchschnitt aller AfD-WählerInnen. Noch etwas bringt die Studie hervor: Bedeutend für die Wahlentscheidung ist nicht die tatsächlich-objektive wirtschaftliche und soziale Lage, sondern das subjektiv empfundene Gefühl von Abstiegsangst, persönlichem Abgehängtsein und Kontrollverlust beziehungsweise Handlungsunfähigkeit im Zeitalter von Globalisierung und digitalisierter Arbeitswelt.

Über Bildungsarbeit und Satzungen hinaus

Die AfD hat es geschafft, diese Emotionalität und Wut mit rassistischer Antiflüchtlingsrhetorik und autoritär-völkischen Glücksversprechen aufzugreifen und zu verstärken. Noch dazu haben ProtagonistInnen anderer Parteien diese befeuert. Peter Kern aus der IG-Metall-Vorstandsverwaltung hat das in der Zeitschrift »Sozialismus« (2/2018) treffend als sozialpsychologisch-agitatorischen Rausch beschrieben, der gegen jede »Kraft des besseren Arguments« gefeit sei. Eine Kritik an Tarifflucht, Arbeitsbedingungen und -zeiten sowie fehlender staatlicher Regulierung führt hier nicht zu einem solidarischen Gerechtigkeitsstandpunkt als abhängig Beschäftigter, sondern trifft auf eine rechtsoffen-regressive Flanke. Sie verkehrt sich in eine Aggression gegen »die Anderen«, gegen die Flüchtlinge und das »Establishment« da oben.
Solche politischen Einstellungen und Scheinerklärungen sind schon lange unter uns. Ihnen zu begegnen und GewerkschafterInnen wie andere Lohnabhängige dafür kritisch zu sensibilisieren wird eine Aufgabe bei den diesjährigen Betriebsratswahlen und darüber hinaus sein. Die Hans-Böckler-Stiftung hat 2017 nach »Haltepunkten« gegen rechte Orientierungen gesucht. Unter GewerkschafterInnen waren dies vor allem Werte wie »Weltoffenheit und Toleranz« und »Solidarität der Menschen untereinander«. In der »unteren« Mittelschicht wählten gegen den Trend jene weniger AfD, die in ihrer sozialen Lage Mitbestimmung und Gestaltungsmöglichkeiten erleben, wie beispielsweise Tarifbindung und unbefristete Arbeitsverträge.
Wollen die Gewerkschaften ein »Bollwerk« gegen die AfD sein, genügen nach den Erkenntnissen der letzten Jahrzehnte nicht formale Satzungen, Wochenendseminare und Demonstrationen gegen Rechts. Eine Vertretung der lohnabhängig Beschäftigten und eine Kritik an den Arbeitsverhältnissen muss im Alltag der Betriebe einen solidarischen und zugleich antirassistisch-antifaschistischen Standpunkt aufzeigen. Sonst bleibt das Einfallstor für die Anschlussfähigkeit von Rechts geöffnet. Nicht zuletzt braucht es für eine kritische und emanzipatorische Haltung neben politischer Bildung auch politische Bindung. Dass der Weg zu dieser gegenwärtig oftmals beim Kosten-Nutzen-Kalkül einer Mitgliedschaft beginnt ist das eine, deren Festigung über die gemeinsame Erfahrung erfolgreicher Kämpfe in Betrieb, Politik und Gesellschaft das zu realisierende andere.

Die soziale Frage

Immer mehr abhängig Beschäftigte machen ihr Kreuz bei der »Alternative für Deutschland«. Doch vertritt sie wirklich die Interessen der »kleinen Leute«?

von Stefan Dietl



Der Aufstieg der »Alternative für Deutschland« (AfD) ging auch mit einer Veränderung ihrer WählerInnenbasis einher. Waren es bei der Europawahl 2014 vor allem WählerInnen aus der Mittelschicht, die der Partei ihre Stimme gaben, gelang es der AfD, danach ihr WählerInnenpotenzial zu verbreitern. In zahlreichen Bundesländern erhielt sie laut Umfragen den größten Zuspruch von Arbeitenden. Die DGB-Gewerkschaften, mit rund sechs Millionen Mitgliedern die mit Abstand größten Interessenvertretungen der Arbeitenden in Deutschland, gehören damit zu den wichtigsten Protagonistinnen im Kampf gegen die AfD. Wollen sie dieser Aufgabe gerecht werden, gilt es bei elementaren ökonomischen Interessen ihrer Mitglieder anzusetzen und die verheerenden Auswirkungen der Forderungen der AfD auf die Rechte der Arbeitenden ins Zentrum der gewerkschaftlichen Aufklärung über die AfD zu rücken – zumal der AfD in Fragen der sozialen Gerechtigkeit eine hohe Kompetenz von ihren WählerInnen zugeschrieben wird.

Die AfD und die soziale Frage

Bei der Frage, wofür die AfD in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen steht, muss zunächst ein tiefer Riss, der die Partei hierbei kennzeichnet, resümiert werden. Während der völkisch-nationalistische Flügel der Partei versucht, die Betroffenen von Sozialabbau und neoliberaler Deregulierung mit sozialprotektionistischen Forderungen und teils kapitalismuskritischer Rhetorik für die AfD zu gewinnen, setzen die marktradikalen Hardliner in der Partei auf die Verknüpfung von sozialdarwinistischem Wohlstandschauvinismus und rassistisch-biologistischen Vorstellungen. Die Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen marktradikalen Neoliberalen und den PropagandistInnen eines sozialen Nationalismus zeigen sich bei einer Betrachtung der verschiedenen sozialpolitischen Programmpunkte der AfD.

Deregulierung des Arbeitsmarkts

Die Arbeitsmarktpolitik der AfD ist seit ihrer Gründung gekennzeichnet durch einen Kurs der neoliberalen Deregulierung und Umstrukturierung. Auf Druck des völkisch-nationalistischen Flügels wurden zwar einige der unpopulärsten Positionen revidiert, die Ausrichtung auf eine grundlegende neoliberale Umstrukturierung des Arbeitsmarktes wurde jedoch beibehalten. Das zeigt sich unter anderem bei der Haltung der Partei zum Mindestlohn. Lange Zeit positionierte sich die AfD klar gegen eine Lohnuntergrenze. Im April 2015 bezeichnete die damalige Parteivorsitzende Frauke Petry das Mindestlohngesetz als »neosozialistisch«, einen »Job-Killer« und Ausdruck »realitätsferner Sozialromantik«. Kurz vor dem Stuttgarter Grundsatzprogramm-Parteitag im Mai 2016 sprach sich der Bundesvorsitzende Jörg Meuthen »gegen jede soziale Vollkaskomentalität« aus. Die AfD könne »nicht nur eine Partei der Geringverdiener und Arbeitslosen sein«, so Meuthen. Im verabschiedeten Grundsatzprogramm vollzog die Partei zumindest nach außen hin eine Kehrtwende und spricht sich nun für einen gesetzlichen Mindestlohn aus. Im Vorfeld hatten sowohl Nationalkonservative wie auch völkische NationalistInnen hierfür geworben und dies unter anderem mit dem gestiegenen Zuzug von Geflüchteten und dem dadurch notwendigen Schutz ‹Deutscher› vor Lohndumping begründet. Der Mindestlohn schütze »vor dem durch die derzeitige Massenmigration zu erwartenden Lohndruck«, heißt es im Grundsatzprogramm. So gelingt es der Partei, ihre Neuorientierung mit rassistischen Ressentiments zu verbinden. Die AfD lässt jedoch bewusst die Höhe des gesetzlichen Mindestlohns offen. Den Marktradikalen in der Partei bietet das die Möglichkeit, ihren Kurs weiter zu verfolgen. In Landtagen sprach sich die AfD mehrmals gegen eine Erhöhung des Mindestlohns aus. Jörg Meuthen stellt den Mindestlohn weiterhin in Frage: »Denn es gibt Menschen, die arbeiten, aber dabei nicht jene Produktivität erreichen, die einem Mindestlohn von 8,50 Euro entspricht.«

Während einige BeobachterInnen aus den Kurskorrekturen einen prinzipiellen Wandel der AfD hin zu einer stärker an der sozialen Frage ausgerichteten Politik ableiten, zeigt sich gerade in der Arbeitsmarktpolitik das weiterhin dominante neoliberale Weltbild der Partei. So fordern VertreterInnen der AfD immer wieder die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes zu Lasten der Beschäftigten, den erzwungenen Arbeitseinsatz von Erwerbslosen oder die Absenkung von Hartz-IV-Leistungen. In ihrem Grundsatzprogramm fordert die Partei eine Neuordnung und Entbürokratisierung des Arbeitsrechts, womit vor allem der Abbau von ArbeitnehmerInnenrechten verbunden ist. In der Leih- und Zeitarbeit verurteilt die AfD zwar den Missbrauch dieser Beschäftigungsverhältnisse, ohne jedoch prekäre Arbeitsverhältnisse grundsätzlich abzulehnen oder eindämmen zu wollen. In Sachsen sprach sich die AfD in ihrem Landtagswahlprogramm gegen Missbrauch von Zeitarbeit und Werkverträgen aus. Gleichzeitig forderte die Fraktion die »Zurückdrängung marktfremder merkel-sozialistischer Marktbürokratisierung« und positionierte sich klar gegen die vermeintlichen »(Über-)Regulierungen bei der Zeitarbeit«.



> Jörg Meuthen stellt den Mindestlohn weiterhin in Frage: »Denn es gibt Menschen, die arbeiten, aber dabei nicht jene Produktivität erreichen, die einem Mindestlohn von 8,50 Euro entspricht.«

Umstrukturierung des Steuersystems

Die Steuerpolitik gehört seit der Gründung zu den Schwerpunktthemen der AfD. Im Mittelpunkt steht dabei, Unternehmen und Besserverdienende steuerlich zu entlasten und sozialpolitische Aufgaben zurückzufahren. Im Gegensatz zu anderen Politikfeldern stößt der neoliberale Umbau des Steuersystems jedoch bisher auf keinen nennenswerten Widerspruch innerhalb der AfD. Kernelement der AfD-Steuerpolitik ist die Reform der Einkommenssteuer. Die in Deutschland geltende progressive Versteuerung, wonach höhere Einkommen mit einem höheren Prozentsatz belastet werden, will die AfD durch ein Stufenmodell ersetzen, das Spitzeneinkommen deutlich entlastet. Eine Entlastung Besserverdienender würde auch die geforderte Abschaffung der Vermögens- und Erbschaftssteuer mit sich bringen. Ihre Pläne zur Umstrukturierung der Einkommenssteuer verknüpft die AfD mit einer Überprüfung der Körperschafts- und Gewerbessteuer. Die Abschaffung der Gewerbesteuer, der wichtigsten Einnahmequelle der Kommunen und die von der AfD geforderte Insolvenzfähigkeit von Städten, würde das Ende zahlreicher kommunalfinanzierter Aufgaben bedeuten – mit verheerenden Auswirkungen für die betroffene Bevölkerung und die Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

Neoliberaler Staatsumbau und Sozialabbau

Die größten innerparteilichen Widersprüche in der Wirtschaftspolitik zeigen sich bei der öffentlichen Daseinsvorsorge und der Zukunft der sozialen Sicherungssysteme. Von Beginn an verfolgte die AfD hier eine durch Privatisierung staatlicher Infrastruktur und Zerschlagung gesetzlicher Sicherungssysteme gekennzeichnete Ausrichtung. Ziel dieser Politik ist der Rückzug des Staates auf allen Ebenen. Der Staat soll auf die Bereitstellung kostenloser Infrastruktur für Unternehmen reduziert werden. Verbunden sind diese Vorstellungen eines Minimalstaates mit einer Stärkung der traditionellen Familie, der die Aufgabe der sozialen Sicherung zugeschrieben wird. Bei Krankheit, Alter oder Arbeitslosigkeit soll nicht der Staat, sondern die Familie die Betroffenen versorgen. Auch wenn spätestens nach dem Austritt des AfD-Gründers Bernd Lucke das völkisch-nationalistische Lager, das dem Staat eine wesentlich aktivere Rolle in Wirtschaft und Gesellschaft zuweist und Privatisierungen ablehnend gegenüber steht, zunehmend an Einfluss gewann, gelang es diesem Lager nicht, sich in Fragen der öffentlichen Daseinsvorsorge und der sozialen Sicherungssysteme programmatisch durchzusetzen.

Trotz des teils vehementen Widerstands des völkisch-nationalistischen Lagers prägten die Marktradikalen mit ihrer Vorstellung eines Minimalstaats in fast allen strittigen Punkten das Grundsatzprogramm. So beklagt die Partei, »der öffentliche Sektor« sei »über sachgerechte Grenzen hinausgewuchert«. Im Weiteren heißt es: »Nur ein schlanker Staat kann (...) ein guter Staat sein.« Damit will die AfD die Aufgaben des Staates »auf die vier klassischen Gebiete: Innere und äußere Sicherheit, Justiz, Auswärtige Beziehungen und Finanzverwaltung« beschränken und die öffentliche Daseinsvorsorge weitestgehend privatisieren. Ihren Privatisierungskurs verbindet die AfD mit einem Abbau der sozialen Sicherungssysteme, beispielhaft dargestellt an der Rentenpolitik: So fordert sie in ihrem Grundsatzprogramm eine Kopplung der Lebensarbeitszeit an die Lebenserwartung, was einer deutlichen Erhöhung des Renteneintrittsalters gleichkommt. Besonders betroffen davon wären prekär Beschäftigte mit geringen Löhnen und schlechten Arbeitsbedingungen.

Betrachtet man die Aussagen zahlreicher Spitzenfunktionäre der AfD zur Rentenpolitik, so zeigt sich, dass vielen die im Grundsatzprogramm verankerten Pläne nicht weit genug gehen. Jörg Meuthen fordert einen »Systemwechsel in der Rentenversicherung« und plädiert für ein Ende der gesetzlichen Rentenversicherung zugunsten einer »staatlich erzwungenen privaten Vorsorge«.

Was Gewerkschaften nun tun müssen

Eine Betrachtung der wirtschafts- und sozialpolitischen Positionen der AfD zeigt, dass zwar in den vergangenen Jahren diejenigen in der Partei an Einfluss gewannen, die versuchen die soziale und die nationale Frage miteinander zu verknüpfen. Den marktradikalen Hardlinern gelang es jedoch, die Oberhand zu behalten. Gemessen an ihrer wirtschaftspolitischen Programmatik ist die AfD noch immer ein neoliberales Elitenprojekt.

Die Ausgrenzung und Abwertung sozial Benachteiligter, bei gleichzeitiger Förderung der Eliten, bleibt einer der Wesenskerne der AfD. Rassistisch-biologistische Vorstellungen und sozialdarwinistischer Wohlstands-Chauvinismus erweisen sich als einigendes Band zwischen den Flügeln der Partei. Teil dieser Politik ist der Abbau der sozialen und politischen Rechte der Arbeitenden. Genau dort gilt es in der gewerkschaftlichen Aufklärung über die AfD anzusetzen. Im Mittelpunkt muss die Auseinandersetzung in den Betrieben stehen, um den Beschäftigten aufzuzeigen, welche Folgen eine Umsetzung der Forderungen der AfD für sie persönlich hätte. Mit ihrem Zugangsrecht in die Betriebe und auf Betriebsversammlungen sind die Gewerkschaften der einzige antifaschistische Akteur, der hierzu in der Lage ist. Dem vielfach tief verankerten Rassismus, der die Hauptantriebsfeder für die Unterstützung der AfD durch ArbeitnehmerInnen darstellt, ist damit jedoch nicht beizukommen. Hier gilt es klar Position zu beziehen. Es muss deutlich werden, dass Ausgrenzung und Diskriminierung in einer gemeinsamen, auf dem Solidarprinzip basierenden Interessenvertretung der Lohnabhängigen keinen Platz haben. Wichtigste Aufgabe der Gewerkschaften sollte es daher sein, die Ausgrenzung von sozial Benachteiligten – von Langzeitarbeitslosen, prekär Beschäftigten oder NiedriglohnbezieherInnen – durch die AfD noch stärker als bisher mit deren Hetze gegen Flüchtlinge und MigrantInnen in Bezug zu setzen. Die Verbindung zwischen beidem muss somit in der gewerkschaftlichen Aufklärung über die AfD eine zentrale Rolle spielen.

Völkische Neoliberale regieren

Seit Dezember 2017 regiert in Österreich eine neue rechts-rechte Koalition der konservativen »Österreichischen Volkspartei« und der extrem rechten »Freiheitlichen Partei Österreichs«. Öffentlich haben sich die »Freiheitlichen« in der Opposition immer als »soziale Heimatpartei« verkauft. Doch tatsächlich droht mit ihr ein massiver und nachhaltiger neoliberaler Umbau des Staates.

von Michael Bonvalot



Auf der Facebook-Seite von Heinz-Christian Strache, Vize-Kanzler und Vorsitzender der »Freiheitlichen Partei Österreichs« (FPÖ), macht sich Empörung breit. »danke für 12h Arbeit …. Ich wähle Euch nie wieder« schreibt eine Frau. Eine andere ergänzt: »So Herr Strache, es reicht ich war mein ganzes Leben lang FPÖ-Wähler, aber sollten Sie das akzeptieren dann glaube ich, dass ich mir eine andere Partei suche. Bleiben sie bei dem, was sie versprochen haben …« Wesentlich prägnanter fasst es ein Dritter zusammen: »Den Arbeitnehmer die Überstundenzuschläge wegnehmen! Super Leistung! Ihr Verbrecher!« (sic!) Der Grund der Empörung: Im Dezember 2017 wurde bekannt, dass die neue österreichische Bundesregierung aus der konservativen »Österreichischen Volkspartei« (ÖVP) und der FPÖ die höchstzulässige tägliche Arbeitszeit auf 12 Stunden erhöhen wollte. Das ist eine lang gehegte Forderung aus der Industrie, so können die Bänder mit einem Zweischicht-Betrieb 24 Stunden am Tag laufen. Keine gute Nachricht ist das allerdings für die Beschäftigten – der Arbeitsdruck würde massiv steigen, die Überstundenzuschläge sinken.

Wahrheit als Tochter der Zeit

Besonders peinlich ist die Geschichte für FPÖ-Chef Strache: 2013 hatte er in einem Interview zum 12-Stunden-Tag noch erklärt: »Eine asoziale leistungsfeindliche Idee, da dies für alle Arbeitnehmer Nettoreallohnverluste bedeuten würde.« Nach Bekanntwerden der Regierungspläne wurde das Interview breit zitiert. Strache selbst musste wiederholt auf Facebook posten, um die Gemüter zu beruhigen – die Postings unter seinen Stellungnahmen deuteten allerdings nicht darauf hin, als würde ihm das in dieser Sache nachhaltig gelingen.

Tatsächlich aber käme eine solche Verschlechterung der Arbeitszeit-Regelung keineswegs überraschend. Aus industrienahen Kreisen der FPÖ wurde diese Forderung bereits seit Langem erhoben, im Januar 2017 starteten die Wirtschaftsverbände der »schwarzen« ÖVP und der »blauen« FPÖ sogar eine gemeinsame Kampagne zu diesem Thema. Gänzlich verschwunden hingegen ist die Forderung nach einer Erhöhung der Mindestlöhne. Bis zur Wahl im Oktober 2017 kam kaum eine Rede von Strache ohne diese Forderung aus. Im schwarzblauen Regierungsprogramm nun allerdings kein Wort mehr davon.

Heute hier, morgen dort

Aufmerksame BeobachterInnen hätten aber ohnehin bereits früher stutzig werden können. Denn die Höhe der FPÖ-Forderung zum Mindestlohn änderte sich im Verlauf des Jahres 2017 teils im Wochenrhythmus: mal waren es 1.300 Euro, dann 1.700, kurz danach wieder nur 1.500. Insgesamt acht Änderungen der Höhe der Forderung hat der Mindestlohn à la FPÖ nach Recherchen des Autors hinter sich. Nicht unbedingt ein Hinweis, dass die FPÖ ihre eigene Forderung besonders ernst nahm.

Dies ist ein klassisches Beispiel für den Umgang der Partei mit ihren WählerInnen. Öffentlich spielen die »Freiheitlichen« gern die soziale Karte, der offizielle Parteislogan der FPÖ lautet »Die soziale Heimatpartei«. Besonders in Wahlkämpfen gibt sie sich teils vorgeblich fast sozialradikal, Slogans wie »Soziale Wärme statt EU für Konzerne« tauchen dann auf.

Fairness für Reiche

Der Begriff der Fairness wird von der FPÖ gern verwendet. Doch auch hier lohnt ein zweiter Blick. Neben klassischen rassistischen Klischeebildern, wonach geflüchtete Menschen angeblich eine »Fairness-Krise« verursachen, war der Kampf gegen eine Erbschaftssteuer eines der zentralen FPÖ-Themen im Wahlkampf 2017.

Die Einführung einer solchen Steuer für Vermögende sei unfair, wie Parteichef Strache in einem Werbevideo zur Wahl behauptete. Öffentlich erklärt die FPÖ ihre Linie mit den in Österreich gern zitierten »Häuselbauern«, denen angeblich ihr Erspartes weggenommen werden solle. Tatsächlich aber gab Strache in einem Fernsehinterview zu, dass er sogar dann gegen eine Erbschaftssteuer wäre, wenn es um Beträge von fünf Millionen Euro ginge. Auch im Regierungsprogramm von ÖVP und FPÖ findet sich der Begriff Fairness. Bisher gelten für ältere Häuser bestimmte Mietzinsbeschränkungen. Diese sollen nun aufgehoben, und damit die Mieten erhöht werden. Es sei ein Gebot der Fairness, so Schwarz-Blau, wenn künftig alle MieterInnen die gleichen höheren Mieten zahlen würden.

Burschenschaftlicher Frontalangriff

Für Aufregung sorgt die geplante Einführung eines »Hartz-IV«-Modells nach deutschem Vorbild. Bisher konnten arbeitslose Menschen in Österreich unter bestimmten Voraussetzungen ohne zeitliche Beschränkung ein leicht verringertes Arbeitslosengeld beziehen. Künftig soll auf die Ersparnisse dieser Menschen zugegriffen werden.

Diese Planungen passen zum traditionellen Programm der FPÖ. Bereits unter dem später im Alkoholrausch verunglückten Ex-Parteiobmann Jörg Haider gehörte die Propaganda gegen angebliche »Sozialschmarotzer« zum Standard-Repertoire der »Freiheitlichen«. Folgerichtig für eine Partei, deren Kaderkern sich bis in die Gegenwart vor allem aus elitären burschenschaftlichen Kreisen rekrutiert.

In den letzten Jahren wurde das Thema in der Öffentlichkeit zwar zurückgefahren, vermutlich, weil auch immer mehr WählerInnen der FPÖ arbeitslos wurden. Doch intern galt immer die traditionelle Linie, die jetzt auch Regierungspolitik wird.

Im zentralen programmatischen Text der Partei, dem 2013 veröffentlichten »Handbuch freiheitlicher Politik« heißt es, »sogenannte Berufsarbeitslose« haben »unsere Unterstützung nicht verdient«. Wer die Chance auf Arbeit habe, gesund sei und absolut nicht arbeiten wolle, »der darf auch finanziell nicht weiter unterstützt werden«. Das würde bedeuten, dass arbeitslose Menschen ohne irgendwelche finanziellen Mittel zurückgelassen werden könnten.

Kürzungen bei den Ärmsten

Ebenfalls gekürzt werden soll unter der neuen Regierung bei der sogenannten Mindestsicherung. Dabei handelt es sich um eine Grundsicherung von rund 850 Euro für Einzelpersonen. Sie wird teilweise oder vollständig ausbezahlt, wenn Anspruchsberechtigte zuvor nicht gearbeitet hatten oder wenn der Arbeitslohn unter dieser Summe liegt. Öffentlich begründet die Regierung die Kürzung vor allem mit geflüchteten Menschen, denen nun noch weniger Geld zur Verfügung gestellt werden soll. Tatsächlich aber weisen bisherige Kürzungen in einzelnen Bundesländern darauf hin, dass »autochthone« ÖsterreicherInnen gleichermaßen betroffen wären. In klassischer Manier müssen MigrantInnen als Vorwand und Sündenböcke für soziale Kürzungen herhalten.

Das zeigt sich auch in anderen Fällen. So fordert die FPÖ in ihrem Wirtschaftsprogramm 2017, dass MigrantInnen nach einem Jahr keinerlei Arbeitslosengeld mehr bekommen sollen. Bereits nach einem halben Jahr sollen sie sich verpflichtend »am Arbeitsmarkt im Heimatland« bewerben. Es ist eine extrem zynische Forderung gegenüber Menschen, die teils bereits seit Jahrzehnten oder sogar ihr ganzes Leben in Österreich leben. Sie wären in ihrer unmittelbaren Existenz bedroht.

MigrantInnen für den Lohndruck

Es gibt aber noch einen weiteren Aspekt, der oft untergeht: Wenn Menschen wissen, dass sie im Fall der Arbeitslosigkeit keinerlei finanzielle Unterstützung bekommen, dann müssen sie alles tun, um ihren Arbeitsplatz nicht zu verlieren. Proteste bei Verstößen gegen das Arbeitsrecht, bei Unterbezahlung oder bei schlechter Behandlung hätten Unternehmen von diesen potenziell existenzbedrohten Menschen kaum zu erwarten.

Betriebe hätten durch diese Maßnahme Arbeitskräfte, die extrem ausgebeutet werden können und gleichzeitig als LohndrückerInnen für den gesamten Arbeitsmarkt dienen. Dies ist ein Beispiel für die Positionierung der »Freiheitlichen«: grundsätzlich völkisch, wobei der Rassismus gleichzeitig flexibel ist und vor allem ökonomischen Interessen verschiedener Kapitalfraktionen dient.

Angriffe aufs Arbeitsrecht

Angriffe auf das Arbeitsrecht sind für die FPÖ zentral. Bereits seit Jahren will die Partei vor allem die Tarifverträge, in Österreich »Kollektivverträge« (KV) genannt, aushebeln. Dort sind unter anderem die Arbeitszeiten, die Mindestgehälter oder Urlaubs- und Weihnachtsgeld geregelt.

Wenn es nach der FPÖ geht, sollen KVs auf die betriebliche Ebene verlagert werden, was eine weit bessere Verhandlungsposition für die Unternehmen bedeuten und Beschäftigte gegeneinander ausspielen würde. Im Wirtschaftsprogramm 2017 kritisiert die FPÖ auch ein angeblich »überbordendes Arbeitsrecht« und fordert die Reduktion der Kompetenzen des Arbeitsinspektorates, das die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen kontrolliert.

Umbau des Staates

Ganz anders hingegen positionieren sich FPÖ und ÖVP, wenn es um Steuern für Unternehmen geht. Hier kann es gar nicht niedrig genug gehen. Auf bis zu 16 Milliarden Euro an Steuereinnahmen soll laut Parteichef und Vizekanzler Strache verzichtet werden. Das Fehlen einer solchen Summe würde den österreichischen Sozialhaushalt insgesamt infrage stellen.

Und das wiederum zeigt auch, worum es eigentlich geht: Die geplanten Maßnahmen von FPÖ und ÖVP sind weit mehr als die Summe ihrer Teile. Das Programm der neuen rechts-rechten Regierung in Österreich kann und muss als Frontalangriff auf große Teile der Bevölkerung gewertet werden. Die Vorhaben von Schwarz-Blau laufen auf einen Gesamt-Umbau des Staates hin, parallel dazu sollen Polizei und Militär ausgebaut werden.

Ob der neoliberale und autoritäre Umbau Österreichs gelingt, wird zentral davon abhängen, ob und in welchem Ausmaß sich eine soziale Opposition von unten gegen diesen Umbau entwickelt. Die Auseinandersetzung hat dabei auch internationale Bedeutung, die »Alternative für Deutschland« etwa schielt aktuell nach Süden. Die Entwicklung in Österreich ist auch für Deutschland eine eindeutige Warnung.

Michael Bonvalot ist Journalist und Autor in Wien. Er schreibt regelmäßig für verschiedene Medien in Österreich und Deutschland sowie auf seiner Homepage bonvalot.net. Seine Schwerpunkte sind die extreme Rechte, Migration und Sozialpolitik. 2017 erschien sein Buch »Die FPÖ – Partei der Reichen«.

#Interview

»Versuche zu spalten werden scheitern«



Seit mehr als 30 Jahren engagiert sich der Verein »Mach meinen Kumpel nicht an!« – auch bekannt als ‹Kumpelverein› oder ‹Gelbe Hand› – gegen Rassismus und extrem rechte Aktivitäten in der Arbeitswelt und in der Gesellschaft. Über die Arbeit des Vereins und die jüngeren Entwicklungen in den Betrieben sprach Sascha Schmidt für »der rechte rand« mit dem Vorsitzenden Giovanni Pollice.



drr: Ihr unterstützt seit mehr als 30 Jahren Betriebsräte und Gewerkschaften in ihrem Kampf gegen Rassismus und extrem rechte Aktivitäten. Wie sieht Eure Unterstützung aus?
Giovanni Pollice: Eine unserer wichtigsten Aufgaben ist, Kolleginnen und Kollegen zu unterstützen, die sich gegen Rassismus und Rechtsextremismus in der Arbeitswelt engagieren. Hierfür entwickeln wir Instrumente, die dieses Engagement erzeugen und fördern sollen. Auf der einen Seite stehen wir allen Kolleginnen und Kollegen zur Seite, die sich mit konkreten Fragen an uns wenden, von Beratungen in Problemfällen, über Durchführung von präventiven Workshops vor Ort, bis zur Entwicklung von betrieblichen Aktionen. Auf der anderen Seite schauen wir, wie wir die Arbeit vor Ort stärken können, ohne direkt vor Ort zu sein. Das heißt, wir setzen mit unserem Magazin »Aktiv für Chancengleichheit« auf Vernetzung und Informationsvermittlung. Mit diesem bundesweit einzigartigen Magazin zeigen wir Kolleginnen und Kollegen, dass sie mit ihrem Kampf nicht alleine, sondern innerhalb eines riesigen arbeitsweltbezogenen und gewerkschaftlichen Netzwerks sind. Darüber hinaus arbeiten wir daran, Antirassismus als Teil der Ausbildung zu verankern – nachhaltig und strukturell. Hierfür entwickeln wir Unterrichtseinheiten für Ausbildungsbetriebe und Berufsschulen, erstellen maßgeschneiderte Module zur Demokratiebildung, Antirassismus und Konfliktlösung und stellen diese den Kolleginnen und Kollegen zur Verfügung. Eine unserer zentralen Aktivitäten ist der Jugendwettbewerb »Die Gelbe Hand«. Wir veranstalten jedes Jahr, mittlerweile zum zwölften Mal, den Wettbewerb »Die Gelbe Hand«, um das Engagement von Auszubildenden, BerufsschülerInnen und der Gewerkschaftsjugend zu fördern, indem sie diese Projekte durchführen und bei uns einreichen. Anschließend würdigen wir das Engagement mit einer feierlichen Preisverleihung im Beisein hochrangiger Vertreterinnen und Vertreter aus der Politik und der Gewerkschaft.

Wie stark ist Eure Verankerung in den Gewerkschaften?
Der Verein wurde 1986 von der DGB Jugend gegründet und ist bis heute der Verein der DGB-Gewerkschaften. Wir sind bundesweit vernetzt und werden von Gewerkschaften, gewerkschaftlichen Organisationen und fast 1600 Fördermitgliedern gefördert. Im Prinzip kann man sagen: Wir bilden im Themenbereich Antirassismus und dem Engagement gegen Rechts eine Art Scharnierfunktion zwischen dem DGB und allen Gewerkschaften. Das ist eine Stärke des Vereins.

Mit dem Aufstieg der »Alternative für Deutschland« (AfD) ging eine Enttabuisierung des Rassismus einher. In breiten Teilen der Gesellschaft werden rassistische und nationalistische Haltungen immer offener artikuliert. Wie hat sich dies aus deiner Sicht in den Betrieben entwickelt?
In Betrieben trauen sich Menschen öfter als früher, auch wenn oft versteckt, sich rassistisch zu äußern. Im Vergleich zur Gesellschaft verfügen Betriebe jedoch über andere Rahmenbedingungen, wie zum Beispiel das Betriebsverfassungsgesetz und Antidiskriminierungsvereinbarungen im Umgang mit Rechts. Starke Betriebsrätinnen und Betriebsräte haben immer dafür gesorgt, dass keiner wegen der Religion, des Geschlechts und der Staatsangehörigkeit diskriminiert wird. Das wird auch in Zukunft so sein. Versuche, die Kolleginnen und Kollegen zu spalten, werden scheitern.

Von März bis Ende Mai stehen Betriebsratswahlen an. Extrem rechte Gruppen, wie die »Ein Prozent«-Initiative und ArbeitnehmerInnenorganisationen der AfD, werben für die Gründung von Betriebsratslisten. Wie ist deine Einschätzung bezüglich ihrer Chancen, in den Betrieben Zustimmung zu erhalten? Wie geht ihr und die Gewerkschaften mit dieser Situation um und was braucht es aus deiner Sicht, um einen relativen Erfolg solcher Bestrebungen zu verhindern?
Wir gehen nicht davon aus, dass »Ein Prozent« oder die selbsternannten Arbeitnehmervereinigungen innerhalb der AfD bei den diesjährigen Betriebsratswahlen einen großen Erfolg haben werden. Aktuell ist uns bekannt, dass nur in wenigen Industriebereichen einige wenige Listen, die wir als rechte Listen einstufen, präsentiert wurden. Außer Spaltung haben rechtsorientierte KandidatInnen wenig anzubieten. Die gewerkschaftsnahen Listen dagegen bieten eine echte Interessenvertretung, Solidarität und Zusammenhalt in einer großen betrieblichen Gemeinschaft, die in der Lage ist, wirksam Rechte von ArbeitnehmerInnen durchzusetzen und ihre Arbeitsbedingungen nachweislich zu verbessern.

Vielen Dank für das Interview!



DGB-Haus in München zum Zeitpunkt des Antifa-Kongresses

#DPolG

Die blaue Gewerkschaft?

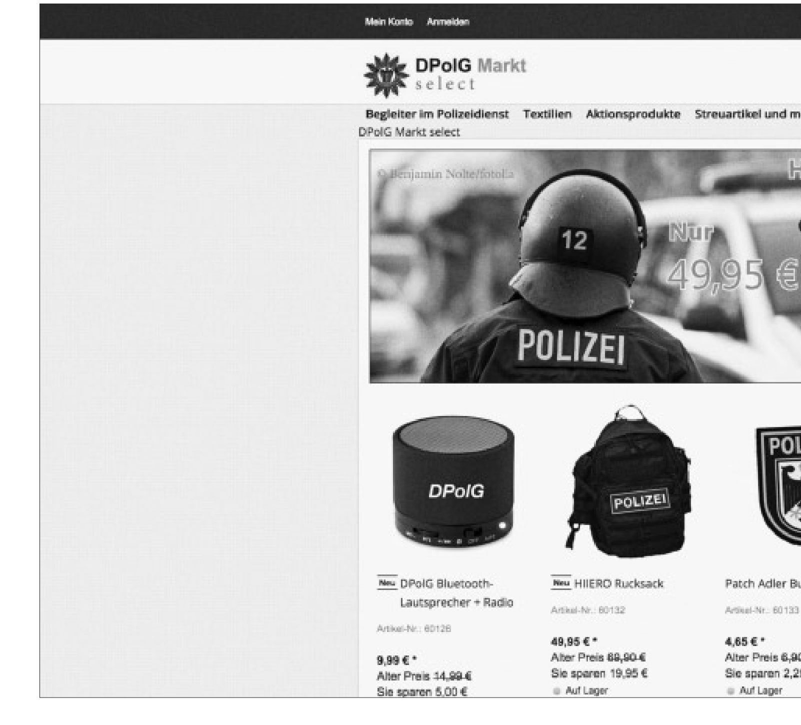
Die »Deutsche Polizeigewerkschaft« mit ihrem Vorsitzenden Rainer Wendt entwickelt sich im öffentlichen Diskurs immer stärker zu einem Scharnier zwischen konservativen und rechten Milieus.

von Maximilian Pichl

Antifaschistische Veranstaltungen, die in Räumen des »Deutschen Gewerkschaftsbundes« (DGB) stattfinden sollen, werden seit Kurzem das Ziel öffentlichkeitswirksamer Diffamierungskampagnen aus den Reihen der »Deutschen Polizeigewerkschaft« (DPolG). Für bundesweite Aufmerksamkeit sorgten die Vorfälle rund um den Antifa-Kongress, der im Herbst 2017 zum zweiten Mal im Münchner Gewerkschaftshaus stattfinden sollte. Die Jugendorganisation der DPolG hatte einen Artikel des rechten Blogs »Journalistenwatch« aufgegriffen, der die Veranstaltung skandalisiert hatte, um die größere und im DGB organisierte »Gewerkschaft der Polizei« (GdP) unter Druck zu setzen und Mitglieder abzuwerben. Die Kampagne hatte einen kurzfristigen Erfolg: Der DGB-Bundesvorstand stellte sich nach eigenen Angaben »schützend vor die GdP« und sorgte für eine zwischenzeitliche Ausladung der AntifaschistInnen, um etwaige Austritte von GdP-Gewerkschaftsmitgliedern zu verhindern. Erst nachdem der DGB aus den eigenen Reihen erheblichen Widerspruch erntete, wurde der Antifa-Kongress wie geplant im Gewerkschaftshaus durchgeführt – begleitet von Gegenprotesten aus dem Münchner PEGIDA-Umfeld, wo auf einer Leinwand das Paulchen-Panther-Motiv aus dem NSU-Bekennervideo gezeigt und durch einen entsprechenden Text unverhohlen zum Mord an AntifaschistInnen aufgerufen wurde. Auch in Frankfurt am Main griff die DPolG die GdP an, weil im dortigen DGB-Haus ein Treffen der Gruppe »Antifa United« geplant war. Der hessische DPolG-Landesvorsitzende Lars Maruhn sagte, der DGB leiste dadurch Gruppen, die gegen die Verfassung seien, »logistische Hilfe«.

Dass sich die DPolG und die GdP einen zum Teil rabiaten Kampf um Mitglieder liefern, ist nicht neu. Die Vorfälle rund um die Antifa-Veranstaltungen zeigen aber, dass die DPolG immer stärker dazu bereit scheint, sich Kampagnen rechter AkteurInnen und Blogs anzuschließen. Während die GdP mit rund 175.000 Mitgliedern im DGB organisiert ist und tendenziell sozialdemokratische Positionen in Bezug auf

die Politikfelder der Inneren Sicherheit vertritt, gehört die DPolG mit etwa 94.000 Mitgliedern zum Deutschen Beamtenbund und vertritt Positionen aus dem politischen Mitte-Rechts-Spektrum. Sie teilt mit der GdP die Forderung nach einer drastischen Erhöhung der Stellen im Polizeiapparat und lehnt demokratische Kontrollinstrumente wie eine Kennzeichnungspflicht für PolizeibeamtInnen ab. Gegenüber der GdP unterscheidet sich die DPolG durch radikalere innenpolitische Positionen, wie beispielsweise die Ausrüstung der Polizei mit Gummigeschossen oder die Anwendung des Erwachsenenstrafrechts auf Minderjährige. Wesentlich unterscheiden sich die beiden Gewerkschaften bezüglich ihrer öffentlichen Rhetorik, wobei die DPolG Positionen aus dem rechten Spektrum zunehmend im politischen Mainstream platziert.



Diskursknotenpunkt zwischen Konservativen und Rechten

Vor allem der DPolG-Vorsitzende Rainer Wendt ist prominenter Wortführer dieser politischen Diskursverschiebung. Seit 2007 steht der Duisburger Polizist, der gleichzeitig CDU- und CSU-Mitglied ist, der Gewerkschaft vor. Schon kurz nach seiner Wahl zum DPolG-Vorsitzenden bezeichnete er die KlägerInnen gegen das BKA-Gesetz abfällig als »Karlsruhe-Touristen«. Das Gesetz wurde später vor dem Bundesverfassungsgericht in großen Teilen als verfassungswidrig eingestuft und der Begriff landete 2008 auf der Liste der Unwörter des Jahres – die Jury attestierte ihm ein »bedenkliches Verständnis der Grundrechte.« Auch weitere öffentliche Positionierungen Wendts werden aus anderen Teilen des Polizeiapparates kritisiert. Als er im Zuge der großen Fluchtbewegungen von 2015 einen Zaun zwischen Österreich und Deutschland forderte, lehnte der GdP-Vorsitzende Jörg Radek diesen Vorschlag ab und sprach von einem »gefährlichen Spiel mit dem Feuer«, das die »Krawallstimmung der Rechten« noch anheize.

Wer Wendt vor diesem Hintergrund nur als einen üblichen Vertreter einer Law&Order-Politik begreift, verkennt seine politische Rolle in der Öffentlichkeit. Eine nähere Auseinandersetzung mit seiner Rhetorik zeigt, dass er zunehmend Begriffe und den Sprachjargon neu-rechter AkteurInnen übernimmt und im Gegenzug von deren AnhängerInnen breit rezipiert wird. Schon früh war der DPolG-Vorsitzende ein gern gesehener Interviewpartner neu-rechter Organe wie zum Beispiel der Wochenzeitung »Junge Freiheit«, die regelmäßig über seine öffentlichen Interventionen berichtet. Im Gespräch mit dem extrem rechten und verschwörungsideologischen »Compact«-Magazin sprach Wendt 2015 davon, dass die »Machokultur« und die damit einhergehende Abwertung von Frauen durch junge Muslime, »fast zu den genetischen Grundbausteinen dieser Kultur« gehöre. Eine Parallele in der Argumentation der »Neuen Rechten«: Diese arbeitet seit Jahren daran, den Begriff »Rasse« durch »Kultur« zu ersetzen, um dadurch ihrem ethnopluralistischen Projekt zu mehr gesellschaftlicher Akzeptanz zu verhelfen. Wendt gelang es, sich durch das Wort »fast« nicht zu einer eindeutigen Beurteilung des Islams hinreißen zu lassen und dennoch als Vertreter einer großen Polizeigewerkschaft zugleich den neurechten Diskurs zu bestärken, indem er Biologie, Religionszugehörigkeit und Kultur in einen Zusammenhang rückte. Schon Theodor W. Adorno sagte in Bezug auf solche Diskursverschiebungen: »Das vornehme Wort Kultur tritt anstelle des verpönten Ausdrucks Rasse, bleibt aber ein bloßes Deckbild für den brutalen Herrschaftsanspruch.«

Organisationen wie »PRO ASYL« und AsylrechtsanwältInnen bezeichnete der DPolG-Vorsitzende wiederholt medienwirksam mit den abfälligen Begriffen »Abschiebeverhinderungsindustrie« oder auch »Asylindustrie«. Letzterer wird seit mehreren Jahren durch rechte AkteurInnen in Europa benutzt, um humanitären Organisationen ein ökonomisches Interesse an Fluchtmigration zu unterstellen. Schon 2007 äußerte sich Heinz-Christian Strache von der extrem rechten »Freiheitlichen Partei Österreichs« (FPÖ) in der damaligen Bleiberechtsdebatte: »Solange eine gutmenschlich verblendete Asylindustrie bestens von den ins Land geholten Scheinasylanten lebt und politische Entscheidungsträger durch realitätsferne Medienkampagnen vor sich hertreibt, wird es auch nur Schein-Lösungen geben.« Auch im extrem rechten deutschen »Kopp-Verlag« ist der Begriff ein wichtiger Bezugspunkt. Der mittlerweile verstorbene Journalist Udo Ulfkotte veröffentlichte 2015 einen Bestseller mit dem Titel »Die Asyl-Industrie – Wie Politiker, Journalisten und Sozialverbände von der Flüchtlingswelle profitieren«. Indem Wendt den Begriff in einem Interview mit dem Fernsehsender »N24« verwendete, normalisierte er ihn vor einem breiten Publikum. Allgemein fällt auf, dass er sich in den vergangenen drei Jahren als lautstarker Kämpfer gegen eine humane Flüchtlingspolitik zu profilieren versucht. Als die Polizei Berlin und das Deutsche Rote Kreuz an Silvester 2017 eine »Women's Safety Area« auswiesen, wo sich Betroffene sexueller Gewalt Hilfe holen konnten, bezeichnete er diese Zone als das »Ende von Gleichberechtigung, Freizügigkeit und Selbstbestimmtheit«. Sein Zitat fügte sich passend in den rechten Diskurs über schwere Missbrauchsfälle im öffentlichen Raum ein, die durch die Aufnahme von Flüchtlingen angeblich dramatisch gestiegen seien. Geschickt nutzte Wendt demokratische Vokabeln wie »Gleichberechtigung«, um zugleich den für RechtspopulistInnen typischen Jargon der unvermeidlichen Katastrophe zu benutzen – sein Statement wurde folglich auf AfD-nahen Blogs und Twitter-Accounts breit geteilt.



Der Shop der DPolG

In seinen Vorträgen kommt Wendt oft auf unbegleitete minderjährige Flüchtlinge zu sprechen, zum Beispiel im Rahmen seines Vortrags »Einwanderung aus Sicht der Polizei«, den er im Februar 2017 bei der »Konrad-Adenauer-Stiftung« in Mainz gehalten hatte. Er sagte, die Menschen akzeptierten nicht länger, dass für den Platz eines unbegleiteten minderjährigen Flüchtlings mehr Geld zur Verfügung stehe als für die Bildung oder die Pflege. Der Vergleich ähnelt typischen und dem Gegenstand keinesfalls gerecht werdenden Aufrechnungen, wie sie in rechten Kreisen oft vorgebracht werden. Doch Wendt setzte noch nach, indem er auch das in den Einrichtungen angebotene Freizeitprogramm für die Jugendlichen skandalisierte. So sagte er: »Kampfsport, immer ganz wichtig bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen. Die kommen ja als ungeübte Straßenschläger, die müssen wir zu perfekten Totschlägern ausbilden.« Nicht nur verleumdet er in diesem Zitat eine klar abgrenzbare Gruppe, die der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, er verschiebt zugleich den rechten Diskurs über die Gewalt junger Flüchtlinge in das Forum einer konservativen Stiftung. Der Vortrag wurde auf Youtube durch etliche rechte Accounts hochgeladen, nachdem das Video auf der Seite der »Konrad-Adenauer-Stiftung« nicht mehr aufzufinden war.

Diese Beispiele zeigen, dass die Äußerungen des DPolG-Vorsitzenden Rainer Wendt in der Öffentlichkeit als Scharnier zwischen konservativen und rechten Milieus fungieren. Er integriert rechte Diskurse in den politischen Mainstream und sorgt für ihre zunehmende Akzeptanz. Die DPolG befeuert damit öffentliche Diskurse gegen MigrantInnen, die oft nicht mit ihrer polizeigewerkschaftlichen Funktion im Zusammenhang stehen.

Rechte Tendenzen sind in der DPolG keine Einzelfälle

Es wäre aber falsch, rechte Tendenzen in der DPolG nur an ihrem Vorsitzenden festzumachen. Ende 2009 erschien in der thüringischen Mitgliederzeitung der DPolG ein Kommentar des Autors Heiko Timmer, in dem er der NPD-Forderung nach härteren Strafen beipflichtete und sogar aus einer Wahlkampfzeitung der NPD zitierte. Nach lautstarker öffentlicher Kritik trat der Autor aus der DPolG aus und verteidigte seine Einlassungen. Im Februar 2012 verteilte die DPolG in Bayern einen Kalender, der rassistische Karikaturen zeigte, darunter einen schwarzen Menschen, der bei seiner Festnahme sagt »…was heiß' hie' Ve'dunklungsgefah'…?«!. Als der Kalender in vielen Medien scharf kritisiert wurde, stellte sich Rainer Wendt schützend vor seine KollegInnen: »Bei mir im Büro hängt er und da bleibt er auch hängen«. Erst vier Monate zuvor war die Mordserie des »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU) in der Öffentlichkeit bekannt geworden. Die ergebnislosen Ermittlungen wurden unter anderem als Ausdruck eines institutionellen Rassismus der Polizei bewertet, den die DPolG bis heute vehement bestreitet und zugleich die Arbeit von Gremien wie dem NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestags kritisiert.

Dazu kommen personelle Kontinuitäten zwischen rechten Parteien und der DPolG: So kandidierte der heutige Berliner DPolG-Landeschef Bodo Pfalzgraf 1990 für die Partei »Die Republikaner«. Als im Herbst 2017 in Berlin darüber spekuliert wurde, ob Personen aus kriminellen Gruppen die Polizeiakademie besuchen, trat auch Pfalzgraf in der Presse auf. Zwar sagte er, es handle sich dabei um Einzelfälle, verwies aber zugleich auf arabische Großfamilien, die versuchen würden, ihre Mitglieder in den öffentlichen Dienst, auch in die Polizei, einzuschleusen, um die eigenen Clans vor Strafverfahren zu schützen. Bei einer am gleichen Tag stattfindenden Sondersitzung des Berliner Innenausschusses wies der Polizeipräsident Klaus Kandt derlei Spekulationen insgesamt als definitiv falsch zurück.

Einladungen der »Alternative für Deutschland« (AfD) akzeptierte die DPolG sehr schnell, nachdem sich die Partei in den Parlamenten etabliert hatte. Bereits innerhalb der ersten Legislaturperiode, in der die AfD in den sächsischen Landtag eingezogen war, besuchte Wendt mit der sächsischen DPolG-Vorsitzenden Cathleen Martin die AfD-Fraktion. Die AfD veröffentlichte ein gemeinsames Foto mit den SpitzenfunktionärInnen der Gewerkschaft auf ihrer Homepage. Presse-Statements von Rainer Wendt und der DPolG werden zudem eifrig von AfD-Accounts und durch die »Identitäre Bewegung« geteilt und positiv kommentiert. Schon 2016 twitterte der Bochumer Polizeiforscher Thomas Feltes anlässlich der Veröffentlichung von Rainer Wendts Buch »Deutschland in Gefahr«: »Wendt macht den Sarrazin, und die DPolG wird zur AfD. Mein Gott, wo sind wir gelandet.« Tatsächlich muss die DPolG nicht zu einem gewerkschaftlichen Arm der AfD werden. Viel beunruhigender ist es, dass sie als Gewerkschaft aus dem politischen Mitte-Rechts-Spektrum dazu beiträgt, rechten Positionen im politischen Mainstream eine große Akzeptanz zu verleihen.

Der Autor war Unterzeichner eines offenen Briefs von 60 WissenschaftlerInnen, die gegen einen Auftritt des DPolG-Vorsitzenden Rainer Wendt an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main protestierten.

#Rückblick

Gewalt gegen Gewerkschaften

GewerkschafterInnen werden immer wieder von Neonazis bedroht und attackiert. Beliebtes Angriffsobjekt sind 1.-Mai-Kundgebungen. Wir dokumentieren einige Mosaiksteine der braunen Gewalt gegen Gewerkschaften.

von Anton Maegerle

Angelo Lucifero war einer der bekanntesten Vertreter des gewerkschaftlichen Antifaschismus. Seit Anfang der 1990er Jahre war der damalige Sekretär von ver.di in Thüringen und Sprecher der dortigen Initiative »GewerkschafterInnen gegen Rassismus und Faschismus« Angriffsziel militanter Neonazis. 23 Mal sei er in den vergangenen Jahren überfallen worden, zählte Lucifero 2008 auf. Mehrfach wurden NPD-Kundgebungen gegen den »gewerkschaftlich finanzierten Kleinkriminellen« Lucifero vor seinem Wohnhaus abgehalten. Einmal wurden sogar die Bremsschläuche an seinem Auto durchgeschnitten.

Ende der 1990er Jahre zählte Uwe Zabel, damals Geschäftsführer der IG Metall Elmshorn, zu den bevorzugten Zielobjekten Hamburger Neonazis. Der Grund: Eine zuvor gestartete Kampagne der Gewerkschaft unter dem Motto »Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen«. Zabel wurde auf Flugblättern als »ewiggestriger Antifaschist« beschimpft, Briefkästen seiner Gewerkschaft zugeklebt, Scheiben eingeworfen und das Büro der IG Metall beschmiert. Im April 2000 setzten Neonazis mit einem Transparent über der Autobahn 23 ein Kopfgeld von »10.000 Mark tot oder lebendig« auf Zabel aus und riefen auf: »Elmshorn macht Euch frei von Judentyrannei.« Parallel zum Terror suchten sich Neonazis aus den Reihen der »Freien Nationalisten« und des »Hamburger Sturms« Elmshorn mehrfach als Aufmarschgebiet aus.

Im Mai 2008 wurde ein ver.di-Sekretär in Nordrhein-Westfalen von Neonazis der »Sturmbrigade 95 – Deutschland erwache« mit dem Tod bedroht. Der Mitbegründer der BürgerInneninitiative »No Nazis – Bocholt stellt sich quer« war zuvor im Internet und bei Telefonaten bedroht worden.

Bei der Rückreise von Neonazi-Großkundgebungen in Dresden im Februar 2009 attackierten rechte Schläger auf der Rastanlage Teufelstal an der Autobahn 4 bei Jena gewerkschaftliche GegendemonstrantInnen aus Hessen und Nordrhein-Westfalen. Eines der fünf Opfer, ein 40-Jähriger aus dem Schwalm-Eder-Kreis, wurde dabei schwer verletzt. Das Mitglied der IG BAU erlitt einen Schädelbruch. An dem Überfall waren auch drei Neonazis aus Schweden beteiligt.

Rund 300 Neonazis griffen am 1. Mai 2009 in Dortmund die Kundgebung des DGB auf dem Platz der Alten Synagoge an. Bewaffnet mit Holzstangen und Steinen wurden die KundgebungsteilnehmerInnen attackiert. Die einschreitende Polizei wurde von »Autonomen Nationalisten« aus Dortmund und der Region, auch aus Thüringen, mit Knallkörpern, Flaschen und Steinen beworfen. Polizeifahrzeuge wurden demoliert. Auf ihrem Weg vom Dortmunder Hauptbahnhof in die Innenstadt hatten die heranstürmenden Neonazis »Damals wie heute – Hitlerleute« skandiert.

Am 1. Mai 2011 bauten GewerkschafterInnen am Husumer Hafen die Stände für die Mai-Kundgebung auf, als eine Horde von circa 40 Neonazis Parolen wie »DGB – Arbeiterverräter« und »Nationaler Widerstand« brüllend den Platz stürmte. Tische und Sonnenschirme wurden zerschlagen, Stühle ins Hafenbecken geworfen und Einzelpersonen angegriffen. An dem Überfall waren aktive und ehemalige NPD-Funktionäre beteiligt.

Rund 200 GewerkschafterInnen hatten sich am 1. Mai 2015 in Weimar zur DGB-Veranstaltung eingefunden. Kurz nach Beginn der Kundgebung stürmten Neonazis aus Brandenburg, Hessen, Sachsen und Thüringen den Platz. Die Angreifer rissen auf der Kundgebung das Mikrofon an sich und skandierten extrem rechte Parolen. Mehrere Personen wurden bei der Attacke verletzt. Am Vortag hatten Neonazis auf dem Facebook-Account der NPD-Jugendorganisation »Junge Nationaldemokraten« dazu aufgerufen, es den »Arbeiterverrätern« zu zeigen. Unter den Hinweisen auf mögliche Ziele wurde auch die Kundgebung in Weimar genannt. Einer der Angreifer der DGB-Veranstaltung versuchte wenige Tage später, eine in Zossen geplante Flüchtlingsunterkunft in Brand zu stecken.

Ende September 2015 wurden in Erfurt mehrere Menschen von Teilnehmern einer AfD-Veranstaltung verletzt. »Mit der Faust wurde mir ins Gesicht geschlagen«, sagte Denny Möller, Thüringens ver.di-Vorsitzender. Der Gewerkschafter war mit einer kleinen Gruppe von GegendemonstrantInnen unterwegs. Mehrere der Angegriffenen erlitten Verletzungen.

Beim osthessischen Gewerkschafter Andreas Goerke, Mitgründer und Sprecher des Vereins »Fulda stellt sich quer«, rückten am 2. Februar 2017 die Feuerwehr und Rettungssanitäter an. Ein anonymer Anrufer hatte gemeldet, das Haus der Familie stehe in Flammen. Am Folgetag wurden dem Gewerkschafter rund 500 Bücher geliefert, die auf seinen Namen bestellt worden waren. Tage später erhielt die Familie ein Schreiben mit einer Morddrohung gegen ihren minderjährigen Sohn. Hinter dem Psycho-Terror gegen den Anti-Rechts-Aktivisten vermutet die Polizei ein politisches Motiv.

#AntiGewerkschaft

Nicht neu

Die extreme Rechte hat immer wieder mit eigenen Organisationen versucht, in Betrieben Fuß zu fassen – bisher erfolglos.

von Ernst Kovahl

Plötzlich sind rechte ArbeitnehmerInnen-Verbände und Betriebsratslisten Thema. Mit dem Aufstieg der »Alternative für Deutschland« versucht die Szene, in Betrieben, bei BeamtInnen und Angestellten Fuß zu fassen. Neu ist das nicht. In der Bundesrepublik gab es immer wieder Versuche, eigene rechte Verbände aufzubauen, mit rechten Listen oder unter der Flagge von Spaltergewerkschaften bei Betriebsratswahlen in Gegnerschaft zu den Gewerkschaften im »Deutschen Gewerkschaftsbund« anzutreten. Während sich christliche, konservative oder wirtschaftsfreundliche Organisationen, sogenannte »Gelbe Gewerkschaften«, in manchen Betrieben festsetzen konnten, blieben extrem rechte Strukturen erfolglos. Eine systematische Forschung zu deren Geschichte und Praxis existiert nicht. Ein Überblick kann daher nur exemplarisch sein.

Anti-Gewerkschaft

Die extreme Rechte lehnt Gewerkschaften und die unabhängige Organisierung von ArbeiterInnen und Angestellten ab. Arbeit und Kapital hätten gemeinsam im Sinne der Nation zu wirken. Preußischer Arbeitsethos, Stolz auf Arbeit und Disziplin statt Klassenkampf. Dennoch sucht die extreme Rechte nach Alternativen zu den bestehenden Gewerkschaften. Der in der Szene einflussreiche, Ende Januar 2017 verstorbene Publizist Hans-Dietrich Sander veröffentlichte 1994 in dem Blatt »Staatsbriefe« seine »Thesen zur Bildung einer nichtsozialistischen Arbeiterbewegung«. Darin plädierte er für einen Arbeiterstand als »Bund mit einem beruflich motivierten Ethos«, der für Fleiß und Disziplin sorge. Die rechte Zeitschrift erinnert »an volksgemeinschaftliche Traditionsstränge in der deutschen Arbeiterbewegung sowie an das Konzept der ‹Arbeitsfront›«, wie der Politikwissenschaftler Fabian Virchow analysierte.

Durch die Ablehnung konfrontativer Gewerkschaftsarbeit gibt es ideologische Überschneidungen von »Gelben Gewerkschaften« und der extremen Rechten. Daher kam es auch zu Mitgliedschaften und in einzelnen Fällen auch zur Übernahme von Posten durch Funktionäre aus der extremen Rechten. Der Bundesvorsitzende des »Christlichen Gewerkschaftsbundes« musste beispielsweise 2005 einräumen, dass »Rechtsradikale« versuchten, »die christliche Gewerkschaft (zu) unterwandern«.

Rechter Beamtenbund

Ein Versuch, eigene Strukturen aufzubauen war der 1993 gegründete »Republikanische Bund der öffentlichen Bediensteten« (REP BB) der damals bei Wahlen erfolgreichen Rechtspartei »Die Republikaner«. Der Bund sollte im öffentlichen Dienst Beschäftigte vor »ungerechtfertigten, verleumderischen Angriffen und Einschüchterungsversuchen durch etablierte politische Beamte« schützen. Verlässliche Zahlen über die Mitgliedschaften gibt es nicht. Wissenschaftler aus dem Umfeld der Inlandsgeheimdienste schätzten 1998, der REP BB zähle 180 Mitglieder. Größere Aktivitäten gingen von dem Bund nie aus. Anfang der 2000er Jahre gab es nur noch vereinzelte Strukturen.

»Gewerkschaftsfeindlichkeit«

»Die Gewerkschaftsfeindlichkeit der NPD ist tief und durchgehend (…). Konzeptionell strebt sie eine Stärkung kleiner Outsider-Gewerkschaften gegen den DGB an«, schrieb der Historiker Lutz Niethammer wenige Jahre nach der Gründung der Partei. Die NPD baute keine eigenen Strukturen auf, leistete sich aber in ihren jungen Jahren im Bundesvorstand ein »Referat für Sozial- und Gewerkschaftsfragen«. Dessen Leiter war ein NPD-Landtagsabgeordneter aus Niedersachsen und Betriebsratsvorsitzender eines Industriebetriebs. Die NPD unterstützte Ende der 1960er Jahre auch den »Unabhängigen Bergarbeiterverband«. Im Kleinen gab es Erfolge: Bei den Betriebsratswahlen 1968 gewann die Liste mit einem NPD-Funktionär an der Spitze auf einer Zeche in Wanne-Eickel 42 Prozent der Stimmen.

»Deutscher Arbeitnehmer-Verband«

Auch im »Deutschen Arbeitnehmer-Verband« (DAV) waren wiederholt Funktionäre der extremen Rechten aktiv. Mit einer Reihe von Betriebsräten hatte die Organisation mit wechselnden Namen durchaus betrieblichen Einfluss. Seit der Gründung tummelten sich in ihr Rechte, teils in einflussreichen Positionen. In den 1990er Jahren wurde dem Verband in Nordrhein-Westfalen zeitweise das Recht abgesprochen, ehrenamtliche Arbeits- und Sozialrichter vorzuschlagen, nachdem er bekannte Neonazis benannt hatte. 1993 begann der Verfassungsschutz, den DAV zu beobachten, da er unter den Einfluss der NPD geraten sei. Damals dürfte er nur noch maximal 4.000 Mitglieder gehabt haben. Der Verband besteht als politisch unscheinbare Organisation mit neuem Führungspersonal und neuer Satzung fort.

Bisher erfolglos

Auch in der 1984 gegründeten neonazistischen »Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front« gab es mit der »Freien Gewerkschaftsbewegung« und in der 1995 verbotenen Neonazi-Partei »Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei« mit der 1985 gegründeten »Freien Betriebszellen-Organisation« Versuche, unter ArbeiterInnen und in Betrieben Fuß zu fassen. Bisher blieben aber all diese Bemühungen bis auf Einzelfälle erfolglos.

#Geschichte

Gewerkschaften in der NS-Zeit

Während des Nationalsozialismus wurden zahlreiche GewerkschafterInnen wegen ihrer Opposition zum Regime verfolgt, inhaftiert, ermordet oder ins Exil getrieben.

von Eva Müller



1. Mai 1933: »Tag der nationalen Arbeit«, zum ersten Mal bezahlter Feiertag, Kundgebungen und Massenaufmärsche im ganzen Land. Hunderttausende jubeln Adolf Hitler auf dem Tempelhofer Feld in Berlin zu. Der Maifeiertag 1933 sollte Großes für die deutsche ArbeiterInnenschaft verheißen, die nationalsozialistische Propaganda einer geeinten »Volksgemeinschaft« jenseits von Arbeitskämpfen und Klassengegensätzen festigen. In den drei Monaten seit der nationalsozialistischen Machtübernahme im Januar 1933 hatte das Regime seine Macht festigen können. Dies hatte zur Folge, dass auch Teile der Gewerkschaften sich bereits der neuen Regierung anpassten: Der Bundesvorstand des »Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds« (ADGB), der als Dachverband der »Freien Gewerkschaften« eng mit der SPD verbunden war, hatte zur Teilnahme an den 1. Mai-Feiern aufgerufen, ungeachtet der Verfolgung von GewerkschafterInnen und RegimegegnerInnen, die mit der NS-Machtübernahme eingesetzt hatte.

Zerschlagung der Gewerkschaften

Einen Tag später, am 2. Mai 1933, folgte der Schlag gegen die Gewerkschaften, ein Schachzug, der von der NS-Führung genau geplant war: »Den 1. Mai werden wir zu einer grandiosen Demonstration deutschen Volkswillens gestalten. Am 2. Mai werden dann die Gewerkschaftshäuser besetzt«, notierte NS-Propagandaminister Joseph Goebbels am 17. April 1933 in sein Tagebuch. Die Prinzipien von Inklusion – der Integration von »VolksgenossInnen« – und gleichzeitiger Exklusion – der Ausgrenzung von »Feinden der Volksgemeinschaft« –, die sich durch die gesamte Zeit der NS-Herrschaft erkennen lassen, kamen an diesen beiden Maitagen zum Tragen. Mitglieder der »Sturmabteilung« (SA) und der »Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation« (NSBO) stürmten landesweit die Gewerkschaftshäuser, Redaktionen und andere Einrichtungen der »Freien Gewerkschaften«. Führende GewerkschafterInnen wurden in »Schutzhaft« genommen, nicht selten misshandelt. In frühen Konzentrationslagern, so etwa im SA-Gefängnis in der Berliner General-Pape-Straße, befanden sich unter den politischen Häftlingen auch zahlreiche aktive GewerkschafterInnen, die dort gequält und gefoltert wurden.

Der Zerschlagung des ADGB folgte die Auflösung der beiden anderen Richtungsgewerkschaften, der liberalen »Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine« und der christlich geprägten Organisationen, die im »Deutschen Gewerkschaftsbund« vereinigt waren.

Die »Deutsche Arbeitsfront«

Am 10. Mai 1933 rief die NS-Führung die »Deutsche Arbeitsfront« (DAF) ins Leben, die sich durch die Vermögen der aufgelösten und

enteigneten Gewerkschaften sowie über die Mitgliedsbeiträge und Gewinne von Unternehmen finanzierte, an denen die DAF beteiligt war. Die DAF existierte bis Kriegsende und stellte die zentrale nationalsozialistische Massenvereinigung für ArbeiterInnen und Angestellte im NS-Staat dar. Mit zuletzt rund 25 Millionen Mitgliedern war sie die größte NS-Organisation und hatte weitreichenden Einfluss auf das Arbeits- und Privatleben der deutschen Bevölkerung. Angegliedert an die NSDAP und geführt von »Reichsleiter« Robert Ley, war die DAF eine riesige bürokratische Maschinerie und als Großorganisation ein bedeutsamer Machtfaktor im Reich. Sie unterstützte die Propaganda einer geeinten »Volksgemeinschaft«, in der Arbeitskonflikte keinen Platz haben sollten. Freizeitangebote, die mit der Unterorganisation »Kraft durch Freude« (KdF) ihren organisatorischen Ausdruck fanden, sollten dabei befriedend wirken. Die Reisen, Veranstaltungen und Kurse der KdF waren äußerst populär und förderten die Zustimmung der Bevölkerung zum Regime.

Eine gewerkschaftliche Interessenvertretung stellte die DAF bald nicht mehr dar: Tarifverhandlungen und Streitschlichtungen übernahmen ab November 1933 »Treuhänder der Arbeit«, deren Personal sich aus Unternehmerschaft und Verwaltung rekrutierte. Die Tendenz des nationalsozialistischen Staates, Arbeitskonflikte zu unterbinden, zeigte sich auch im Arbeitsrecht, wo die Möglichkeiten von ArbeitnehmerInnen eingeschränkt wurden Konflikte auszutragen, da die DAF beeinflussen konnte, welche Konflikte überhaupt gerichtlich verhandelt wurden.

Die Ambivalenz zwischen Zwang und Druck auf der einen Seite und Versprechen und Vergünstigungen auf der anderen Seite macht ein Kernelement der nationalsozialistischen Gesellschaft aus. Nicht zu vergessen ist, dass es trotz aller Versuche des Regimes, die deutsche Gesellschaft zu vereinheitlichen, im Arbeitsalltag immer wieder zu Konflikten und Arbeitskämpfen kam – allerdings unter repressiven Bedingungen, die eine Organisierung von Beschäftigten jenseits der DAF unmöglich machten. »Wohl selten«, schrieb der Historiker Michael Schneider, »hat ein Regime einen stärkeren Kult der Arbeiter und des arbeitenden Menschen betrieben – und zugleich die Arbeiterschaft dermaßen politisch entmachtet«.

Widerstand und Verfolgung von GewerkschafterInnen

Die Werbung um die Gunst der Beschäftigten, die zugleich von einer faktischen Außerkraftsetzung erkämpfter ArbeiterInnenrechte begleitet wurde, ging mit der Verfolgung aktiver GewerkschafterInnen einher, deren Widerstand nicht selten eine direkte Antwort auf die Zerschlagung der Gewerkschaften darstellte. Lohn- und Arbeitskämpfe waren unter den Bedingungen des nationalsozialistischen Regimes kaum mehr möglich. Zwar trat am Tag nach der Machtergreifung im baden-württembergischen Mössingen ein großer Teil der in der dortigen Textilindustrie tätigen ArbeiterInnen in den Generalstreik und es gab auch nach 1933 noch vereinzelt Streiks.

Am bekanntesten war ein Streik in den Opelwerken in Rüsselsheim am 25. Juni 1936, bei dem sich die Streikenden gegen eine neu eingeführte Akkordnorm wehrten. Das Management, unterstützt von DAF und Gestapo, entließ im Anschluss alle der 262 am Streik beteiligten ArbeiterInnen fristlos. Der gewerkschaftliche Widerstand fand aber vor allem darin seinen Ausdruck, dass ehemalige GewerkschafterInnen ihre Netzwerke aufrecht erhielten, illegale Informationen über die Situation in den Betrieben verbreiteten, den Kontakt zu den ins Exil Geflohenen pflegten und mit Druckschriften und Flugblättern gegen die NS-Propaganda arbeiteten.

Der gewerkschaftliche Widerstand war auch und vor allem ein Widerstand der ArbeiterInnen und häufig kommunistisch oder sozialistisch geprägt, wogegen das Regime mit Terror, Massenverhaftungen und KZ-Inhaftierungen reagierte. Mitte der 1930er Jahre war die Opposition stark geschwächt, ein verdecktes Informationsnetz konnten die Aktiven allerdings aufrecht erhalten. Der Beginn des Zweiten Weltkriegs im September 1939 verschärfte die Bedingungen drastisch. Der Druck auf RegimegegnerInnen stieg, da die NS-Führung den Verfolgungsapparat ausbaute und sich zugleich bemühte, die »Heimatfront« sozial zu befrieden. Erst als 1943 nach der Schlacht um Stalingrad die Kriegswende zugunsten der Alliierten einsetzte, verschlechterte sich die Stimmung im Reich, ohne dass es jedoch zu einem Aufleben des Widerstands gekommen wäre. Die meisten Aktiven waren, wenn sie nicht ermordet worden waren, in Konzentrationslagern inhaftiert oder ins Exil geflohen. Einige GewerkschafterInnen hielten den Kontakt zu den Widerstandsgruppen des 20. Juli 1944, so etwa Wilhelm Leuschner von den »Freien Gewerkschaften«, der zehn Jahre lang im gewerkschaftlichen Widerstand tätig gewesen war. Nach dem gescheiterten Putsch vom 20. Juli wurde Leuschner inhaftiert und am 29. September 1944 hingerichtet. Innerhalb der Widerstandskreise des 20. Juli, die stark von Militär, Adel und Kirche geprägt waren, versuchten die Beteiligten aus den Gewerkschaften, sich für die Interessen der ArbeiterInnenschaft einzusetzen, freilich auch mit dem Ziel, in einem möglichen Nachkriegsdeutschland kommunistische und revolutionäre Bestrebungen zu verhindern.

Während der NS-Zeit wurden tausende Männer und Frauen, die sich dem gewerkschaftlichen Gedanken verbunden fühlten, inhaftiert, gefoltert und nicht selten ermordet. Im Frühjahr 1942 befanden sich 100.000 Menschen wegen illegaler sozialistischer Tätigkeit in Konzentrationslagern, darunter viele GewerkschafterInnen.

Nach dem Krieg

Die während des Nationalsozialismus gemachten Erfahrungen, vor allem des Widerstands und des Exils, flossen in den Neuaufbau der Gewerkschaften nach Kriegsende ein. Als besonders relevant wurde erachtet, die ideologische Spaltung der Richtungsgewerkschaften in der Zeit vor dem Nationalsozialismus zu überwinden und eine Einheitsgewerkschaft aufzubauen. Die These, die weltanschauliche Zersplitterung der Gewerkschaften habe den Aufbau eines parteiübergreifenden Widerstands nach 1933 erschwert, führte zu dem Bestreben, dies in der Zukunft zu verhindern. Ferner spielte die Überlegung eine Rolle, eine einheitliche Gewerkschaft werde zu einer besseren Organisierung von ArbeiterInnen und damit zu größerer Durchsetzungsfähigkeit gegenüber der ArbeitgeberInnenschaft führen. Auch die Alliierten verweigerten sich einer Zulassung von Richtungsgewerkschaften. So entstand eine in Europa fast einmalige Situation, dass 1949 eine große Dachorganisation, der »Deutsche Gewerkschaftsbund«, gegründet wurde, der sich dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft verbunden fühlte. Mitbestimmung war eine zentrale Forderung; weitreichende antikapitalistische Vorstellungen jedoch konnten GewerkschafterInnen angesichts des politischen Klimas im »Kalten Krieg« nicht umsetzen.

»Tag der nationalen Arbeit«

Jahr für Jahr rufen Neonazis am 1. Mai zu Aufmärschen auf. Doch die Mobilisierungsfähigkeit hat in den letzten Jahren abgenommen.

von Sascha Schmidt

Erste Bemühungen der extremen Rechten, am 1. Mai mit eigenen Aufmärsche auf die Straße zu gehen, gab es 1978 und 1979. Den Aufrufen der NPD folgten damals jedoch nur einige Dutzend SympathisantInnen. Erfolgreicher verlief der Aufmarsch der Neonazis 1990. Rund 100 Personen nahmen in Leipzig an einer Veranstaltung der »Mitteldeutschen Nationaldemokraten« unter dem Motto »100 Jahre 1. Mai« teil.
Von 1992 bis 1994 rief die »Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei« (FAP) unter dem Motto »Deutsche Arbeitsplätze für deutsche Arbeitnehmer« zu Aufmärschen nach Berlin auf. Zwischen hundert und zweihundert Personen nahmen an diesen teil, die die FAP in die Tradition der nationalsozialistischen Aufmärsche zum »Tag der nationalen Arbeit« stellte. Nach dem Verbot der FAP 1995 übernahmen zunächst die »Jungen Nationaldemokraten« (JN) die Mobilisierung. Ihrem Aufruf »Gegen System und Kapital – unser Kampf ist national – Sozialabbau stoppen – Massenarbeitslosigkeit bekämpfen« folgten 1996 rund 300 Personen nach Berlin-Marzahn. Nach der Wahl von Udo Voigt zum NPD-Bundesvorsitzenden im März 1996 setzte eine Neuausrichtung der Partei ein. Mit ihrem »Kampf um die Straße« und einer stärkeren Akzentuierung der sozialen Frage erhielt der 1. Mai für die Neonazipartei einen höheren Stellenwert. Der Versuch der NPD 1997 15.000 Menschen am Leipziger Völkerschlachtdenkmal zu einem »bundesweiten Deutschlandtreffen am 1. Mai« zu versammeln, scheiterte aber an einem Verbot. Begleitet von massiven antifaschistischen Protesten feierte die Szene jedoch im folgenden Jahr ihren ersten großen Erfolg: Rund 4.000 Neonazis folgten 1998 dem gemeinsamen Aufruf von NPD und »Freien Kameradschaften« (FK) nach Leipzig.

Der 1. Mai etabliert sich

Zwar scheiterten die NPD und »Kameradschaften« auch 1999 mit dem Vorhaben einer bundesweiten Veranstaltung in Bremen an einem Verbot. Dennoch entwickelte sich der Tag in den kommenden Jahren zu einem der wichtigsten Aufmarsch-Termine der neonazistischen Szene. Zwischen den Jahren 2000 und 2003 nahmen rund 2.700 bis 3.000 Menschen an dezentralen Veranstaltungen teil. Aufgrund des Scheiterns von 1997 und 1999 sowie Differenzen zwischen NPD und »Kameradschaften« mobilisierte die extreme Rechte jedoch zumeist nicht an einen zentralen gemeinsamen Ort. Zwar kam es in diesen Jahren auch zu gemeinsamen Veranstaltungen mit Teilnehmendenzahlen von bis zu 1.300 Personen, doch der Kampf um die Vorherrschaft im »nationalen Lager«, persönliche Eitelkeiten und das Verhältnis zur Gewalt am Rande von Aufmärschen verhinderten vielfach eine Zusammenarbeit.
2003 traten im Rahmen der 1. Mai-Aufmärsche in Berlin erstmals »Autonome Nationalisten« (AN) mit einem »nationalen schwarzen Block« in Erscheinung. Mit ihrem militanten Auftreten, ihrer völkisch-antikapitalistischen Rhetorik und der Forderung nach einem »Nationalen Sozialismus« prägten sie in den kommenden Jahren zahlreiche Auftritte der Szene.
2004 begann die Hochphase der Mobilisierungserfolge zum 1. Mai. Nachdem NPD und »Kameradschaften« im Frühjahr 2004 schon erfolgreich zu Protesten gegen die Hartz-Gesetze mobilisiert hatten, beteiligten sich an dezentralen Veranstaltungen rund 3.500 Neonazis. Bis 2010 gelang es NPD und FK, jährlich bis zu 4.200 Teilnehmende (im Schnitt 3.600) auf die Straße zu bringen.
Nach dem Jahr 2011 konnten die FK und die neu entstandenen Kleinstparteien »Die Rechte« und »Der III. Weg« gegenüber der NPD an Einfluss gewinnen. Unter der damit verbundenen Zersplitterung der extremen Rechten litt auch die Mobilisierung zum »Tag der nationalen Arbeit«. Konnten in den Jahren 2011 und 2012 noch mehr als 2.000 Teilnehmende bundesweit mobilisiert werden, fiel die Zahl seit 2013 unter 2.000.

»Sozial geht nur national«

Die am häufigsten formulierte Forderung der Neonazi-Szene am »Tag der nationalen Arbeit« in den vergangenen 25 Jahren war die nach »Arbeitsplätzen zuerst für Deutsche«. Die Schuld am Abbau von Arbeitsplätzen wurde dabei stets MigrantInnen (»Fremdarbeiter«), dem internationalen Kapital oder der Globalisierung zugesprochen. »Kampf der Globalisierung heißt Kampf der deutschen (!) Arbeitslosigkeit«, stand beispielsweise im Aufruf zu einem Aufmarsch der »Kameradschaften« 2001 in Frankfurt/Main. Ein Blick in die Reden und Aufrufe zum 1. Mai verdeutlicht, dass Rassismus, völkischer Nationalismus und Antisemitismus ideologischer Kern der Globalisierungs- und Kapitalismuskritik der extrem Rechten sind. So hieß es im Aufruf der FK 2001 in Frankfurt/Main weiter: »Die herrschenden internationalen Finanzkartelle in den Metropolen der kapitalistischen Welt besitzen keinerlei Bindung zu Volk und Heimat. Profit ist ihr einziges Streben.« Demzufolge visiere »der Kapitalist, und mit ihm der Liberalismus« die »Atomisierung jeder nicht-materiellen Bindung an«. Das Ziel der »One World-Internationalisten« sei die »Zerstörung der Völker Europas und ihrer Kulturen«. Der NPD-Anwalt Horst Mahler bezeichnete 2002 in Göttingen die Bundesrepublik als »Vasallenstaat« der »amerikanischen Ostküste«. 2007 marschierten schließlich Mitglieder der NPD und »Kameradschaften« in Dortmund unter dem Motto: »Gemeinsam gegen Kapitalismus – Heraus zum 1. Mai«. Auf einem Transparent der AN war zu lesen: »Ob Dortmund, Erfurt oder Buxtehude – Der Feind ist & bleibt der Kapitalismus«. Es ist mehr als offensichtlich, dass hier statt »Kapitalismus« eigentlich ein anderes Wort gemeint war: »Jude«. Offener Antisemitismus äußerte sich auch wiederholt in Form von Hetze gegen den »Zentralrat der Juden in Deutschland«. Beispiels-



1. Mai 2006: Zum Wahlkampfauftakt der Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern marschierten 2.000 Neonazis unter der Führung der NPD durch Rostock.

weise bezeichnete NPD-Chef Udo Voigt diesen bei einer Rede am 1. Mai 2008 in Nürnberg als »eine Ansammlung von Verbrechern« und rief: »Deutsche wacht auf. Schickt die Politiker dorthin, wo sie hingehören: in die Arbeitslager!«

Antikapitalistisch? Nationalsozialistisch!

Mottos, wie »Volksgemeinschaft statt Globalisierungswahn!« und die nur aus strafrechtlichen Gründen verklausulierte Forderung eines »Nationalen Sozialismus«, machen unmissverständlich deutlich, welche gesellschaftlichen Modelle die Neonazis favorisieren. Immer wieder bekannten sich Redner zu ihren historischen Vorbildern und deren vermeintlichen Errungenschaften. Der Klassiker: Die Behauptung, Adolf Hitler habe den 1. Mai als erster zum »arbeitsfreien Tag« erklärt. Ebenfalls klassisch werden Lobreden auf »sozialpolitische Maßnahmen« der Nationalsozialisten gehalten. So behauptete der Holocaust-Leugner Jürgen Rieger in einer Rede 2003 in Berlin, dass »es in den dreißiger Jahren gelang, in nicht einmal vier Jahren sechs Millionen Arbeitslose zu Lohn und Brot zu bringen«. Dass der »deutsche Arbeiter« unter der Führung der NPD ebenso »frei« wäre, wie unter dem 1935 eingeführten »Reichsarbeitsdienst«, behauptete der damalige NPD-Spitzenfunktionär Holger Apfel in seiner Rede im Jahr 2010 klar: »In einem nationalen Volksstaat«, so Apfel, werde es »für Deutsche« ein Recht, aber auch eine »Pflicht zur Arbeit geben!«. Apfel veranschaulichte, dass in der Ideologie der Volksgemeinschaft gesellschaftliche, ökonomische Interessengegensätze – und somit auch Arbeitskämpfe – keinen Platz haben dürften. Der »ewige Krieg« zwischen »Arbeitern« und Unternehmen müsse beendet werden. Die auf rechten 1.-Mai-Aufmärschen verbreitete Losung »Volksgemeinschaft statt Klassenkampf« zierte auch bei dieser Veranstaltung ein Transparent.

Insbesondere »Freie Kameradschaften« verwenden an diesem Tag das Logo der »Deutschen Arbeitsfront« (DAF), die ab 1933 als Einheitsverband von ArbeitnehmerInnen und Arbeitgebern fungierte. Die ihrem Selbstverständnis nach antikapitalistischen »Autonomen Nationalisten« beziehen sich mit der Verwendung von »Hammer und Schwert« auf den »nationalrevolutionären« Flügel der NSDAP, die »Schwarze Front« um Otto Strasser. Seit einigen Jahren lässt sich ein Bezug auf die Arbeiter-Ästhetik des NS in Form eines muskulösen »deutschen Arbeiters« feststellen. Einig sind sich die unterschiedlichen Neonazi-Strömungen in einem: In ihrer konsequenten Ablehnung der Gewerkschaften, die sich regelmäßig in verbalen und tätlichen Angriffen auf Kundgebungen der DGB-Gewerkschaften an diesem Tag widerspiegelt. Diese Angriffe und die ihnen zugrunde liegende Ideologie machen deutlich, dass auch heute Neonazis mit der ursprünglichen Idee des 1. Mai und den Interessen der ArbeiterInnenbewegung ebenso wenig gemein haben wie ihre historischen Vorbilder.

Schwindende Anziehungskraft

Als bundesweiter Aktionstag hat der 1. Mai mit weniger als 2.000 Teilnehmenden in den vergangenen Jahren deutlich an Anziehungskraft für die Szene verloren – nicht zuletzt auch aufgrund der mangelnden Bereitschaft zur Zusammenarbeit von NPD, »III. Weg« und »Die Rechte«. Während die NPD mittlerweile Aufmärsche mit nur noch 400 Teilnehmenden schon als Erfolg feiert, erhielt die Konkurrenz zuletzt größeren Zuspruch. Mit 400 bis zu 700 Teilnehmenden blieben jedoch auch ihre Aufmärsche hinter den Zahlen vor 2011 zurück. Allerdings waren die Aufmärsche der Splitterparteien »Der III. Weg« und »Die Rechte« Anlaufpunkte militanter Neonazis, insbesondere aus dem Spektrum der AN. Gerade von diesen gingen in Saalfeld (2015), Plauen (2016) und Gera (2017) zahlreiche Angriffe gegen AntifaschistInnen, JournalistInnen und Beamte aus. Seit 2017 muss sich die extreme Rechte zudem mit einer neuen Konkurrenz auseinandersetzen: Rund 1.200 Menschen folgten am 1. Mai dem Aufruf der AfD Thüringen zu einer Kundgebung nach Erfurt. Das Motto »Sozial ohne rot zu werden!«

Faschistisches Gedenken

Rom / Italien. Am 7. Januar 2018 beteiligten sich 5.000 Mitglieder und AnhängerInnen der faschistischen Partei »CasaPound Italia« an einem Gedenkmarsch in Rom von der Piazza San Giovanni zur Via Acca Larentia. Anlass war der vierzigste Jahrestag des Überfalls auf fünf Jugendliche der »Fronte della Gioventù«, der Jugendorganisation der faschistischen »Movimento Sociale Italiano« (MSI), bei dem zwei Jugendliche erschossen wurden. Bei den anschließenden Auseinandersetzungen wurde ein Faschist von der Polizei angeschossen und erlag später seinen Verletzungen.

Angriffe bei nationalistischen Kundgebungen

Thessaloniki / Griechenland. Am 21. Januar 2018 haben griechische NeofaschistInnen das Hausprojekt »Libertatia Squat« in Brand gesetzt. Es brannte vollständig aus. Ein weiteres Haus wurde mit Steinen angegriffen. Die Attacken stehen in Zusammenhang mit den Protesten gegen die Verwendung des Namens »Mazedonien« für den seit 1991 »Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien« genannten Nachbarstaat. 1992 waren zuletzt NationalistInnen für dieses Anliegen auf die Straße gegangen. Sie entstammen verschiedenen rechten Parteien und Gruppierungen, beispielsweise »Chrysi Avgi« (»Goldene Morgenröte«) sowie christlichen und konservativen Kreisen. In Thessaloniki hatten sich etwa 50.000 Personen an verschiedenen zentralen Plätzen gesammelt. Mitglieder von »Chrysi Avgi« bildeten während des Aufmarsches einen eigenen Block. Schon Tage zuvor hatten sie Flashmobs durchgeführt und auf der Titelseite ihrer Partei-Zeitung für den Tag geworben. Nach dem Aufmarsch formierten sich sowohl Mitglieder der »Chrysi Avgi« sowie AnhängerInnen des Fanclubs »Makedones« des Fußballvereins PAOK. Am 28. Januar versammelten sich erneut NationalistInnen zu einer Massenkundgebung in Athen. Nach Informationen von BeobachterInnen versuchten auch hier bewaffnete Gruppen von NeofaschistInnen, den linken Stadtteil Exarchia anzugreifen und ein selbstverwaltetes Haus anzuzünden, scheiterten jedoch an antifaschistischer Gegenwehr.

Dugin und der »Akademikerball«

Wien / Österreich. Am 25. Januar 2018, dem Vorabend des »Akademikerballs«, hat der russische Neofaschist Aleksandr Dugin einen Vortrag in Wien gehalten. Veranstaltet wurde die Diskussion vom »Suworow-Institut« und dem Newsblog »bachheimer.com« von Thomas Bachheimer in den Räumlichkeiten des mazedonischen Kulturinstituts. Dort fanden sich laut Angaben der Veranstalter etwa 150 Gäste ein. Thema des Abends war »Die Zukunft Europas«. Für das »Suworow-Institut« waren der Vorsitzende Patrick Poppel und der Mitbegründer der »Identitären Bewegung Österreichs«, Alexander Markovics, anwesend. Einen Tag später hatte Bachheimer zu einer weiteren Veranstaltung mit Dugin unter dem Titel »Dugins Liberalismuskritik« geladen. Dugin gilt in der »Neuen Rechten« mit seinen Theorien zur sogenannten »Eurasien«-Bewegung, die eine »Multipolare Welt« fordert und sich gegen den »dekadenten Westen« richtet, als »Vordenker« oder »Philosoph«. Bereits 2009 hatte Dugin den Wiener »Akademikerball« als Ehrengast besucht. Der Ball wird jährlich von der Landesorganisation Wien der »Freiheitlichen Partei Österreichs« veranstaltet und ist Treffpunkt für Deutschnationale, extrem rechte und NS-affine deutsche und österreichische Burschenschaften. Als »Stargäste« nahmen unter anderem der amtierende Vizekanzler Heinz-Christian Strache (FPÖ, »Burschenschaft Vandalia«) und die neue dritte Präsidentin des Parlaments, Anneliese Kitzmüller (FPÖ, »Mädelschaft Iduna zu Linz«) teil.

Rassistisches Attentat

Macerata / Italien. Am 3. Februar 2018 hat der italienische Neonazi Luca Traini an mehreren Orten aus seinem Auto heraus mit einer Neun-Millimeter-Pistole Schüsse auf MigrantInnen abgegeben. Acht Menschen wurden bei dem rassistischen Anschlag schwer verletzt. Der Täter versuchte auch, auf das lokale Parteibüro der sozialdemokratischen »Partito Democratico« zu schießen. Nach etwa zwei Stunden wurde der Mann von der Polizei gefasst. Er hatte eine Flagge mit den italienischen Nationalfarben bei sich, soll bei seiner Festnahme den faschistischen Gruß gezeigt und »Viva l'Italia!« gerufen haben. Derzeit sitzt er wegen mehrfachen versuchten Mordes in Untersuchungshaft. Bei der Durchsuchung seiner Wohnung wurde ein italienisches Exemplar von Hitlers »Mein Kampf« gefunden, außerdem soll er eine für Mitglieder der neofaschistischen Organisation »Terza Posizione« (»Dritte Position«) typische Tätowierung tragen und im vergangenen Jahr für die rassistische »Lega« von Mateo Salvini kandidiert haben.

»Altermedia«-BetreiberInnen verurteilt

Stuttgart. Am 8. Februar hat das Oberlandesgericht Stuttgart den früheren Administrator und die ModeratorInnen von Foren der Neonazi-Plattform »Altermedia«, knapp zwei Jahre nach der Abschaltung der extrem rechten Seite, verurteilt. Der Hauptverantwortliche, ein 29-jähriger Informatiker aus dem Schwarzwald, erhielt wegen Volksverhetzung und Rädelsführerschaft in einer kriminellen Vereinigung eine Haftstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten. Drei weitere Personen, drei Frauen aus Nordrhein-Westfalen, Berlin und Bayern, wurden zu Bewährungsstrafen zwischen acht Monaten und zwei Jahren verurteilt. Frühere Betreiber der Plattform waren bereits 2011 in Rostock verurteilt worden. »Altermedia« galt bis zu seiner Abschaltung im Januar 2016 als größtes und einflussreichstes Portal in der extrem rechten Szene. In mehr als 200.000 Beiträgen wurde »massenhaft nationalsozialistisches Gedankengut verbreitet«, begründete das Gericht. Ob die Verurteilten gegen das Urteil vor dem Bundesgerichtshof in Revision gehen werden, ist noch nicht bekannt.

Erneut »Gedenkmarsch« in Dresden

Dresden. Am 10. Februar 2018 sind in Dresden etwa 500 Neonazis zum 73. Jahrestag der Bombardierung der Stadt aufmarschiert. Anmelder des extrem rechten »Gedenkmarsches« war der Dresdener NPD-Politiker Maik Müller. Mitglieder der NPD-Führung wie Udo Voigt, Thorsten Heise und Sebastian Schmidtke nahmen teil und hielten Redebeiträge. Auch zahlreiche VertreterInnen der NPD-Jugendorganisation »Junge Nationaldemokraten«, der Partei »Die Rechte« sowie »Freier Kameradschaften« reisten an. Gleichzeitig hielt die »Junge Alternative« zusammen mit PEGIDA eine Kundgebung unter dem Motto »Offene Grenzen sind tödlich« ab, zu der sich etwa 250 TeilnehmerInnen einfanden. An antifaschistischen Gegenprotesten nahmen gleichzeitig rund 500 Personen teil.

Jährliches Gedenken zum »Tag der Ehre«

Budapest / Ungarn. Am 10. Februar 2018 haben ungarische, polnische und deutsche Neonazis erneut eine Gedenkveranstaltung mit 500 TeilnehmerInnen unter dem Motto »Tag der Ehre« auf dem Kapisztrán-Platz in der Budaer Burg abgehalten. Ein Marsch mit Kundgebung inklusive Kranzniederlegung und Gesängen sowie eine Feier am Vortag sollten an die Schlacht von Budapest von 1945 erinnern. Die deutsche Wehrmacht und die Waffen-SS wollten einen Belagerungsring der Roten Armee um die Burg durchbrechen, was durch die Neonazis heroisiert wird. Präsident Viktor Orban hatte 2017 erklärt, den »Tag der Ehre« verhindern zu wollen, ein Gericht hatte jedoch ein Demonstrationsverbot aufgehoben. Trotz einer »Kleiderordnung« der Veranstaltungsleiter trugen mehrere TeilnehmerInnen Hakenkreuz-Symbole, Runen und Zeichen verbotener Organisationen. Aus Deutschland trat Sascha Krolzig von der Partei »Die Rechte« aus Dortmund als Redner auf. Das Programm schloss ein Rechts-Rock-Konzert ein, bei dem ungarische, spanische und ukrainische Neonazibands angekündigt waren. Bereits in den vergangenen Jahren reisten zahlreiche deutsche Neonazis, unter anderem Delegierte der Parteien NPD und »Der III. Weg« und Mitglieder des Netzwerkes »Blood&Honour«, an.

Endgültige Haftstrafe für Haverbeck

Verden, Celle. Am 13. Februar 2018 wies das Oberlandesgericht Celle die Revision gegen ein Urteil des Landgerichts Verden zurück, das im vergangenen Jahr gegen die Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck verhängt worden war. Sie muss eine zweijährige Haftstrafe antreten. Es ist das erste rechtskräftige Urteil gegen Haverbeck, die seit 2015 in mehreren Verfahren wegen Volksverhetzung angeklagt worden war und jeweils Revision eingelegt hatte. Die zuständige Staatsanwaltschaft in Verden muss nun über die Haftfähigkeit entscheiden. UnterstützerInnen Haverbecks prangerten die »Gesinnungsjustiz« des Gerichts an und hatten der 89-Jährigen zur Flucht ins Ausland geraten.

»Verteidiger Europas«

Aistersheim-Graz / Österreich. Am 3. März 2018 hat der »Kongress der Verteidiger Europas« zum zweiten Mal nach 2016 stattgefunden. Die Veranstaltung beerbt den mittlerweile eingestellten »Zwischentag« und ist ein Forum für Vorträge, Austausch und Vernetzung der extrem rechten Szene mit Parteien wie »Alternative für Deutschland« (AfD) und »Freiheitliche Partei Österreichs« (FPÖ). In Aitersheim sprachen unter anderem Mario Eustacchio (Vizebürgermeister von Graz, FPÖ), André Poggenburg (AfD Sachsen-Anhalt), Philip Stein (»Ein Prozent«, »Jungeuropa Verlag«) und Felix Menzel (»Blaue Narzisse). Anwesend waren auch Martin Sellner (»Identitäre Bewegung«) und Lutz Bachmann (PEGIDA). Gegen den Kongress protestierten 400 AntifaschistInnen.

Wahlen in Italien

Rom / Italien. Am 4. März 2018 wurden in Italien die Wahl zum Senat und Abgeordnetenhaus abgehalten. Mit 32 Prozent hat die populistische Anti-Partei »MoVimento 5 Stelle« (»Fünf-Sterne-Bewegung«, M5S) die Wahl gewonnen. Auf den zweiten Platz mit fast 19 Prozent kam die sozialdemokratische »Partito Democratico« (»Demokratische Partei«, PD). Dicht gefolgt von der nationalistischen »Lega« mit 17,7 Prozent. Auf den vierten Platz mit 14 Prozent wurde die Partei Silvio Berlusconis »Forza Italia« gewählt. Die nationalistischen »Fratelli d'Italia« (»Brüder Italiens«) kamen auf 4,35 Prozent. Der Rechtsblock kommt somit zwar auf insgesamt 36 Prozent, braucht für die Mehrheit aber einen Koalitionspartner. Die Koalitionsverhandlungen werden als schwierig eingeschätzt. Die faschistische »CasaPound Italia« war ebenfalls bei den Wahlen angetreten und bekam 0,95 Prozent der Stimmen.

Urteil gegen »Gruppe Freital«

Dresden. Am 7. März 2018 wurden vor dem Oberlandesgericht in Dresden die Urteile gegen die Angeklagten im Prozess »Gruppe Freital« gesprochen. Die acht Angeklagten – sieben Männer und eine Frau – wurden unter anderem wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung, des Herbeiführens von Sprengstoffexplosionen und versuchten Mordes beziehungsweise Beihilfe dazu schuldig gesprochen. Die Anschläge wurden auf Flüchtlingsunterkünfte und politische GegnerInnen in Freital und Dresden verübt. Timo S. und Patrick F. bekamen wegen Rädelsführerschaft mit zehn beziehungsweise neuneinhalb Jahren die höchsten Strafen. Die übrigen Angeklagten wurden zu Haftstrafen zwischen vier und acht Jahren verurteilt. Die Urteile sind noch nicht rechtskräftig, mehrere VerteidigerInnen kündigten an, in Revision zu gehen.

#Naziterror

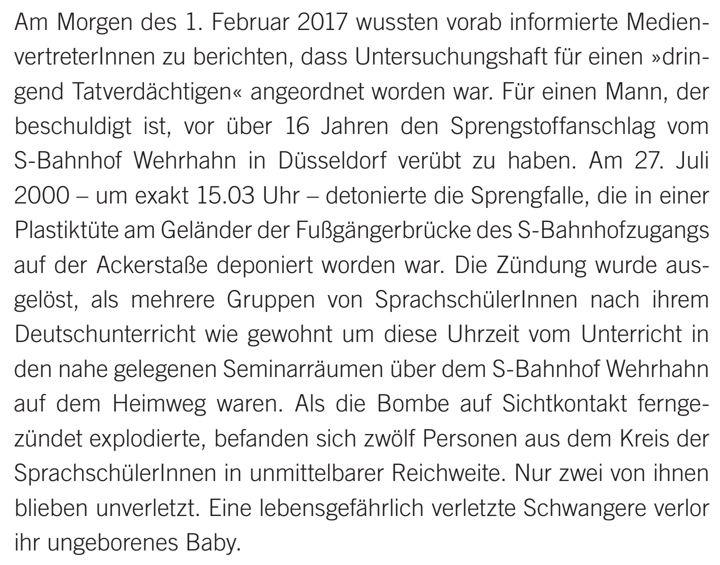
Der Düsseldorfer Wehrhahn-Prozess

Am 25. Januar 2018 hat in Düsseldorf der Wehrhahn-Prozess begonnen. Dem Angeklagten Ralf Spies wird vorgeworfen, am 27. Juli 2000 versucht zu haben, durch eine Sprengstoffexplosion zwölf Menschen zu ermorden. Die Anklage geht von einem »fremdenfeindlichen« Motiv aus. Beobachtungen zu den ersten sieben Prozesstagen.

von Fanny Schneider



Ralf Spies zeigte sich gern selbst mit Waffen bei Facebook



Am Morgen des 1. Februar 2017 wussten vorab informierte MedienvertreterInnen zu berichten, dass Untersuchungshaft für einen »dringend Tatverdächtigen« angeordnet worden war. Für einen Mann, der beschuldigt ist, vor über 16 Jahren den Sprengstoffanschlag vom S-Bahnhof Wehrhahn in Düsseldorf verübt zu haben. Am 27. Juli 2000 – um exakt 15.03 Uhr – detonierte die Sprengfalle, die in einer Plastiktüte am Geländer der Fußgängerbrücke des S-Bahnhofzugangs auf der Ackerstaße deponiert worden war. Die Zündung wurde ausgelöst, als mehrere Gruppen von SprachschülerInnen nach ihrem Deutschunterricht wie gewohnt um diese Uhrzeit vom Unterricht in den nahe gelegenen Seminarräumen über dem S-Bahnhof Wehrhahn auf dem Heimweg waren. Als die Bombe auf Sichtkontakt ferngezündet explodierte, befanden sich zwölf Personen aus dem Kreis der SprachschülerInnen in unmittelbarer Reichweite. Nur zwei von ihnen blieben unverletzt. Eine lebensgefährlich verletzte Schwangere verlor ihr ungeborenes Baby.

Den ab dem 31. Januar 2017 inhaftierten Ralf Spies kannten AntifaschistInnen schon damals – 1999/2000. Er bewegte sich am Rande der lokalen Neonazi-Szene und betrieb in der Nähe des S-Bahnhofs einen Militaria-Laden. Seine im Stadtteil durchaus bekannte rechte und vor allem rassistische Gesinnung, seine Kontakte in die Neonazi-Szene sowie seine Vorliebe für alles Militärische und für »law and order« – insbesondere in »seinem Revier« – ließen ihn Ende Juli 2000 schnell ins Visier der ErmittlerInnen geraten. Nachweisen konnten Polizei und Staatsanwaltschaft ihm damals nach eigenem Bekunden aber nichts. Hielten sie den Beschuldigten doch schlichtweg nicht für fähig, einen solchen Anschlag zu begehen – noch dazu unmittelbar vor seiner eigenen Haustür. Nur vier Fußminuten lagen Tatort und Wohnung voneinander entfernt. Die Ermittlungen gegen ihn wurden eingestellt, ebenso wie letztendlich die Ermittlungen in alle anderen Richtungen.

Späte »Ermittlungserfolge«

Am 1. Februar 2017 informierten die Düsseldorfer Ermittlungs- und Strafverfolgungsbehörden auf einer Pressekonferenz die Öffentlichkeit, dass sie sich heute aber sicher seien, mit Ralf Spies nun den »Richtigen« ermittelt zu haben. Er sei als Einzeltäter vorgegangen, unter Umständen habe es aber »Mitwisser« gegeben. Details nannten sie aufgrund der andauernden Ermittlungen zu diesem Zeitpunkt jedoch noch nicht.

Zur Wiederaufnahme der Ermittlungen sei es 2014 gekommen, weil der Tatverdächtige sich seinerzeit gegenüber einem Zeugen als Täter bekannt habe. Spies habe sich in der Justizvollzugsanstalt Castrop-Rauxel, wo er eine Ersatzfreiheitsstrafe verbüßte, einem anderen Inhaftierten gegenüber damit gebrüstet, den Wehrhahn-Anschlag begangen zu haben. Daraufhin habe die neu gegründete »Ermittlungskommission Furche« die Arbeit ihrer Vorgängerin, der tatnah eingerichteten »EK Acker«, wieder aufgenommen. Der neue Ermittlungsleiter berichtete 2017 in der Pressekonferenz, dass seit Wiederaufnahme der Ermittlungen etliche ZeugInnen erneut, andere zum ersten Mal, befragt worden seien. Alle Spurenhinweise und Ermittlungsansätze, die die »EK Acker« seit dem Anschlag gesammelt und verfolgt hatte, hätte sich die »EK Furche« noch einmal vorgenommen. Erneut habe man außerdem den Tatverdächtigen mit einer Telekommunikationsüberwachung belegt. Schließlich habe das LKA eine »Operative Fallanalyse« erstellt, die den Beschuldigten sehr genau beschrieben habe – ohne dass die Profiler Kenntnis vom Tatverdacht gegen Ralf Spies gehabt hätten. So wisse man 2017 nun anklagesicher, dass er aus »fremdenfeindlichen« Motiven gehandelt habe. Die SprachschülerInnen habe er als Opfer ausgewählt, da sie für ihn einem Personenkreis angehörten, dem er mit »Fremdenfeindlichkeit«, Hass und Sozialneid begegnet sei. Die Betroffenen waren aus den ehemaligen GUS-Staaten nach Deutschland migriert. Sechs der zehn Menschen, die am 27. Juli 2000 verletzt wurden, waren jüdisch. Dass dies dem Tatverdächtigen bekannt war, sei allerdings unwahrscheinlich. Es lägen dazu keine Erkenntnisse vor.

»Zehn auf einen Streich«

25. Januar 2018, ein weiteres Jahr später: Oberstaatsanwalt Ralf Herrenbrück brauchte am ersten Tag der Hauptverhandlung im Prozess gegen Ralf Spies vor der 1. Großen Strafkammer des Landgerichts Düsseldorf nur wenige Minuten zur Verlesung einer Kurzfassung der Anklageschrift. Dem Angeklagten werde die Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion sowie Mordversuch in zwölf Fällen vorgeworfen. Nur aufgrund einer dem Täter nicht bekannten Verunreinigung des TNT-Sprengstoffes der manuell gefertigten Rohrbombe sei die Sprengwirkung reduziert gewesen, so dass es keine Todesopfer gegeben habe. Die Opfergruppe habe Spies zuvor ausgekundschaftet. Mit dem Anschlag habe er »Ausländer« aus seinem »Revier vertreiben« wollen.

Zu Beginn der Beweisaufnahme widmete sich das Gericht unter dem Vorsitz von Rainer Drees den Mitschnitten der Telefonüberwachung, die als Tondokumente vorgespielt wurden. Mehr als deutlich wurde hier die antisemitische und rassistische Haltung des Angeklagten. Mit dem Düsseldorfer Neonazi-Kader Sven Skoda etwa sprach Spies in einem Telefonat wenige Tage nach dem Anschlag über ein T-Shirt, das man nun produzieren könne: »Zehn auf einen Streich, davon sechs Juden« schlug ein hörbar amüsierter Skoda als Aufdruck vor. Spies erwiderte diesen Vorschlag mit dem Wunsch, dem Zentralrat der Juden das Ticket für eine Bahnfahrt zu schenken, an deren Ende »Männer links und Frauen rechts« auszusteigen hätten. Hierbei imitierte er den Sprachduktus Adolf Hitlers. Vor Gericht versuchte er, seine damaligen Äußerungen herunterzuspielen, wertete sie als peinliche Blödelei. Er klinge wie die reaktionäre TV-Figur »Alfred Tetzlaff«, das sei nicht sonderlich qualifiziert, er habe eben keinen Doktortitel.

Ralf Spies und Sven Skoda

Auch Sven Skoda, der am siebten Prozesstag als Zeuge aus dem Nah- und Kontaktumfeld des Angeklagten geladen war, bemühte genau jene Figur zur Beschreibung des Angeklagten: Ralf Spies sei wie »Alfred Tetzlaff«, seine Haltungen äußere er durch »Gemecker auf Stammtischniveau«. Befragt nach der Rolle, die Spies in der Düsseldorfer extremen Rechten um das Jahr 2000 gespielt habe, war Sven Skodas Einschätzung wiederum merkwürdig kongruent zur Selbsteinschätzung des Angeklagten, wie dieser sie am ersten Prozesstag hatte verlauten lassen: Zu laut, zu bizarr, zu großspurig und zu impulsiv sei er aufgetreten. Aber er habe ihm grundsätzlich vertraut. Tatsächlich anvertraut habe er ihm jedoch wenig, ihn auch nicht in Aktionen oder konkrete Planungen der Neonazi-Szene einbezogen. Ralf Spies sei »unkontrollierbar«. Darüber hinaus habe der Angeklagte als ehemaliger Bundeswehrsoldat einen positiven Bezug zum Staat gezeigt, er – Skoda – lehne die BRD hingegen ab. »Schnittmengen« ihrer jeweiligen politischen Haltungen habe es also nicht gegeben. Ob Skoda dem Angeklagten die Tat zutrauen würde? Nein, da sei er sich sicher. Ebenso genau wisse er, dass er von Spies nie darum gebeten worden sei, ihm für die Tatzeit ein Alibi zu geben.

Devotionalienhändler und Soldat

Seit dem ersten Verhandlungstag bestreitet der Angeklagte jegliche Tatplanung und -ausführung. Zu Tatvorwurf und Tatkenntnis antwortete Ralf Spies dem Vorsitzenden Richter auffallend knapp. Doch zugleich wollte er sich zu Prozessbeginn umfangreich einlassen; er schilderte seine Tätigkeit als »Detektiv« und Sicherheits-Spezialist und seine Ambitionen, in Film und Fernsehen in diesen Rollen bekannt zu werden. Auf Vorhalt des Gerichts bezog der Angeklagte Stellung zu Gegenständen, die aus Durchsuchungen in seinen Räumlichkeiten stammten: In seinem Ladengeschäft, in dem er Outdoor-Kleidung, Militaria- und Survival-Ausrüstungsgegenstände zum Verkauf angeboten habe, hatten die Ermittler im Jahr 2000 unter anderem »Ku-Klux-Klan«-Aufnäher, Hakenkreuz-Armbinden und RechtsRock-CDs beschlagnahmt. Die Aufnäher seien, so Spies, Teil eines Konvoluts modischer Accessoires unterschiedlichster Stilrichtungen. Die Armbinden habe er in seinem Fundus gehabt, um Aufträge zur Ausstattung von Film- und Fernsehformaten oder Theaterproduktionen bedienen zu können. Aufträge, die es freilich nie gab, wie er auf Nachfrage der Nebenklagevertretung später einräumte. Wie und zu welchem Zweck die indizierten CDs in seinen Laden gekommen seien, habe er vergessen. Vermutlich habe irgendwer sie »auf Kommission« bei ihm abgestellt. Überhaupt sei es diversen Menschen möglich gewesen, mit einem an einem Kiosk hinterlegten Schlüssel auch während seiner Abwesenheit in seinem Laden ein- und auszugehen. Und mit einem im Laden deponierten Ersatzschlüssel auch in seiner Privatwohnung.

In eben jener Wohnung fanden die Ermittler 2000 eine Betriebsanleitung für einen nicht frei käuflichen elektronischen Sprengzünder der Firma »Dynamit Nobel«. Nach Aussage eines Sprengmittelexperten des LKA könnte ein solcher Zünder auch bei der Wehrhahn-Bombe zum Einsatz gekommen sein. Unklar scheint zum gegenwärtigen Stand der Gerichtsverhandlung, wie die Bewertung der Kenntnisse und Fähigkeiten von Ralf Spies, mit Sprengmitteln umzugehen, eine Sprengfalle zu bauen und die hierfür notwendigen Bestandteile zu besorgen, ausfallen wird. Deutlich wurde bereits am sechsten Prozesstag, dass die »EK Acker« der Aussage eines mittelbar Vorgesetzten von Spies in dessen Zeit als Bundeswehrsoldat keinen Glauben geschenkt hatte. Dieser hatte bereits 2000 ausgesagt, dass Spies sehr wohl Kenntnisse über Sprengfallen habe. Ein ranghöherer Kompanieführer hingehen hatte angegeben, dass Spies bei der Bundeswehr keine entsprechende Ausbildung und auch keinen Zugang zu Sprengstoff gehabt habe.

Ausblick

Für den Prozess, der aktuell bis zum 17. Juli 2018 auf 41 Verhandlungstage angesetzt ist, sind Fragen dazu, ob Ralf Spies die Kenntnisse, Möglichkeiten und Fähigkeiten hatte, die Bombe zu bauen, zu deponieren und zu zünden, zentral für die Urteilsfindung. Ebenso gewichtig werden die anstehenden Aussagen derjenigen sein, denen gegenüber der Angeklagte die Tat angekündigt oder im Nachhinein eingestanden haben soll. Die ZeugInnen, die bereits im Jahr 2000 wussten oder meinten zu wissen, wer der Täter war, sollen damals aus Angst vor ihm geschwiegen haben. Sollten sie im Strafprozess den Angeklagten überzeugend belasten, kann seine Verurteilung – 18 Jahre nach der Tat – als wahrscheinlich angenommen werden. Der Anschlag wäre als rassistische und antisemitische Gewaltstraftat von massivster Brutalität einzuordnen, ausgeübt von einem bestens in der Neonazi-Szene vernetzten Täter. Den versuchten Mord an zwölf Menschen hingegen als Tat eines absonderlichen Einzeltäters kleinzureden, wäre fatal.

#Naziterror

Urteil im Mord an Blanka Zmigrod – Der »Lasermann«-Prozess in Frankfurt

von Cihan Balikci & Paul Werfel

Im Dezember 2017 begann in Frankfurt am Main der Prozess gegen John Ausonius, den sogenannten »Lasermann«. Er schoss Anfang der 1990er Jahre aus rassistischen Motiven in Schweden auf zehn Menschen und tötete den iranischen Migranten Jimmy Ranjbar. In Frankfurt wurde er nun schuldig gesprochen, 1992 auch die Jüdin Blanka Zmigrod erschossen zu haben. Sein Vorgehen war eine mögliche Blaupause für den NSU. Fast genau 26 Jahre hat es bis zu einem Urteil im Mordfall Blanka Zmigrod gedauert. Am 23. Februar 1992 wurde die 68-Jährige im Frankfurter Kettenhofweg erschossen, das Urteil am 21. Februar 2018 gesprochen. Die meiste Zeit zwischen diesen beiden Ereignissen saß der nun erneut verurteilte John Ausonius in Schweden im Gefängnis. Er war dort 1994 für eine Serie von Banküberfällen und rassistischen Mordanschlägen zu lebenslanger Haft verurteilt worden.

Banküberfälle und Morde in Schweden

Für Ausonius war dies nicht der erste Gefängnisaufenthalt. Schon Ende der 1980er Jahre verbüßte er eine mehrmonatige Haftstrafe wegen Betrugs- und Körperverletzungsdelikten. Nach seiner Entlassung folgten weitere Kredit- und Scheck-Betrüge, bis er schließlich 1990 seinen ersten Bankraub beging.

Im Frankfurter Prozess verlas Ausonius zu Beginn der Verhandlung eine Erklärung zu seinen Taten in Schweden. Demnach habe er 1991 angefangen, Mordanschläge auf MigrantInnen zu verüben, um die Polizei von den Ermittlungen zu seiner Bankraubserie abzulenken. Die Auswahl seiner Opfer begründete er damit, dass er – der politischen Stimmung in Schweden entsprechend – Geflüchtete und Zuwanderer für seine persönlichen Probleme verantwortlich machte. Er hoffte auf eine abschreckende Wirkung seiner Taten und sah sie als »Dienst an der Gesellschaft«.

In Schweden gab es Anfang der 1990er Jahre eine Welle rassistischer Stimmungsmache insbesondere gegen Geflüchtete. 1991 zog die neu gegründete »Ny Demokrati« mit einem rassistischen Programm in den schwedischen Reichstag ein. Diese Entwicklungen bestärkten Ausonius in seiner Auffassung, MigrantInnen hätten Schuld an gesellschaftlichen Problemen. Er habe durch seine Mordanschläge einen Teil dazu beitragen können, dass weniger MigrantInnen nach Schweden kommen.

Da Ausonius zu Beginn seiner rassistischen Anschlagsserie ein Gewehr mit Laser-Zielvorrichtung benutzte, gab ihm die Presse den Namen »Lasermannen«. Nachdem er vier Menschen schwer verletzt und den iranischen Studierenden Jimmy Ranjbar am 8. November 1991 getötet hatte, begab er sich auf mehrere Reisen und verbrachte unter anderem drei Wochen in Südafrika, wo zu dieser Zeit noch das Apartheidsregime herrschte.

Als er im Januar 1992 nach Schweden zurückkehrte, schoss er binnen weniger Tage auf sechs weitere Personen, die nur knapp überlebten. Der dadurch – und durch weitere Banküberfälle – ausgelöste Fahndungsdruck veranlasste Ausonius dazu, Anfang Februar 1992 nach Deutschland zu flüchten. In Schweden sorgten die anhaltende rassistische Stimmungsmache und insbesondere auch die von Ausonius verübten Anschläge dafür, dass im Februar 1992 in einem landesweiten Streik gegen Rassismus unter dem Motto »Ohne Einwanderer steht Schweden still« die Arbeit für eine Stunde niedergelegt wurde.

Über Deutschland zurück nach Südafrika

In Deutschland versuchte Ausonius unter anderem, das erbeutete Geld einzutauschen und sich einen Pass für die Flucht nach Südafrika zu besorgen. Dazu sprach er nach eigenen Angaben vor dem Dresdner Arbeitsamt Tilo U. an und zahlte ihm insgesamt 3.000 DM dafür, dass dieser ihm seinen Pass überlassen und ihn erst Monate später als verloren melden sollte. Mit diesem Pass flüchtete Ausonius wenig später nach Südafrika. Von dort aus sendete er mehrere Postkarten an Tilo U., in denen er ihn unter anderem bat, ihm auch einen Führerschein zuzusenden. Als Ausonius nach einigen Monaten nach Schweden zurückkehrte, konnte er kurz danach festgenommen werden.

Mord an Blanka Zmigrod

Während seiner Flucht in Deutschland kam Ausonius am 21. Februar 1992 in das Frankfurter Mövenpick-Restaurant und beschuldigte die dort arbeitende Garderobière Blanka Zmigrod, seinen Taschencomputer aus seiner Manteltasche geklaut zu haben. Auf dem Gerät befanden sich vermutlich Notizen zu den Konten, auf denen er das geraubte Geld verwahrte sowie weitere Notizen zu seinen Banküberfällen und Mordanschlägen.

Nachdem Zmigrods Vorgesetzte sich weigerte, die Handtasche ihrer Angestellten – in der Ausonius seinen Taschencomputer vermutete – zu durchsuchen, beschuldigte er die Frauen, gemeinsam am vermeintlichen Diebstahl beteiligt zu sein. Sie seien beide aus Osteuropa und bräuchten deswegen Geld. »Deutsche würden so etwas niemals tun!«, ließ er sie wissen. Bevor er ging, wandte er sich nochmal an Blanka Zmigrod und sagte: »Wir sehen uns noch!«.

Als Zmigrod gegen 00:15 Uhr am 23. Februar 1992 von ihrer Arbeitsstelle zu ihrer Wohnung im Kettenhofweg lief, näherte sich von hinten ein Fahrradfahrer und schoss ihr in den Kopf. Anschließend flüchtete er mit ihrer Handtasche.

Blanka Zmigrod wurde 1924 im polnischen Chorzów (damals Königshütte) geboren. Ab 1940 wurde sie von den Deutschen in mehrere Zwangsarbeitslager verschleppt und überlebte im Anschluss die Konzentrationslager Auschwitz, Bergen-Belsen, Flossenbürg und Mauthausen. Danach emigrierte sie zunächst nach Israel und kam 1960 nach Frankfurt.

Ausonius fuhr im Laufe des Tattages nachweislich über Köln nach Amsterdam, wo er sich am Flughafen einen neuen Taschencomputer kaufte und im Anschluss unter falschem Namen nach Südafrika flog.

Blaupause für rechten Terror?

Mit der Selbstenttarnung des NSU-Kerntrios 2011 rückte auch der 20 Jahre alte Mordfall wieder ins Licht der Öffentlichkeit. Im Zuge der Beschäftigung mit den NSU-Morden fielen dabei Parallelen zu Ausonius' Vorgehensweise auf: Sowohl der NSU als auch Ausonius hatten mehrheitlich männliche Migranten zum Ziel, nutzten Banküberfälle zur Finanzierung, lebten im Untergrund unter falscher Identität und flüchteten mit Fahrrädern von den Tatorten.

Im »Field Manual«, einem Handbuch der rechtsterroristischen »Blood&Honour«-Bewegung, wurden Ausonius' Taten als Beispiel für den »führerlosen Widerstand« genannt. Das Buch kursierte seit 1999/2000 in der rechten Szene, im September 2000 begann die Mordserie des NSU. Das Bundesamt für Verfassungsschutz traf 2012 die Einschätzung, dass die NSU-Mitglieder aufgrund der Erwähnung im »Field Manual« und Kontakten zwischen ostdeutscher und skandinavischer »Blood&Honour«-Bewegung von den Taten gewusst und seine Vorgehensweise kopiert haben könnten.

Bereits 1992 lobte die schwedische Neonazi-Terrorgruppe »Weißer Arischer Widerstand«, die auch Kontakte nach Deutschland unterhielt, Ausonius' Taten in ihrer Zeitschrift »Storm«. Auf T-Shirts druckte sie das Bild eines dunkelhäutigen Mannes im Fadenkreuz, daneben den Aufdruck »Der Lasermann – ein Lichtpunkt im Dasein« in Anspielung auf die von Ausonius verwendete Laserzielvorrichtung. Auch der Rechtsterrorist Anders Behring Breivik, der 2011 in einem Zeltlager einer sozialdemokratischen Jugendgruppe in Norwegen 77 Menschen tötete, bezog sich auf Ausonius und nannte ihn jemanden, mit dem er die gleichen Ziele teile.

Verurteilung im Indizienprozess

Angeregt durch die neue Brisanz des Falls im Zuge der NSU-Ermittlungen erhob die Staatsanwaltschaft Frankfurt im Mai 2017 Anklage gegen Ausonius und ließ ihn nach Deutschland überstellen. Der Prozess begann im Dezember 2017, die Anklage lautete »heimtückischer Mord aus Habgier«, da er beschuldigt wurde, Blanka Zmigrod erschossen zu haben, um seinen Casio-Taschencomputer zurück zu bekommen. Da seit dem ersten Tatverdacht gegen Ausonius keine weiteren Beweise hinzugekommen sind und keine direkten TatzeugInnen existieren, wurde der Prozess als reiner Indizienprozess geführt. Die Staatsanwaltschaft versuchte dabei zu beweisen, dass es sich bei Ausonius nicht nur um den Mann handelt, der das Opfer beschuldigte, seinen Taschencomputer geklaut zu haben, sondern auch um dem Mörder.

Dafür sprach zum einen, dass bei Ausonius Rechnungen gefunden wurden, die belegen, dass er wenige Wochen vor dem Mord eine Pistole vom gleichen Kaliber wie die Tatwaffe gekauft hatte, zusammen mit der passenden Hohlspitzmunition, wie sie auch beim Mord an Blanka Zmigrod verwendet wurde. Die Erklärung von Ausonius, er habe die Waffe kurz vor dem Mord in einer Frankfurter Kneipe einem Unbekannten verkauft, überzeuge nicht, insbesondere da er das gleiche Argument zuvor bei seinen anderen Morden angebracht habe, so die Staatsanwaltschaft. Außerdem zeige der zeitliche Ablauf und die räumliche Nähe, dass es sich bei Ausonius um den »Casio-Mann« handle. Auch sei ihm die Tat nicht »wesensfremd«.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Joachim Bremer, versuchte die Indizienkette zu durchbrechen und diese als nicht aussagekräftig darzustellen. Sie beruhe nur auf Spekulation und sei nicht tragfähig, so der auf Fälle mit großen Medieninteresse spezialisierte Anwalt. Stattdessen versuchte er, andere zeitweise existierende Tathypothesen der Polizei aufzugreifen und den Mord in eine Reihe mit einer Serie an Handtaschenüberfällen zu setzen. Ausonius habe 2000 alle seine Taten gestanden und keinen Grund, diese eine Tat auszusparen, so Bremer.

Tatsächlich hatte Ausonius 2000 die Taten, die er in Schweden begangen hatte, gestanden. Eine Verurteilung wegen Mordes an Blanka Zmigrod hat für ihn jedoch schwerwiegende Folgen: In Schweden, wo er seit 26 Jahren in Haft sitzt, hatte er regelmäßig Freigang unter Aufsicht von Zivilbeamten und wäre voraussichtlich in wenigen Jahren entlassen worden. Eine erneute Verurteilung wegen Mordes macht diese Chance zunichte.

Das Gericht folgte zur Überraschung verschiedener ProzessbeobachterInnen der Argumentation der Staatsanwaltschaft und verurteilte John Ausonius am 21. Februar 2018 zu lebenslanger Haft mit anschließender Sicherungsverwahrung. Grund für Letzteres war das Gutachten eines psychologischen Sachverständigen, der Ausonius psychopathologische Persönlichkeitsmerkmale und ein hohes Rückfallrisiko attestierte. Der Sachverständige wurde im Plädoyer der Verteidigung und daran anschließend von Ausonius persönlich für seine Arbeitsmethoden kritisiert. Die Verteidigung kündigte an, in Revision gehen zu wollen.

Offene Fragen

Die rassistische Motivation des Täters blieb im Prozess weitgehend unbeachtet. Trotz Ausonius' Verurteilung in erster Instanz wurden nicht alle offenen Fragen geklärt. So bleibt offen, ob die Darstellung der Wahrheit entspricht, Ausonius habe Tilo U., der mit mehreren bekannten Neonazis in einem Fußballverein aktiv ist, 1992 in Dresden vor dem Arbeitsamt angesprochen und ihm daraufhin seinen Reisepass abgekauft. Ebenfalls nicht thematisiert wurde, warum er Anfang der 1990er Jahre eine Vorliebe für den Apartheidsstaat Südafrika entwickelte und mit wem er dort Kontakt hatte. Unklar ist darüber hinaus, ob Ausonius wusste, dass Blanka Zmigrod Jüdin ist. Am Rande des Prozesses gab die damals ermittelnde Staatsanwältin an, die eintätowierte Häftlingsnummer auf dem Unterarm aus dem KZ Auschwitz habe sie noch vor der Obduktion des Opfers identifiziert. Als Ausonius bei einer Vernehmung in Schweden mitgeteilt wurde, dass Blanka Zmigrod Jüdin war, reagierte er offenbar überrascht, aber zufrieden.



»Zwischen Marktradikalismus und völkischem Antikapitalismus«

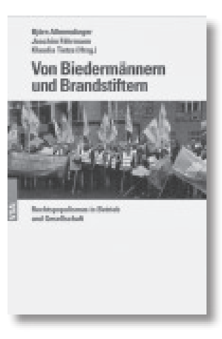
von Margarete Schlüter

Im Bundestagswahlkampf 2017 reklamierte die »Alternative für Deutschland« (AfD) für sich, »die neue soziale Partei für den kleinen Mann« zu sein. Doch was verbirgt sich hinter Aussagen wie diesen? Antworten darauf will Stefan Dietl, Journalist und aktiver Gewerkschafter, mit seinem Buch »Die AfD und die soziale Frage« geben. Formuliertes Ziel des Buches ist, all denen Hintergrundinformationen an die Hand zu geben, »die gezwungen sind, sich auf der Straße, im Betrieb, in ihrer politischen Arbeit, im Privaten, in Verbänden oder Vereinen mit der AfD auseinanderzusetzen«.

Um die sozialpolitischen Auseinandersetzungen in der AfD verorten zu können, zeichnet Dietl knapp deren Entstehungsgeschichte nach. Anschließend untersucht er – ausgehend vom im Mai 2016 verabschiedeten Grundsatzprogramm und den vorausgegangenen Debatten – die sozial- und wirtschaftspolitische Programmatik der Partei. Zunächst werden im Kapitel mit dem Titel »Die Partei der ‹Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit›« die Bedeutung von Rassismus, Antisemitismus sowie die Ausgrenzung von Menschen mit Behinderung in der AfD im Kontext der sozialen Frage dargelegt. Daran anschließend arbeitet Dietl die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den AfD-Flügeln des marktradikalen Neoliberalismus und des völkischen Antikapitalismus in Bezug auf sozialpolitische Positionen der Partei heraus. Wie verschieden diese mitunter sind, wird in der kontroversen Auseinandersetzung der Entwicklung des Grundsatzprogramms deutlich. Dieses trägt im Ergebnis vor allem die Handschrift der Marktradikalen. Welche Bedeutung diese innerhalb der Partei zukünftig haben werden, wird sich angesichts des zunehmenden Einflusses des »völkisch-antikapitalistischen« Flügels noch zeigen. Was mit den letzten Bundestagswahlen bereits deutlich geworden ist: Die AfD ist nicht nur in den Bundestag eingezogen, sondern konnte auch ihre WählerInnenbasis verbreitern. So gewann sie vor allem unter ArbeiterInnen an Stimmen dazu. Deshalb misst Dietl den Gewerkschaften eine herausgehobene Bedeutung im Kampf gegen die AfD bei. Um diesen erfolgreich führen zu können, müssten die von Gewerkschaften verfolgte Standortpolitik, und das oftmals damit von ihnen vertretenen Leistungs- und Nützlichkeitsprinzip überwunden werden, da sie Anknüpfungspunkte für rechtes Denken in ihren eigenen Reihen darstellen.

Dem Autor gelingt es, anschaulich die sozial- und wirtschaftspolitische Programmatik der AfD und deren Entstehungshintergrund darzustellen. Eine besondere Stärke zeigt er mit seiner Analyse und Kritik der bisherigen Gewerkschaftspolitik und deren Versäumnisse im Kampf gegen Rechts – auch in den eigenen Reihen.

Stefan Dietl: Die AfD und die soziale Frage. Zwischen Marktradikalismus und »völkischem Antikapitalismus«. Münster 2017, Unrast Verlag, 168 Seiten, 14 Euro.



»Rechtspopulismus in Betrieb und Gesellschaft«

von Sören Frerks

Der Sammelband »Von Biedermännern und Brandstiftern« analysiert die Bestrebungen der »Alternative für Deutschland« (AfD) und ihrer Netzwerke, in den Bereich der ArbeitnehmerInnenvertretung vorzudringen und die Gewerkschaften zu delegitimieren. Der Sammelband ist in drei Abschnitte unterteilt. Nach allgemeinen Grundlagen des »Rechtspopulismus in Deutschland« verlagert sich der Fokus auf »Betrieb und Gesellschaft« und schließlich werden »Gewerkschaftliche Handlungsmöglichkeiten« aufgezeigt.

Die Beiträge sind allesamt kurzgehalten und geben zusammen einen fundierten Überblick über das Themenfeld. Besonders erkenntnisreich ist Tammo Grabberts Ausarbeitung zur Herausbildung des Rechtspopulismus. Grabberts macht deutlich, dass die AfD ihren Weg in die Landesparlamente und den Bundestag aus der »Mitte der Gesellschaft« heraus angetreten hat. Tim Ackermann beschäftigt sich in seinem Artikel »Der Antisemitismus der AfD« mit der scheinbaren Israelsolidarität der AfD und entschlüsselt diese als antimuslimischen Rassismus. In »Was wollen die Rechtspopulisten?« zeigt Thomas Leif die AfD-Strategie im Kampf um die Deutungshoheit und AnhängerInnenschaft auf. Darin wird deutlich: Die Partei ist keine affektive Protestpartei, sondern hat einen ausgefeilten Plan, mit dem sie die gesellschaftlichen Debatten nach rechts verschieben will.

Sowohl für die Auseinandersetzung in den Betrieben, als auch für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit bieten die Beiträge Argumentationsgrundlagen, die AfD als das zu entlarven, was sie ist: neoliberal, völkisch-rassistisch, reaktionär und mitnichten das Sprachrohr einer solidarischen und interkulturellen Arbeiterklasse. Hierzu beleuchtet Mark Haarfeldt unter dem Titel »Die Arbeitswelt im Fokus der AfD«, wie deren ArbeitnehmerInnenorganisationen versuchen, ArbeiterInnen, Gewerkschaftsmitglieder und Prekarisierte als WählerInnen zu gewinnen. Auf der rechten Agenda steht die Hetze gegen Flüchtlinge, die instrumentelle Bejahung des Mindestlohns sowie das Spiel mit Abstiegsängsten. Hier zeigt Haarfeldt, dass die AfD damit zwar bei den letzten Wahlen Erfolge hatte, die Partei aber zugleich von Machtkämpfen gekennzeichnet ist, die deren scheinbare sozialpolitische Profilierung karikieren.

Wer nach tiefergehenden wissenschaftlichen Einblicken sucht, sollte zusätzlich Alexander Häuslers Analysen über die AfD lesen, die er unter anderem für den DGB erarbeitet hat. Und der Büchermarkt hält in diesem Jahr noch weitere Sammelbände bereit, wie beispielsweise »Rechtspopulismus und Gewerkschaften«, der im Februar ebenfalls im VSA-Verlag erscheint. Eines wird im vorgestellten Buch deutlich: In den Gewerkschaften wurde die Notwendigkeit einer kritischen Auseinandersetzung mit der AfD erkannt.

Allmendinger, Björn, Fährmann, Joachim, Tietze, Klaudia (Hrsg.): Von Biedermännern und Brandstiftern. Rechtspopulismus in Betrieb und Gesellschaft. Hamburg 2017, VSA Verlag, 232 Seiten, 14,80 Euro.

»FPÖ: Partei der Reichen«

von Paul Wellsow



Als »soziale Heimatpartei« beschreibt sich die »Freiheitliche Partei Österreichs« (FPÖ) selbst. Seit Dezember 2017 regiert sie in Österreich erneut mit den Konservativen.
In seinem empfehlenswerten Buch »Die FPÖ – Partei der Reichen« untersucht der Journalist Michael Bonvalot die Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialpolitik der Partei. Sein Fazit: »Ob es um Sozialleistungen, Pensionen, die Gesundheitsversorgung, den Zugang zu Wohnraum, die Spaltung der Lohnabhängigen, den Schutz des Vermögens der Reichen oder die Folgen des Klimawandels geht: Überall steht die FPÖ auf der Seite der Banken, der Konzerne und der UnternehmerInnen – und nicht auf der der Seite der breiten Masse der Bevölkerung.«
Bonvalot beginnt mit einem Blick in die Geschichte der FPÖ und ihre Wurzeln im deutschnationalen Milieu. In einem eigenen Kapitel erklärt er, warum die FPÖ seit ihrer Gründung »eine rechtsextreme Partei« sei und einen starken Flügel habe, »der einmal mehr, einmal weniger offen mit dem Nationalsozialismus« sympathisiere.
Trotz wiederkehrender sozialer oder sogar scheinbar kapitalismuskritischer Rhetorik ziehe sich durch die Geschichte der Partei ein wirtschaftsliberaler Kurs. Um das zu belegen, wertete der Autor eine Vielzahl von Originalquellen aus – Artikel, Reden, Anträge, Äußerungen und Programme der Partei und ihrer führenden Köpfe. Seine Prognose vor der Nationalratswahl: »Eine Regierungsbeteiligung der FPÖ würde heute das gleiche bedeuten, was sie ab 2000 bedeutet hat: Sozialabbau, Umverteilung nach oben, Geschenke an Reiche und UnternehmerInnen.«
In den 1990er Jahren und unter dem früheren Vorsitzenden Jörg Haider habe sich der Kurs in der politischen Rhetorik und der Ansprache verändert. Die FPÖ leitete ihren »Aufstieg zur Großpartei ein«. Die »Yuppie-Truppe« von Rechtsaußen hatte erkannt, dass sie mit ihrer bisherigen Politik nur eine begrenzte Zahl an WählerInnen ansprach. Die Partei griff »rassistische Grundstimmungen auf und verstärkte sie einerseits in Richtung sozialer Spaltung, andererseits in die Richtung der Propagierung einer nationalen Volksgemeinschaft«. Bonvalot weist darauf hin, dass die FPÖ heute »vor allem in Städten besonders von Lohnabhängigen gewählt« werde. Er empfiehlt, auf die soziale Rhetorik der Partei unter anderem mit dem Hinweis auf ihre wirtschaftsfreundliche und antisoziale Praxis während der Regierungszeit zu antworten und so »das klassische Dilemma rechter Parteien« offenzulegen.

Michael Bonvalot: Die FPÖ – Partei der Reichen. Wien 2017, Mandelbaum Verlag, 232 Seiten, 14 Euro.

Im Abo erhältlich
6 x im Jahr

Magazin von und für AntifaschistInnen

#derrechterand

Twitter

Facebook

www.der-rechte-rand.de

Photos

Mark Mühlhaus/attenzione (Seiten 1, 3, 25, 30, 39)
Archiv »der rechte rand« (Seiten 6, 10, 13, 28, 32, 42)
Kai Budler (Seiten 8, 16, 19, 36)
Roland Geisheimer/attenzione (Seite 26)
Felix M. Steiner (Seite 12)
Privat (Seiten 14, 22)
IG Metall (Seite 20)
Florian Bengel (Seite 31)

Impressum

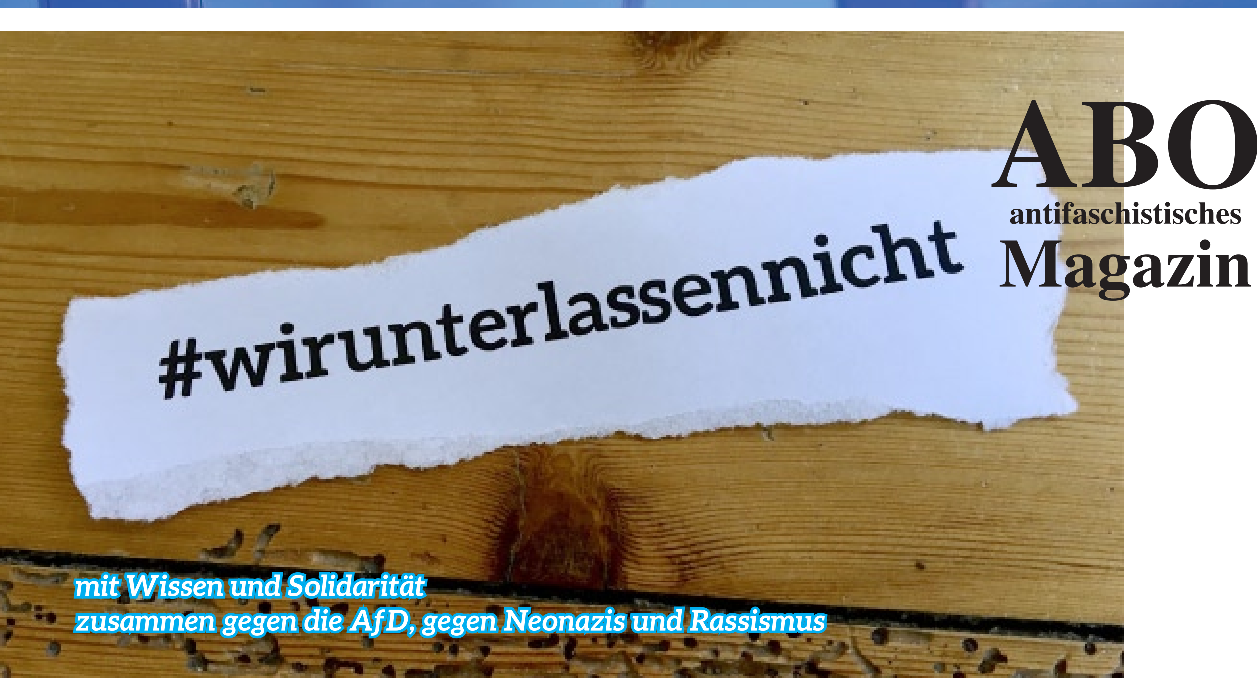
V.i.S.d.P.: Alexander Hoffmann
der rechte rand
Rolandstr. 16, 30161 Hannover
redaktion@der-rechte-rand.de

Aboverwaltung:
abo@der-rechte-rand.de

Druck: berger + herrmann GmbH,
Erscheinungsweise: 6x im Jahr

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.




#wirunterlassennicht
mit Wissen und Solidarität
zusammen gegen die AfD, gegen Neonazis und Rassismus